

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Herrn
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 8. September 2008

Übersicht aktueller E-Government-Projekte des Landes Schleswig-Holstein
Finanzausschussvorlage des FM

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Finanzausschusses vom 10. Juli 2008 wurde die „Zentrale E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein 2008-2009“ (Umdruck 16/3265) behandelt. Es erging die Aufforderung, dem Finanzausschuss eine Übersicht aktueller E-Government-Projekte des Landes Schleswig-Holstein zu übermitteln. Dazu übersende ich Ihnen in der Anlage die gewünschte Übersicht zusammen mit den jeweiligen Projektblättern der einzelnen E-Government-Vorhaben zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus Schlie

Anlage

Projektblätter siehe Anlage

2.0	Deutschland-Online (Aktionsplan 2006)	Federführung Bund	Federführung Land
2.0-1	Infrastruktur	Bund, He	VI
2.0-2	Standardisierung	Bund	VI
2.0-3	Kfz-Wesen	HH	VII
2.0-4	Personenstandswesen	By	IV
2.0-5	Meldewesen	Bund	IV
2.0-6	EU-Dienstleistungsrichtlinie	BW, SH	VI

2.1	Deutschland-Online (weitere Aktivitäten)	Federführung Bund	Federführung Land
2.1. -I_1.b	Gewerberegister	BY, B-W	VII
2.1. -I_3.	Amtliche Statistik	Bund	IV
2.1. -I_5.	BaföG	B-W	VII
2.1. -I_6.	Geodaten	NRW	IV
2.1. -I_8.	VEMAGS	HE	VII
2.1. -I_9.	XAusländer	By	IV
2.1. -II_1-4.	Verbund Internetportale / Zuständigkeits- finder	KoopA	VI, StK
2.1. -III_3.	Deutsches Signatur- und Kartenforum	Bund	VI
2.1. -V_2.	St-Runde eGovernment	Bund	VI
2.1. -V_3.	Geschäftsstelle der Staatssekretärsrunde	Bund	VI
2.1. -VI	Einheitliche Verfahren für den elektroni- schen Rechtsverkehr	JuMiKo	II
2.1. -VII	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen E- Government-Vergleich	NRW, He, Bund	VI

2.3	E-Government in der Metropolregion / Lebenslage Um- zug	Federführung Land
2.3.1.	Meldewesen	IV
2.3.2.	Kfz-Wesen	VII

3	eGovernment-Plattform - Berichte aus den Projekt- gruppen	Federführung Land
3.1	Unterstützung und Umsetzung von Standardisierungsvorhaben für IT-Systeme, Schnittstellen, Datenformate und Dienstleistungs-Prozessmodelle	VI
3.4	Aufbau eines landesweit wirksamen Verzeichnisdienstes	VI
3.5	Aufbau einer landesweit einheitlichen Public-Key-Infrastruktur mit digitaler Signatur und Ver- und Entschlüsselungsfunktionen für Datenströme	VI
3.6	Aufbau einer zentralen technischen Plattform (Datendrehscheibe) für die Steuerung von landesweiten und bundesweiten Datenströmen aus Anwendungen	VI
3.7	Aufbau eines gemeinsamen Formularservice	VI
3.8	Aufbau eines gemeinsamen Dienstleistungswegweisers	VI / StK
3.9	Aufbau einer Zahlungsplattform für Verwaltungsdienstleistungen	VI
3.10	Aufbau eines Verwaltungsportals, über das Informationen und Dienstleistungen der Verwaltung bezogen werden können	VI
3.11	Verstärkte Vernetzung der Portale mit dem Landesportal „schleswig-holstein.de“.	VI / StK

4	Statusberichte einzelner Fachverfahren bei Schleswig-Holstein online	Federführung Land
4.3	„eKfz“	VI
4.5	„VEMAGS“	VII
4.6	„Digitaler Atlas Schleswig-Holstein“	IV
4.7	„Schulleitungen und Lehrer ans Landesnetz“	VI
4.9	„ELSTER“	VI
4.11	„eGewerbe“	VI
4.12	Beteiligung-Online LEP	IV

Hinweis: Unregelmäßigkeiten in der Nummerierung ergeben sich daraus, dass diverse Projekte bereits abgeschlossen, oder in anderen Projekten aufgegangen sind.

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 ☐ Name: Herr Silber Telefon: 988-2922
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0_1		
Projekt	Deutschland Online Infrastruktur, vormals KIVD		
Federführung	Bund, HE	Beteiligte	VI 54, VI 547, Dataport
AG	Landesnetz SH		
Thema	Kommunikationsinfrastruktur der Verwaltungen Deutschlands. Vereinheitlichung der Prozesse insbesondere der Kommunikationsnetze der Länder und Kommunen, um zwischen diesen die Schnittstellen und damit die Kosten zu reduzieren.		
Sachstand	Es gab bisher 3 Informationsveranstaltungen (vom Bund) in Berlin. VI 54 / VI 547 hatten teilgenommen. FM wurde auch an der Umfrage Netzinfrastruktur beteiligt. Nach 2 weiteren Fachsitzungen wurde beschlossen, dem KoopA zu empfehlen, das vorhandene TESTA-Netz leistungsmäßig zu modernisieren und als DOI weiterzuführen. Für dessen Planung, Betrieb und Weiterentwicklung soll ferner eine DOI-Vorläuferorganisation (als Verein) gegründet werden. Entsprechende Beschlüsse dazu werden von der St-LG am 6.3.08 erwartet.		
geplanter Abschluss	laufende Maßnahme	Meilensteine	offen, > 2010
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	

IT-Dienstleister	Dataport ist beteiligt
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 <input type="checkbox"/> Name: Herr Silber Telefon: 988-2922
--	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0-2		
Projekt	DOL-Standardisierung		
Federführung	Bund	Beteiligte	VI 52, VI 54
AG			
Thema	Standards für den Datenaustausch: hier XML-Standardisierung		
Sachstand	Die Berücksichtigung dieser Standards erfolgt in den laufenden Maßnahmen. Es ist eine stetige Zunahme in den Anwendungen zu verzeichnen.		
geplanter Abschluss	laufende Maßnahmen	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VII 425 - 621.431.10-2-1 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	29.02.2008 ☐ 2.0 - 3 Name: <i>Walter Voß</i> Telefon: 4739
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0-3		
Projekt	Kfz-Wesen		
Federführung	HH (Finanzsenator)	Beteiligte	BMVBS, BMI, Länder, Kommunen
AG	Tagt seit November 2006		
Thema	Einführung zentraler und IT-gestützter Verfahren für eine möglichst durchgängige Kfz-Onlinezulassung		
Sachstand	<p>Die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundeskanzlerin haben im Juni 2006 beschlossen, das Projekt „Kfz-Wesen“ als eines von 4 weiteren Vorhaben im Rahmen von Deutschland-Online prioritär unter Beteiligung der Fachministerkonferenzen voranzutreiben. Die Federführung dafür hat Hamburg übernommen.</p> <p>An der eingerichteten Arbeitsgruppe „Kfz-Wesen“ können alle interessierten Behörden teilnehmen. Es beteiligen sich neben dem BMI und dem BMVBS auch verschiedene Bundesbehörden, Verkehrsministerien der Länder, kommunale Behörden und die kommunalen Spitzenverbände. Es haben bisher 6 Arbeitsgruppensitzungen stattgefunden.</p> <p>Die mittlerweile erarbeiteten Lösungsmöglichkeiten sollen in ein Positionspapier eingebracht werden, das nach hiesiger Kenntnis Ende März vorliegen soll. Die Ergebnisse werden dann im zuständigen Bund-/Länderfachausschuss Fahrzeugzulassung und ggf. weiteren Fachgremien zu beraten sein. Dabei sind auch die Kosten-/Nutzeneffekte zu berücksichtigen.</p>		
geplanter Abschluss	Ende 2009	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	Siehe Anlage
Einbeziehung in das eigene Projekt	-entfällt-
Sachstand Fachministerkonf.	Umsetzung des Beschlusses der MP und BK'in vom 22.06.2006 TOP 5

Sachstand KoopA ADV	-entfällt-
Auswirkung Metropolregion	-entfällt-
Zusammenarbeit mit der FHH	Alle Bundesländer sind betroffen.
IT-Dienstleister	IT-Dienstleister sollen in dem Projekt mit eingebunden werden. Eine Kostenabschätzung wird erst erfolgen können, wenn die angedachten Strukturen feststehen.
Kostenplan	Das Land ist über den Königsteiner Schlüssel an der Finanzierung der der prioritären Vorhaben beteiligt. Details über die Ausgestaltung sind jedoch nicht bekannt. Die Kreise und kreisfreie Städte müssten ggf. die Kosten für erforderliche Programmänderungen tragen, die in Folge von Rechts-/Verfahrensänderungen notwendig würden.

Anlagen:

Foliensatz BLFA/Fz am 05./06.11.2007 in Hamburg

Erläuterungen / Kommentare:



Deutschland-Online Kfz-Wesen

BLFA/Fz am 05./06.11.2007 in Hamburg

Andreas Kirstein

Finanzbehörde Hamburg

Stabsstelle E-Government



Hamburg

- ▶ Projektziele und Rahmenbedingungen
- ▶ Projektvorgehen und Arbeitstermine 2007
- ▶ Funktionale Sicht auf die Kfz-Zulassung
- ▶ Lösungsansätze für Systemkomponenten
- ▶ Prozesse zur Kfz-Zulassung
- ▶ Offene Themen
- ▶ Wie geht es weiter ?

- ▶ Transformation des heutigen Systems ist nur mit großem Aufwand möglich. Dabei sind die Belange aller Prozessbeteiligten einzubeziehen.
- ▶ Die Zulassungsbehörden müssen das Online-System in die bisherige Arbeitsweise integrieren können

Co-Evolution

- ▶ In **Ergänzung zu den bestehenden Strukturen** wird ein Online-System als weiterer Zugangsweg aufgebaut.
- ▶ Das geplante Online-System sollte **geringe Zugangshürden** haben, um eine hohe Nutzerakzeptanz sicherzustellen.
- ▶ Durchführung von **Prozessschritten durch den Bürger** müssen gesichert und nachweisbar sein
- ▶ Ein **zentrales Verkehrsportal** bietet dazu neue Funktionen und schützt bestehende Investitionen.
- ▶ Zentrales Element könnte die **Nutzung eines Transaktionsnummern-Systems** in Verbindung mit neuen Siegeln und Plaketten sein
- ▶ Das System sollte technisch **einfach und robust sein**. So greift z.B. das TAN-System auf bekannte Elemente zurück



Projektziele und Rahmenbedingungen



- ▶ „Umsetzung einer organisatorischen, rechtlichen und technischen Lösung, um die Fahrzeugregistrierung für Bürger und Wirtschaft möglichst durchgängig ohne Medienbruch online durchführen zu können“
- ▶ „Verbesserung der internen Verwaltungseffizienz und Kostenstruktur durch sinnvolle und intelligente Veränderung der Geschäftsprozesse und der Auftragsbeziehungen sowie durch Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen“
(Auftrag gemäß Aktionsplan Deutschland-Online, 6/2006)

- ▶ **35 % der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung gehen bis 2017 in den Ruhestand**
 - ▶ **Entwicklung ist vorhersagbar, da alle Menschen schon geboren sind!**
 - ▶ **Mögliche Szenarien:**
 - ▶ Stellen wir 35% neue Mitarbeiter ein?
 - ▶ Werden wir 35% weniger Vorgänge haben?
 - ▶ Arbeiten wir 35% schneller?
- oder
- ▶ Können wir bis dahin mindestens 35% der Vorgänge online durchführen?

- ▶ **Gewährleistung des Staates: Sicherheit im Straßenverkehr**
 - ▶ Fahrzeuge sind zu versichern.
 - ▶ Ein Fahrzeug ist optisch über ein Kennzeichen eindeutig zu identifizieren.
 - ▶ Technische Sicherheit/Verkehrstauglichkeit ist zu sichern.

- ▶ **Weiterhin:**
 - ▶ Eigentumsnachweis ist möglich.
 - ▶ Beachtung der im Grundgesetz verankerten Zuständigkeiten
 - ▶ Regionalbezug in der Kennzeichnung bleibt erhalten.



Ziele

- ▶ Abbildung von Offline-Funktionen in einem **Online-System**
- ▶ Durchführung von **Prozessschritten durch den Bürger** müssen gesichert und nachweisbar sein.
- ▶ **Robuste und einfache Systeme**

Anforderungen

- ▶ **Kein Systembruch**, sondern auf jetzigem System aufbauend (im ersten Schritt kein Ersatz der bisherigen Dokumente und Siegel, sondern Online-Ergänzungen)
- ▶ Parallelbetrieb zum derzeitigen System ist möglich.
- ▶ Das System ist **einfach** in der Anwendung.
- ▶ Hohe **Akzeptanz** in der Bevölkerung durch Beibehaltung **bekannter Instrumente** bzw. Nutzung eingeführter Systeme
- ▶ Das Online-System erreicht eine ausreichende **Verbreitungsgeschwindigkeit**
- ▶ Bürger kann Siegel selber aufbringen (Frage: Kann hoheitlicher Akt entfallen, da gesichert Kennzeichen und Dokumente zusammengebracht werden?)

Umsetzungsvariante

- ▶ Ein Onlinesystem nutzt als primäres Element **Siegel** mit integrierter **Transaktionsnummer (TAN)**



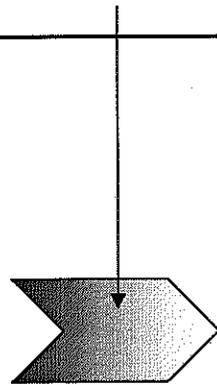
Vorgehen im Projekt



(Gesamt-)Leistung Kfz-Zulassung

Teilleistung (Ergebnis z.B. Neuzulassung)

Prozessschritte



Prozessbaustein



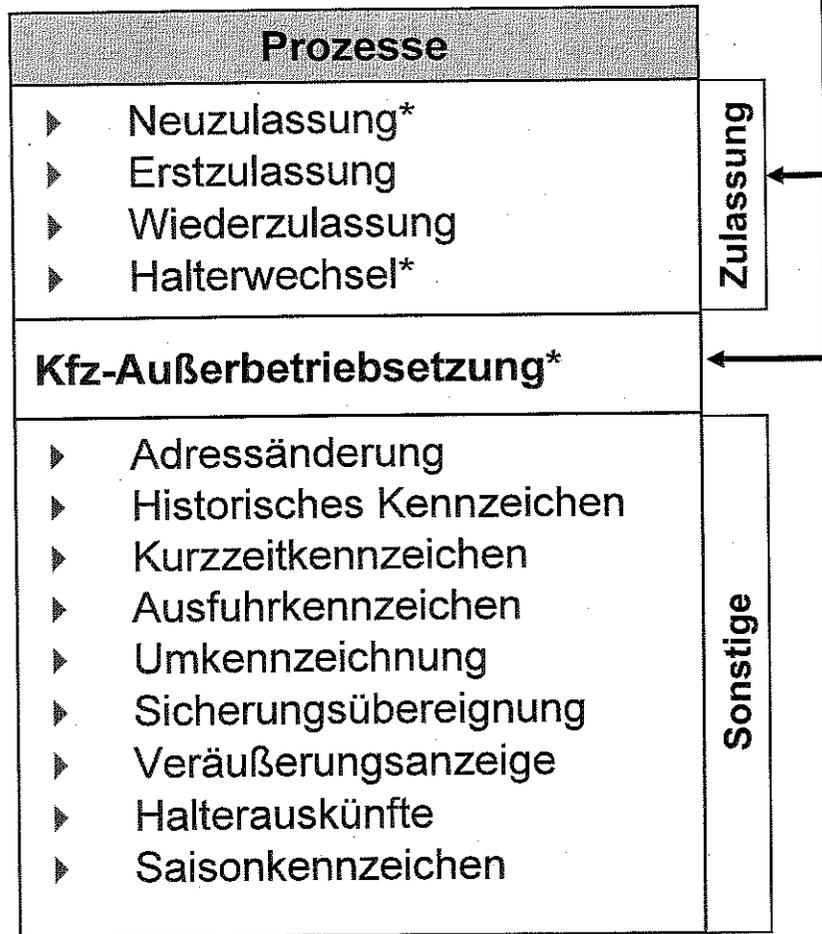
Vorgehen

1. Kann es entfallen (Aufgabenkritik)
2. Vereinfachen (Schnittstellen entfallen)
3. Entspezifizieren (Funktion kann woanders genutzt werden)
4. Neugestalten (es anders machen mit gleichem Ergebnis)
5. Optimieren (Das gleiche schneller machen -> IT)
6. Status Quo

Quelle: ifg.cc Potsdam, 27.06.2007



Zwei Basisprozesse



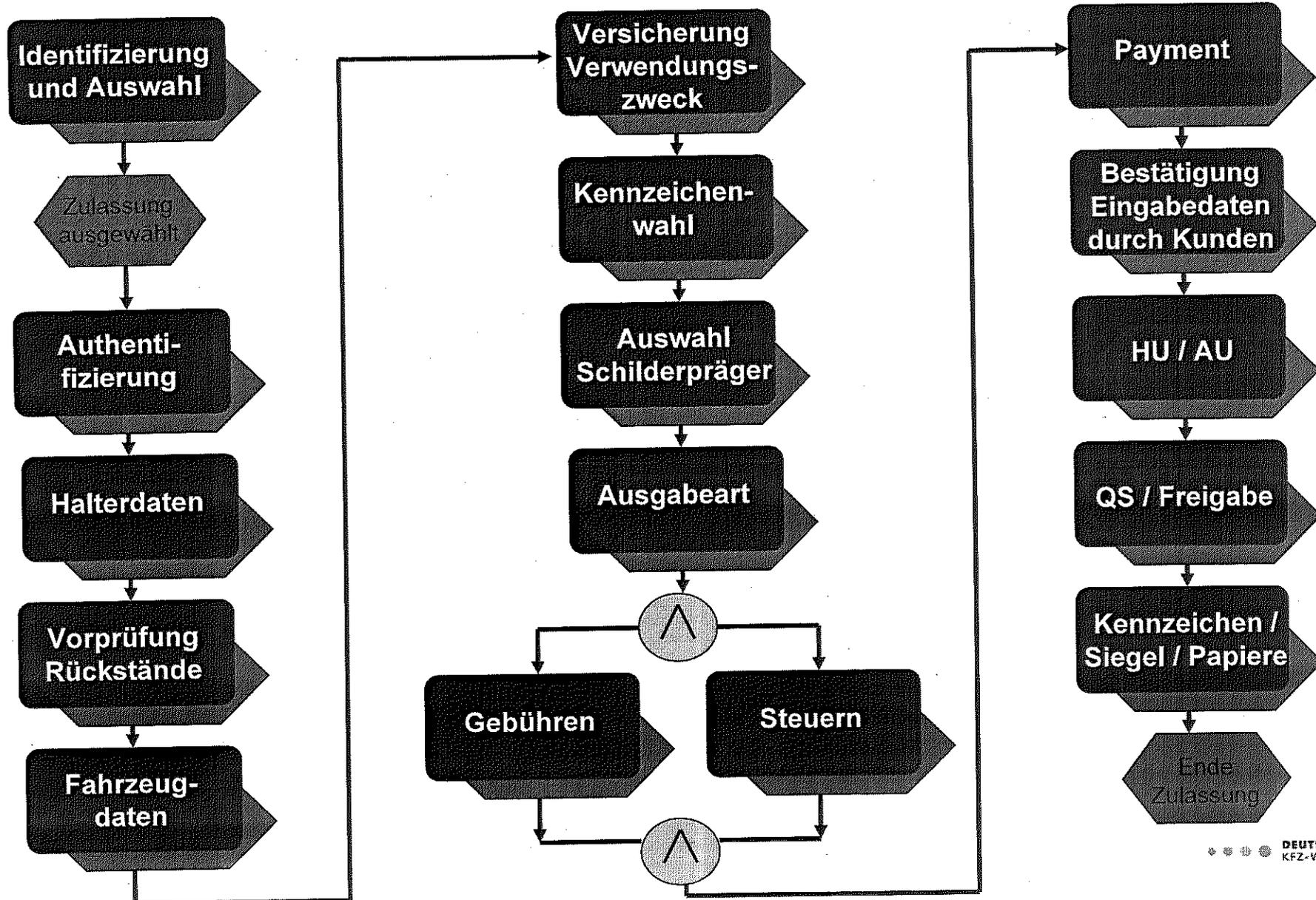
Unterstützungsprozesse

- ▶ Verkehrsportal – Identifizierung und Auswahl für den Kunden
- ▶ Authentifizierung
- ▶ Halterdaten
- ▶ Vorprüfung Rückstände
- ▶ Fahrzeugdaten
- ▶ Versicherung und Verwendungszweck
- ▶ Kennzeichenwahl
- ▶ Automatische Kennzeichenzuteilung
- ▶ Auswahl Schilderträger
- ▶ Ausgabeart
- ▶ Gebühren
- ▶ Steuern
- ▶ Payment
- ▶ Bestätigung Eingabedaten durch Kunden
- ▶ HU/AU
- ▶ QS und Freigabe
- ▶ Kennzeichen-Papier-Siegel-Plaketten
- ▶ Ausgabe Papier, Siegel, Plaketten
- ▶ Ausgabe Kennzeichen
- ▶ Siegelung Kennzeichen
- ▶ Bevollmächtigung erteilen
- ▶ Prüfung Bevollmächtigung

Modulare Gestaltung der Prozesse

* Beispiele auf den folgenden Folien





▶ Was hat sich substantiell für den Kunden in den letzten Jahren geändert?



Was ist derzeit in der „Online-Zulassung“ möglich:

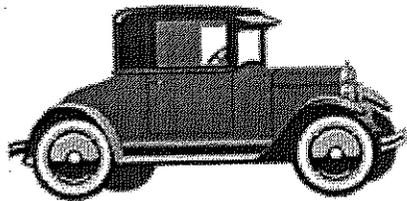
- ▶ Der Bürger kann Daten vorerfassen (früher auf Papier und nun über das Internet)
- ▶ Für die An-, Ab- und Ummeldung muss er trotzdem weiterhin zur Zulassungsbehörde
- ▶ Der Kunde erhält einen Termin (eAppointment)

Wäre Online-Banking genauso organisiert, würde es bedeuten:

- ▶ Der Kunde füllt die Überweisung am PC aus.
- ▶ Er schickt diese online an die Bank.
- ▶ Die Bank prüft die eingegebenen Daten.
- ▶ Der Kunde geht zur Bank, weist sich aus und führt den Nachweis, dass er der Kontoinhaber ist.
- ▶ Danach wird die Überweisung durch die Bank durchgeführt



Sicherheit im Straßenverkehr durch Registrierung der Fahrzeuge

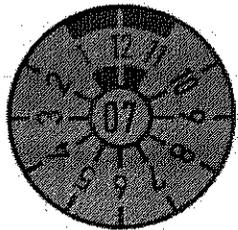


Fahrzeug



Halter

Verantwortungszuweisung



Hauptuntersuchung



Versicherung

Technische Sicherheit / Gewährleistung bei Schäden



Steuern



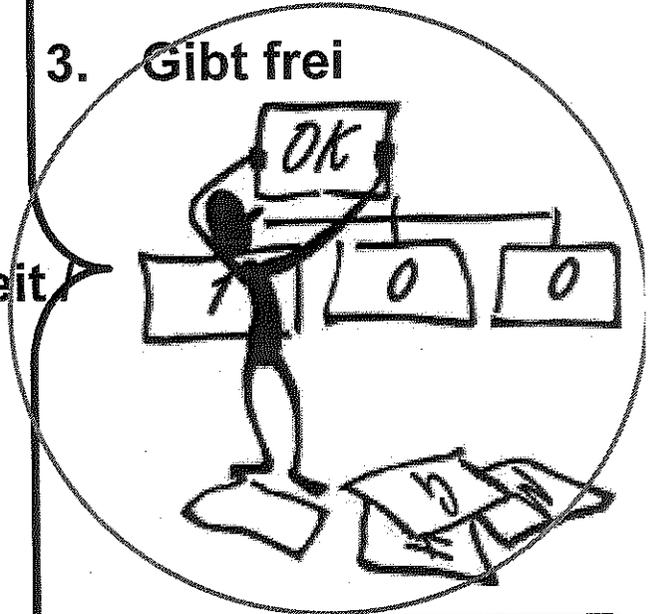
Gebühren

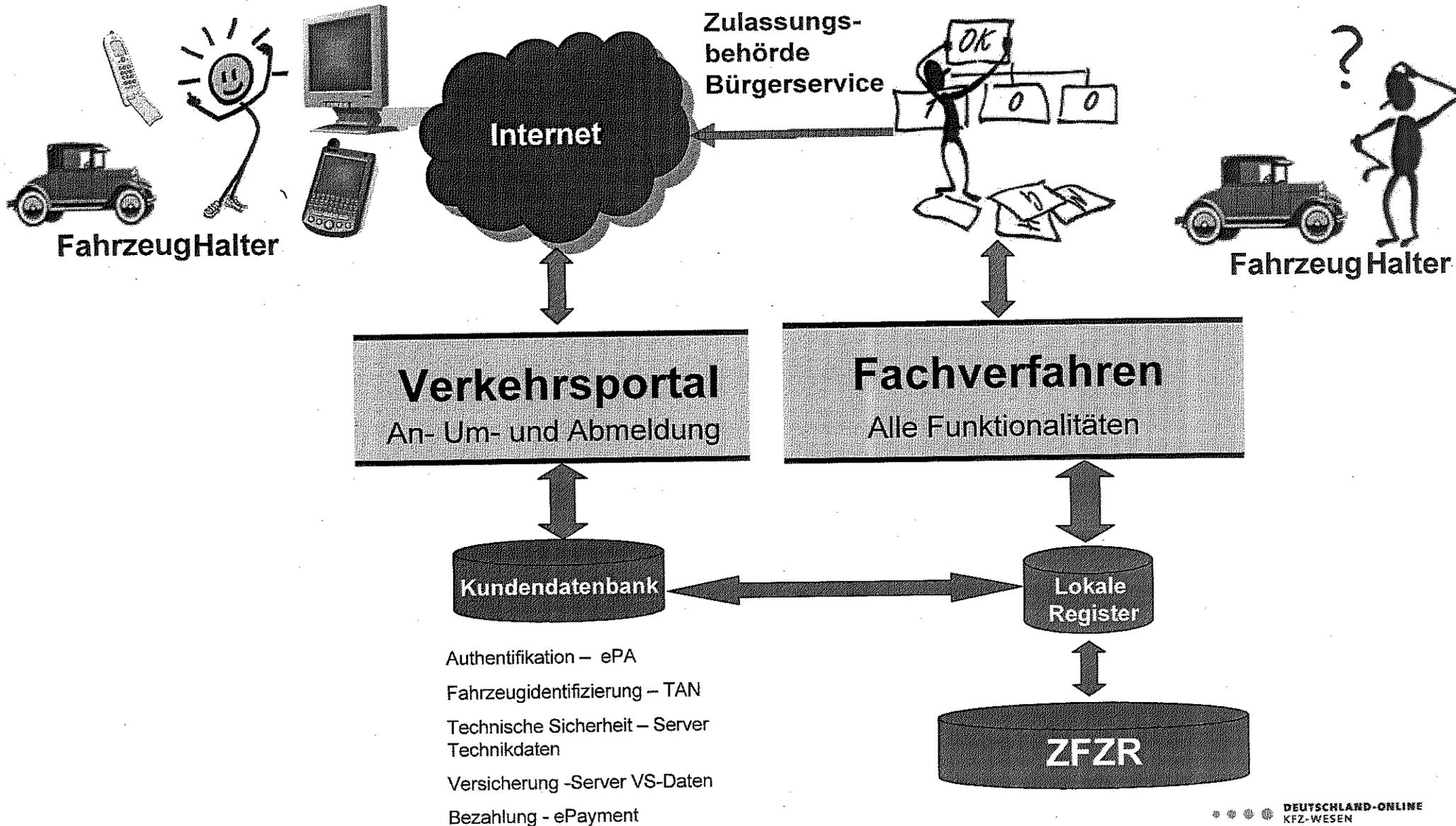
Abgaben

Integrator / Gatekeeper

Prüffunktion:

1. Prüft Unterlagen
2. Erfasst Daten
3. Gibt frei



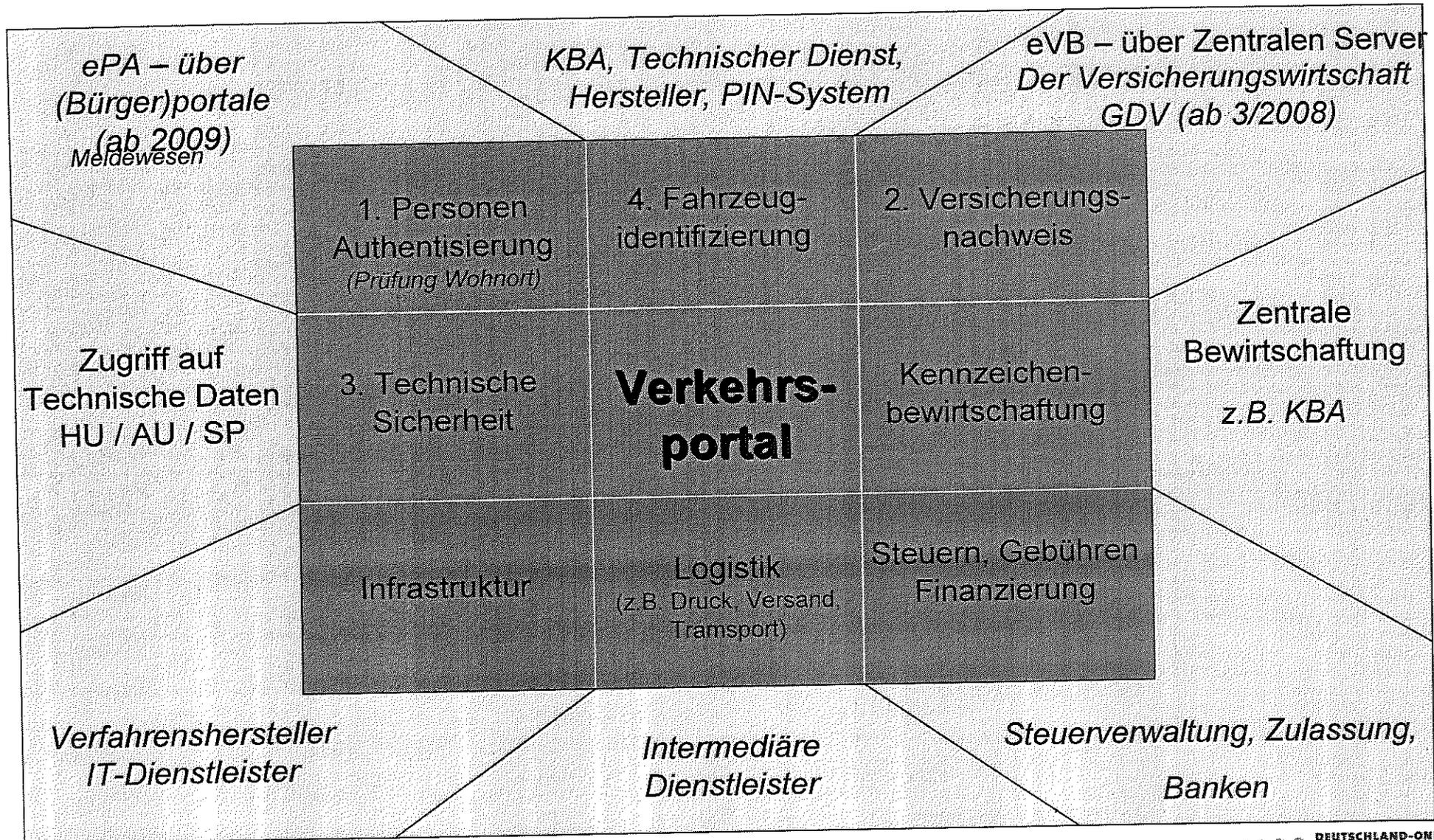


- ▶ Einheitlicher Zugangsweg für Bürger
- ▶ Sorgt für tatsächliche und „gefühlte“ Entbürokratisierung
- ▶ Verhindert Doppelinvestitionen für Funktionalitäten, die derzeit noch nicht in einzelnen Fachverfahren vorhanden sind bzw. dazugekauft werden müsste
-> Angebotsorientierung
- ▶ Bündelt Funktionalitäten „vor der Klammer“ (ePA, Payment etc.)
- ▶ Bei einem zentralen Register wäre der Zugriff auf örtliche Register **technisch** nicht erforderlich
- ▶ Software über Browser kann in Gemeindebüros einfacher zum Einsatz kommen



Lösungsansätze für Systemkomponenten



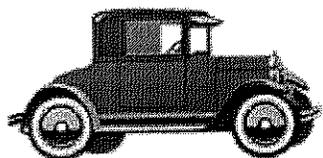


Anmeldung

Neuzulassung

Ummeldung

Halterwechsel / Wohnortwechsel



Abmeldung

(Außerbetriebsetzung)



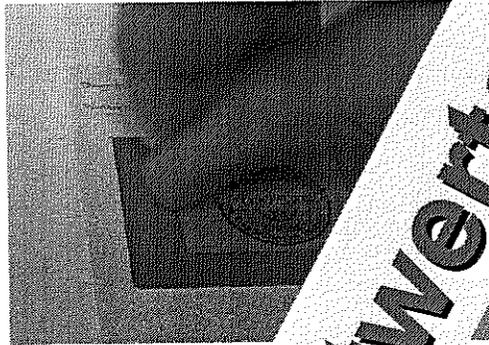
- ▶ Funktion Außerbetriebsetzung: 1. Kennzeichen entwertet, 2. Zulassungsbescheinigung Teil I entwertet, 3. Eintrag im Register
- ▶ Ziel: Möglichst wenig Veränderung zum derzeitigen System für den Kunden
- ▶ Notwendig: Bürger muss gesichert und nachweisbar Schritte durchführen.



1. Abziehen der Siegelplakette

2. Freilegen der Nummer

3. Ablesen der Nummer

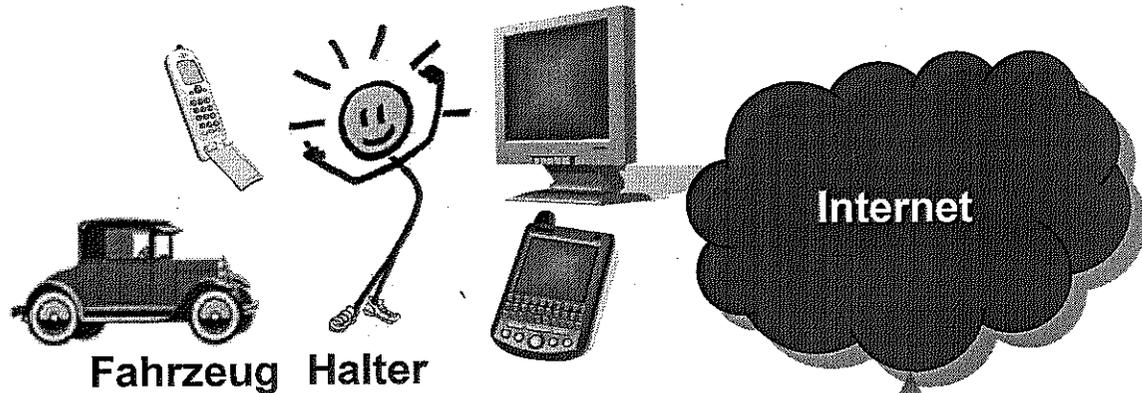


1. Freirubbeln
Codierungsnummer der
Zulassungsnummer Teil I



an der Nummer

2. ZB1 ist entwertet



Eingabe
PIN1 +
PIN2 +
ZBII Nummer

Verkehrsportal
An- Um- und Abmeldung

3. Eintrag im Register



**Die nächsten vier Folien
sind nicht präsentiert
worden**

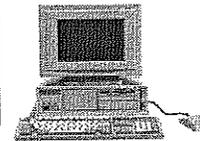


eID-Funktion Elektronischer Personalausweis (ePA)

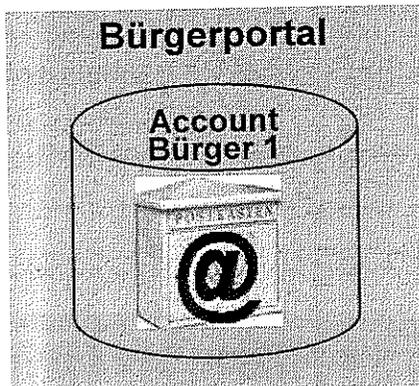


- ▶ Scheckkartenformat
- ▶ Kontaktloser Chip
- ▶ Personenbezogene Daten: Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, ...
- ▶ Biometrische Daten: Gesichtsbild, Fingerabdruck
- ▶ Option: qualifizierte elektronische Signatur

UserID+Pw/PIN,
HW-Token+PIN



Authentisierung über Bürgerportale



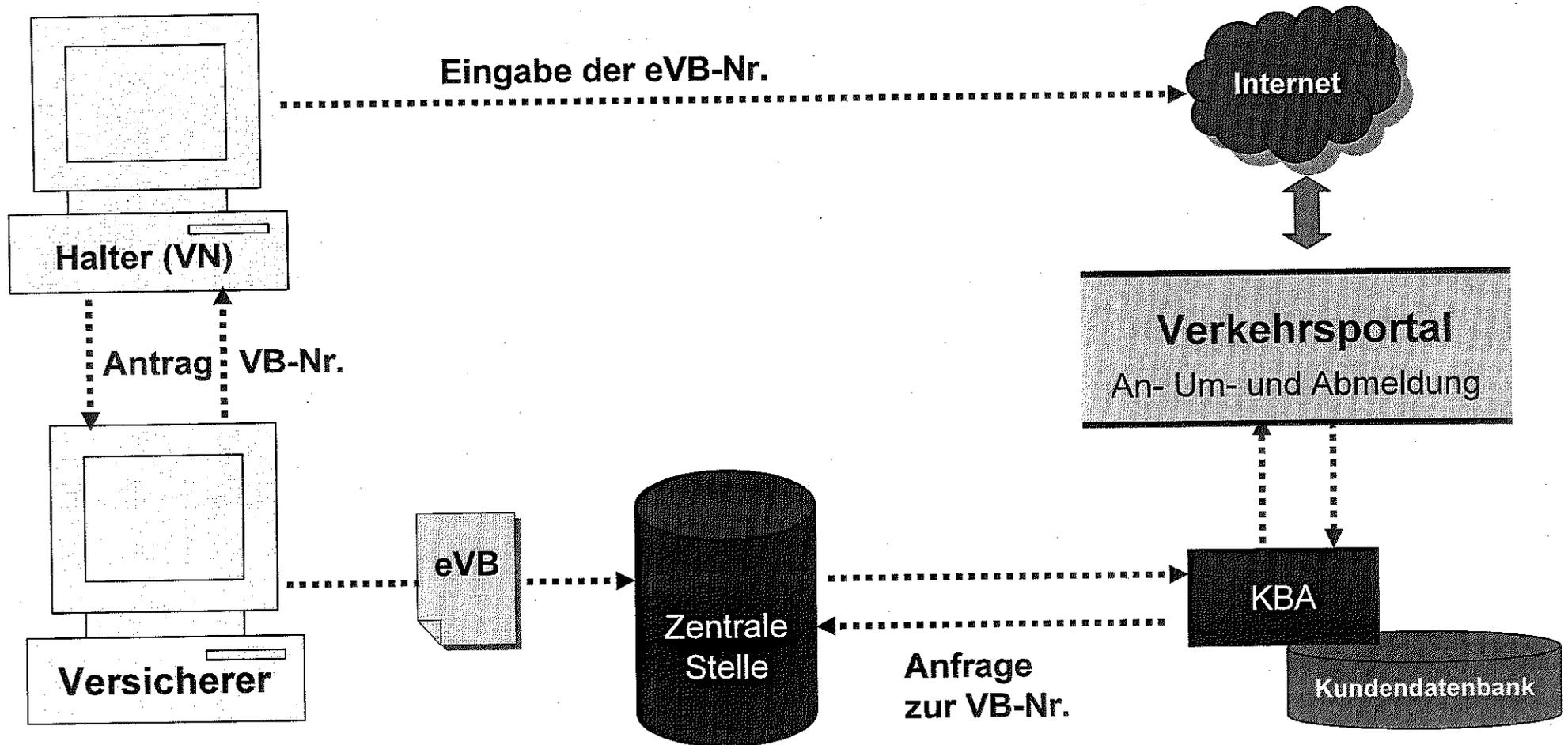
- ▶ Aufruf der Funktionalität zur Authentisierung über Verkehrsportal
- ▶ Elektronische Bürgeradresse für natürliche und juristische Personen:
Vorname.Name.Zahl@BPDA.BP-Domäne.de
- ▶ Optionaler Eintrag in Melderegister / Handelsregister
- ▶ Änderbarkeit analog zur physikalischen Meldeadresse
- ▶ Kommunikation über Bürgerportalverbund

Risiken / offene Punkte

- ▶ Einsatz ePA ab Ende 2009
- ▶ Echtbetrieb und Zertifizierung Provider für Bürgerportale ab Anfang 2009
- ▶ Breitenwirkung
- ▶ Nutzung der qualifizierten Signatur für rechtsverbindliche Unterschrift für Kfz-Zulassung online
- ▶ Bevollmächtigung
- ▶ Zugriff auf zentrale Register (Melde-/Handelsregister)



- ▶ Nutzung des eVB zur Prüfung der Versicherung des Fahrzeugs

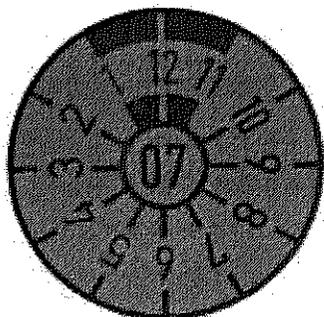


Quelle: Vortrag GDV 1. Projektforum Wirtschaft am 29.01.2007;
angepasst bez. Online-Eingabe eVB



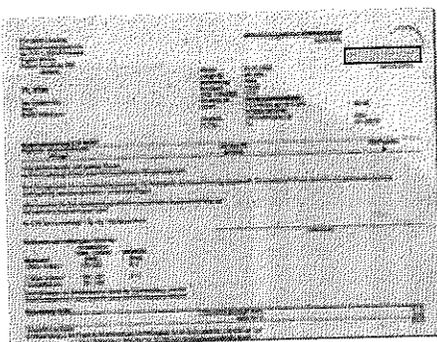
Hauptuntersuchung (HU)*

* Abgasuntersuchung (AU) entfällt ab 2010



- ▶ Systemseitige Bereitstellung einer Berechnungsfunktion für HU-Fristen in der Anwendung (Neuzulassung)
- ▶ Verifikation von HU-Fristen
- ▶ Speicherung der Fristen im ZFZR

HU-Berichte Überwachungsorganisationen



- ▶ Ggf. Anzeige HU-Berichte der Überwachungsorganisationen

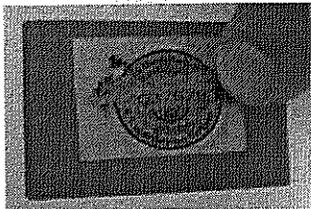
Risiken/offene Punkte

- ▶ Entwicklung und Betrieb eines zentralen Servers für technische Daten und Regelung der Zugriffsrechte (HU-Berichte)



Getypte Fahrzeuge:

WWWZZZ1JZ1V280900



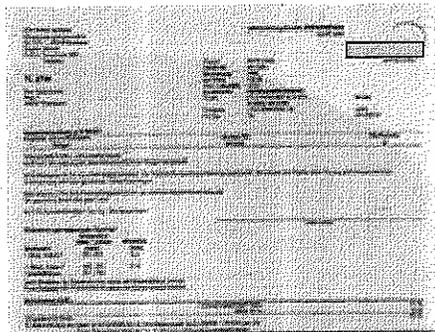
- ▶ Eingabe der FIN-Nr. und ggf. weiterer Nummern bei Neuzulassung (HSN, TSN, VVS)
- ▶ Bei Ummeldungen und Außerbetriebsetzungen zusätzliche Eingabe einer PIN (sichtbar nach Freirubbeln eines Siegels auf der ZB II)
- ▶ Systemseitige Prüfung der eingegebenen Nummern

HSN: Herstellerschlüsselnummer

TSN: Typschlüsselnummer

VVS: Variante-/Versionsschlüsselnummer

Gutachten* (Nicht getypte, reimportierte Fahrzeuge):



- ▶ Ggf. Eingabe einer Gutachten-Nr.
- ▶ Systemseitige Prüfung mit Zugang zu einem zentralen Server für technische Daten
- ▶ Technische Daten dürfen durch den Nutzer nicht verändert werden

Risiken/offene Punkte

- ▶ Überprüfung nicht getypter Fahrzeuge (Zulassung im Ausland, Reimport)
- ▶ Zugriff auf Daten vom technischen Dienst

* z.B. Gutachten / Berichte gem. §19 (2), §19 (3), § 21 StVZO (Betriebserlaubnis), Ausnahmegenehmigungen gem. §70 StVZO, Gutachten zur Wiederinbetriebnahme



**Die weiteren Folien sind
nicht präsentiert worden**



Offene Themen



Bezeichnung	Funktion in der Zulassung	Alternative; verbunden mit Prozessänderungen	Problem für Online-Zulassung bei Beibehaltung
Siegel auf Kennzeichen	Zulassungszustand ist von außen für Überwachungsorgane sichtbar	Kein Siegel auf dem Kennzeichen (Holländisches System) Kennzeichen ist mit dem Fahrzeug fest verbunden.	Siegel werden durch Sachbearbeiter aufgebracht, nicht durch den Kunden
Beibehaltung ZBII	Nachweis Verfügungsberechtigung sowie Eigentumsfrikion	Daten der ZBII nur elektronisch verfügbar halten	Beim Halterwechsel sowie Kennzeichenwechsel müssen diese Daten in die ZBII gedruckt werden
Beibehaltung ZBI	Dokument dient der technischen Beschreibung sowie Vermutung der Nutzungsberechtigung	ZBI als elektronische Dokument abbilden (Chipkarte)	Beim Halterwechsel oder Kennzeichenwechsel ist das Dokument jeweils neu auszustellen
Ausgabe regionale Kennzeichen	Vermeidung von Dubletten	Lebenszeitkennzeichen	Beim Wechsel des Zulassungsbezirks müssen neue Kennzeichen, ZBI, Siegel ausgegeben werden sowie der Aufdruck auf der ZBII verändert werden
Beibehaltung Kennzeichen	Identifizierung	Kein Kennzeichen	s.o.
Kennzeichenwechsel beim Wechsel des Zulassungsbezirks ist notwendig	- Ort des Datenbestands zur Abfrage ist eindeutig identifizierbar	Kein Kennzeichenwechsel	s.o.



Offene Fragen

- ▶ Vertragliche Gestaltung der Zusammenarbeit in Anlehnung an VEMAGS?
- ▶ Identifizierung der Fahrzeuge?
→ Prüfung wird im Zusammenhang mit der Online-Zulassung notwendig
- ▶ Verzicht auf die Umkennzeichnungspflicht über Ländergrenzen hinweg?
(z.B. durch Verträge zwischen den Bundesländern?)
- ▶ Schaffung der Grundlagen für die Verknüpfung der Melderegister mit den/dem Fahrzeugregister(n)?
Ziel: bei einem Umzug bräuchte der Bürger nicht zur Zulassungsbehörde und im Back Office werden die Daten automatisch gemeldet bzw. es existiert eine Verknüpfung der Datenbestände und die Adresse wird nur an einer Stelle gehalten. Wird noch wichtiger, wenn der ePA kommt und die online Meldung bei der Meldebehörde damit möglich wird.
- ▶ Umgang mit Fahrzeugen aus dem EU-Ausland (Reimport), bei denen die technischen Daten nicht beim KBA gespeichert sind?
(Verifizierung der Typgenehmigung) → Hintergrund: Der Fahrzeughalter sollte seine Daten nicht persönlich eingeben, da sonst Manipulationsgefahr besteht. Wird hierdurch diskriminiert, da diese Fzg. in der bisherigen Konzeption nicht online zugelassen werden können?



1.1 Siegelung von Kennzeichen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Grundsätzlicher Verzicht auf Siegelung ▶ Temporärer Verzicht auf Siegelung 	<p>Ist eine Siegelung weiterhin erforderlich? -> Sicherheit</p> <p>Verwendung und Herstellung einer bundesweit einheitlichen Plakette?</p>
1.2 Identifizierung des Kfz	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kfz ist nach EU-Recht vor jeder Zulassung zu identifizieren. 	<p>Muss ein Fahrzeug immer vorgeführt werden?</p>
1.3 Abbildung der Kfz-Zulassung durch zwei Basisprozesse: Zulassung und Außerbetriebsetzung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Technische Vorgehensweise, z.B. bei Halterwechsel (zwingende Außerbetriebsetzung?) ▶ Wie erfolgt Überführung des außerbetriebgesetzten Kfz? ▶ Konsequenzen für Versicherungs- und Steuerpflicht 	
1.4 Nachweis der Verfügungsberechtigung über ZB II	<ul style="list-style-type: none"> ▶ ZB II mit PIN/TAN-System ▶ ZB II auf Postweg zur Zulassungsbehörde ▶ Ggf. weitere technische Lösungen 	<p>Wie kann Verfügungsberechtigung online bereit gestellt werden?</p> <p>Wann ist ZB II in Papierform zu erstellen?</p> <p>Ist der Halter in die ZB II einzutragen?</p>



2.1. Sicherheitsaspekte	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sicherheitsbetrachtungen (Polizei, Kriminalpolizei) ▶ Datenschutz 	Welche Auswirkungen der modellierten Prozesse sind zu betrachten (UAG)?
2.2 Nutzung weiterer Ausgabe- und Servicestellen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zertifizierung ▶ Beleihung 	Grundsätzliche Definition der Aufgaben (z.B. Bürgerbüro, Händler, Werkstätten)
2.3 Implikationen für den Kommunalbereich	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Organisationsform ▶ Gebührenverteilung, ... ▶ Change Management 	Auswirkungen der modellierten Prozesse (UAG)
2.4 Rechtliche Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ermöglichung der elektronischen Zulassung ▶ Zeitliche Umsetzung 	Anpassung betroffener Gesetze und Verordnungen (UAG)



3.1 Aufbau, Umsetzung und Nutzung Verkehrsportal

- ▶ Zulassungsbehörden können weiter in den Fachverfahren arbeiten (Investitionsschutz).
- ▶ Verkehrsportal ist mit optional nutzbaren Funktionalitäten zu entwickeln (Angebotsorientierung).
- ▶ Verkehrsportal ist hinsichtlich Funktionalität, Betrieb und Finanzierung mit Bund, Ländern und Kommunen abzustimmen.

Aufgaben des Portals
 Nutzung bestehender Anwendungen
 Zentraler/dezentraler Betrieb
 Payment und Zuteilung der Einnahmen
 Datenübergabe an ZFZR
 Vergabe und Realisierung kann durch Finanzierung des Bundes beschleunigt werden.

3.2 Registerzugriff

- ▶ Rückstandsdateien (Steuer, Gebühren) Aktualität der Daten sichern
- ▶ KBA-Datenbanken
- ▶ Technische Fahrzeugdaten (z.B. Überwachungsorganisationen)
- ▶ Melderegister, Handelsregister, ...

Rechtliche und technische Prüfung

3.3 Integration technischer Fahrzeugdaten

- ▶ Nachweis technische Sicherheit (HU)
- ▶ Nachweis der Betriebserlaubnis (Einzelgenehmigungen oder reimportierte Fahrzeuge)

Elektronische Vorlage HU
 Aufbau Infrastruktur
 Einbindung Privatwirtschaft
 Keine Marktbeschränkungen durch Online-Verfahren

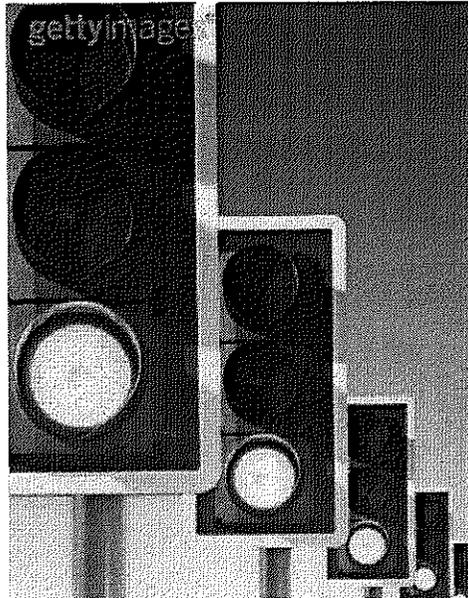


Wie geht es weiter?

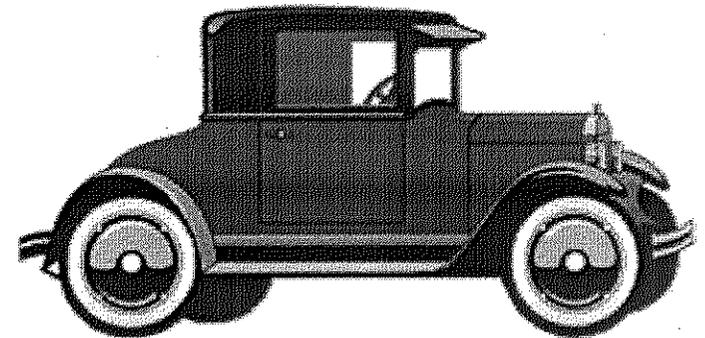


- | | | | |
|-----|---|-----|---|
| 1 | Projektrahmen | 4.2 | Überblick über relevante Prozessbausteine |
| 1.1 | Projektauftrag und Projektorganisation | 4.3 | Beschreibung der Hauptprozesse |
| 1.2 | Hintergrund: Verwaltungsmodernisierung mit E-Government | 4.4 | Handlungsanforderungen |
| 1.3 | Rahmenbedingungen | 5 | Anforderungen zur Umsetzung |
| 1.4 | Zielsetzung und Vorgehensweise | 5.1 | Rechtliche Anpassungen |
| 2 | Internationale Fallbeispiele | 5.2 | Anforderungen an die IT-Infrastruktur |
| 3 | Ausgangssituation im Kfz-Wesen | 5.3 | Organisatorische Anforderungen |
| 3.1 | (Teil-)Leistungen im Kfz-Wesen | 5.4 | Anforderungen an Dritte |
| 3.2 | Aufbauorganisatorische Einbettung | 5.5 | Fazit |
| 3.3 | Rechtliche Grundlagen | 6 | Ergebnis und weitere Implikationen |
| 3.4 | Technische Infrastruktur | 6.1 | Gesamtarchitektur (Basisarchitektur) |
| 3.5 | Fazit | 6.2 | Grundlegende Umsetzungsanforderungen |
| 4 | Zielprozessbeschreibung | 6.3 | Kosten-Nutzenüberlegungen |
| 4.1 | Methodik und Vorgehensweise zur Modellierung der Kfz-Prozesse | 6.4 | Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise |
| | | 7 | Literaturverzeichnis/Quellen |
| | | 8 | Anlagen |





Online



2010

•••• DEUTSCHLAND-ONLINE
KFZ-WESEN



2007

Renate Mitterhuber

Leitung Stabsstelle E-Government

Finanzbehörde Hamburg

Gänsemarkt 36

20534 Hamburg

Tel. 040/428 23 - 1497

eFax 040/427 9 23 - 458

Mail: Renate.Mitterhuber@fb.hamburg.de

Andreas Kirstein

- Projektleitung Kfz-Wesen -

Finanzbehörde Hamburg

Gänsemarkt 36

20534 Hamburg

Tel. 040 428 23 1493

Mobil 0173 600 605 1

Mail: andreas.kirstein@fb.hamburg.de

HamburgService im Internet: www.service.hamburg.de

Hamburgs E-Government-Strategie: www.e-government.hamburg.de



AZ: IV 352-141.5-21.08
Lenkungsgruppe E-Government
Sitzung am 18.3.2008

Datum: 07.03.2008 11:17
 ☐ Vorlage LG-eGov
 Name: Joachim Tode
 Telefon: 3089

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0-4		
Projekt	XPersonenstand		
Federführung	Bayerisches Staatsministerium des Innern	Beteiligte	Neben Mitarbeitern verschiedener Standesämter (vorwiegend aus NRW), Herr Bockstette (BMI)
AG	"Recht und Organisation" - Leitung durch Bürgerdienste der Stadt Dortmund		
Thema	Elektronisches Personenstandswesen		
Sachstand	<p>Bundesweit und bundeseinheitlich wird die Personenstandsreform als priorisiertes Deutschland-Online-Projekt (DOL) betrieben. Das DOL-Projekt gliedert sich in drei Teilprojekte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Machbarkeitsstudie zentrale Registerführung, 2. XPersonenstand: Erarbeitung eines Datenaustauschstandards und 3. Vorbereitung der untergesetzlichen Vorschriften. <p>Parallel zur Erarbeitung der Grundlagen innerhalb des bundesweiten Projekts gilt es nun, die Voraussetzungen für die Umsetzung des Personenstandsreformgesetzes und die elektronische Registerführung im Personenstandswesen im Lande Schleswig-Holstein zu schaffen.</p> <p>Auch bei den erforderlichen Arbeiten in Schleswig-Holstein sind folgende Schwerpunkte zu bilden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Klärung organisatorischer und technischer Fragestellungen zur elektronischen Registerführung, 2. landesrechtliche Umsetzung des Reformgesetzes und der untergesetzlichen Regelungen, 3. technische Ausgestaltung des Datenaustausches im Rahmen der Meldedienste auf der Basis des Standards XPersonenstand, 4. Finanzierung von Entwicklung und Betrieb des elektronischen Verfahrens. <p>Die Arbeitspakete sind dabei folgendermaßen zu skizzieren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Information IV 3 und Abstimmung des weiteren Vorgehens 2. Information IV St und Abstimmung des weiteren Vorgehens, 3. Diskussion innerhalb der Abt IV 3, ob KIF-Mittel für eine Anschubfinanzierung bereit stehen, 4. Durchführung von Informations- und Abstimmungsgesprächen mit den 		

	<p>Kommunalen Landesverbänden und dem Landesverband der Landesbeamten sowie dem Kommunalen Forum für Informationstechnik e.V. (Kom-FIT) und Diskussion der Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Zentrale vs dezentrale Registerführung b. Spiegeldatenbanklösung/Sicherungsregisterführung c. Finanzierungsfragen über KIF-Mittel als Anschubfinanzierung d. Finanzierung des Regelbetriebs e. Nacherfassung der Altdaten f. Übernahme von nicht mehr fortzuführenden Personenstandsbücher in die kommunalen Archive <p>5. laufender Informationsaustausch über den Stand des Verfahrens mit der Abteilungsleitung, Hausspitze, den Kommunalen Landesverbänden und dem Landesverband der Landesbeamten</p> <p>6. Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2009/10 und mittelfristige Finanzplanung aus IT-Mitteln in enger Kooperation mit IV 12,</p> <p>7. Intensivierung der Beteiligung am DOL-Projekt und seinen Teilprojekten sowie Mitarbeit in der AG des AK I,</p> <p>8. Konkretisierung und Umsetzung der landesrechtlichen Umsetzung in Abstimmung mit SRV 2</p> <p>9. Informationsaustausch entsprechend der Beteiligtenanalyse aufnehmen,</p> <p>10. Konzeptionierung der technischen Umsetzung der elektronischen Registerführung in Abstimmung mit Dataport und IV 12.</p> <p>Die ersten Abstimmungen mit den Kommunalen Landesverbänden haben am 30. Januar 2008 stattgefunden. Erste Gespräche mit Dataport zur Beratung bei der Planung und Umsetzung zentraler oder dezentraler Varianten für eine Registerlösung haben begonnen.</p> <p>Das weitere Vorgehen hängt u.a. auch daran, wann die bayerische Machbarkeitsstudie und die Verordnungsentwürfe des BMI vorliegen.</p> <p>Der Abschlussbericht zur Machbarkeitsstudie (450 Seiten) liegt seit dem 5. März 2008 vor. Für die Sitzung des AK I der IMK am 13. und 14. März 2008 ist eine Beschlussfassung über die Spezifikation des Standards XPersonenstand geplant.</p> <p>Der erste Entwurf der Bundesverordnung zum Personenstandsgesetz soll den Ländern Ende März zur Stellungnahme zugeleitet werden.</p>		
<p>geplanter Abschluss</p>	<p>noch nicht absehbar</p>	<p>Meilensteine</p>	<p>Vorlage der Machbarkeitsstudie; Vorlage der Entwürfe der Bundesverordnungen;</p>

			Abstimmungen mit den KLVen im Lande; LVO zur Umsetzung des Personenstandsrechts
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	entfällt		

Sachstand Deutschland online	s. Sachstand
Einbeziehung in das eigene Projekt	Abstimmung mit Kommunalen Landesverbänden
Sachstand Fachministerkonf.	s. vorher: Sachstand
Sachstand KoopA ADV	entfällt
Auswirkung Metropolregion	entfällt
Zusammenarbeit mit der FHH	ja
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	noch keine konkrete Finanzplanung

Anlagen:

Sachstandsbericht für die E-Government Gremien

Erläuterungen / Kommentare:

Die Bundesländer haben eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, um die Entwicklung und den Betrieb des Standards XPersonenstand zu finanzieren. Die Vereinbarung ist am 29. Juli 2007 in Kraft getreten. Auf Schleswig-Holstein entfallen folgende Beträge, die in die Haushaltsplanungen eingestellt sind:

2007 10.169 € (Planung) Ist: 9.057,31 €

2008 10.715 €

2009 18.157 € zuzügl. 3.896 € Pflege und Wartung

2010 6.039 € zuzügl. 3.896 € Pflege und Wartung.

Zurzeit laufen die Planungen für die Haushaltsanmeldungen 2009/10. Für 2008 werden Beratungsleistungen durch Dataport geplant.

Elektronisches Personenstandswesen

Statusbericht 18. Februar 2008

1. Aktionsplan Deutschland-Online

Das DOL-Vorhaben Personenstandswesen erhielt im **Aktionsplan Deutschland-Online** höchste Priorität. Es untergliedert sich unter der **Gesamtfederführung Bayerns** in drei Teilprojekte, die parallel durchgeführt werden:

- Ergebnisoffene **Machbarkeitsstudie** zur Einführung einer zentralen elektronischen Führung der Personenstandsregister - MachZentPers - (Bayer. Staatsministerium des Innern)
- Datenaustauschformat **XPersonenstand** (Stadt Dortmund)
- Vorbereitung der **untergesetzlichen Vorschriften** (Bundesministerium des Innern)

Die drei Teilprojekte sind in ihrer Trägerschaft und insbesondere hinsichtlich der politischen Entscheidungsinstanzen in unterschiedlicher Weise in den DOL-Gesamtkontext eingebunden. Die Rollen und Verantwortlichkeiten sowie deren Zusammenwirken sind sehr komplex. Für die drei Teilprojekte und das Gesamtvorhaben wurde ein **Projektplan** entwickelt, der die zeitliche Abfolge der einzelnen Projektschritte und die Abhängigkeiten zwischen den Teilprojekten aufzeigt. Zur Koordinierung der Teilprojekte wurde eine **Projektgruppe DOL-Personenstand** gebildet, die sich regelmäßig unter Vorsitz des Federführers zu Abstimmungsgesprächen trifft. Am **29.03.2007** fand zudem in Bochum eine **Auftakt- und Informationsveranstaltung** für das Vorhaben statt.

2. Teilprojekt 1:

Ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur Einführung einer zentralen elektronischen Führung der Personenstandsregister - MachZentPers -

Die Bayerische Staatsregierung hat am 08.08.2006 beschlossen, vor einer Pilotierung eines zentralen Landesregisters als ersten Schritt eine Entscheidungsgrundlage in Form einer ergebnisoffenen Machbarkeitsstudie durchzuführen, ob und in welcher Form ein zentrales elektronisches Personenstandsregister eingeführt werden kann. Nach einer EU-weiten Ausschreibung wurde der **Fa. Accenture** der Zuschlag für die Durchführung der Studie erteilt. Sie wird unterstützt vom Fraunhofer-Fokus Institut für offene Kommunikationssysteme. Die für die Erstellung der Machbarkeitsstudie kalkulierten Kosten betragen **425.000.- €**. Die erforderlichen Ausgabemittel werden vom Freistaat Bayern getragen und stehen im Landeshaushalt bereit. Mit der Studie wurde **am 9. Juli 2007** begonnen. Für die Durchführung sind **vier Monate** vor-

gesehen. Der **Abschlussbericht** liegt dem Bayerischen Staatsministerium des Innern seit Anfang 2008 vor und befindet sich in der Abnahme. Er soll am 5. März 2008 der Staatssekretärsrund DOL präsentiert werden. An die Fachverwaltungen in den Ländern ist der Bericht bisher nicht verteilt worden.

Gegenstand

Die Studie gliedert sich in folgende neun **Leistungspakete**:

- 1) Darstellung der Aufgaben des Personenstandswesens (**Status quo**) mit Ermittlung des Aufwands und des Finanzbedarfs,
- 2) Darstellung des **Soll-Zustands nach Inkrafttreten des PStRG** mit Ermittlung des Aufwands und des Finanzbedarfs im Vergleich zum Status quo,
- 3) Darstellung einer **umfassenden zentralen Registerführung** mit Ermittlung des Aufwands und des Finanzbedarfs,
- 4) Darstellung von **Mischmodellen**,
- 5) **Vergleich der Modelle** mit Bewertung und Umsetzungsempfehlung,
- 6) Untersuchung der **Nacherfassung**,
- 7) Ermittlung des **Optimierungspotentials** (ggf. Rechtsänderungsbedarf),
- 8) Prüfung von Modellen **anderer europäischer Staaten**,
- 9) Entwicklung eines organisatorischen und DV-technischen **Grobkonzepts** für das empfohlene Modell als **Basis für einen Pilotbetrieb**.

Zu den Leistungspaketen 1 und 2 hat der Projektant einen **Zwischenbericht** erstellt, der gegenwärtig geprüft wird und noch im Oktober 2007 abgenommen werden soll.

Pilotprojekt

Ergibt die Studie, dass die Weiterverfolgung des Projekts verantwortbar, sinnvoll und wirtschaftlich wäre, könnte sich in Bayern in einer **Umsetzungsphase** ein **Pilotbetrieb** anschließen. Über das „Ob“ der Durchführung, die Modalitäten und die Finanzierung wird die bayerische Staatsregierung im ersten Quartal 2008 entscheiden, sobald die Auswertung der Machbarkeitsstudie vorliegt. Ein Pilotbetrieb könnte angesichts des erforderlichen Vorlaufs nicht mehr vor dem Inkrafttreten des PStRG zum 01.01.2009 abgeschlossen werden. Für die Umsetzung in einem Pilotvorhaben müssten insbesondere auch noch die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Für ein Pilotprojekt sind in Bayern noch keine Haushaltsmittel veranschlagt, weil die Maßnahme nicht etatreif ist.

3. Teilprojekt 2

Datenaustauschformat XPersonenstand (Federführung Stadt Dortmund):

Die elektronische Registerführung erfordert ein **onlinefähiges, bundesweites** Datenaustauschformat als Grundlage für die elektronische Abwicklung der Geschäftsprozesse. Es wird für eine Umstellung auf die elektronische Personenstandsregisterführung zum 1.1.2009 unabhängig davon benötigt, ob diese dezentral oder zentral erfolgen soll. Über das Teilprojekt XPersonenstand soll dieses **Datenaustauschformat** definiert werden. Die Schnittstelle soll offen, interoperabel und herstellerunabhängig sein. Mit der Durchführung des Teilprojekts XPersonenstand wurde die Stadt Dortmund betraut.

Vorstudie

Vor der eigentlichen Umsetzung des Projekts XPersonenstand wurde von Januar bis März 2007 eine **Vorstudie** durchgeführt, um eine Aufgabenbeschreibung sowie Zeitplanung für das Projekt zu entwickeln und Aussagen zum Aufwand zum treffen. Es wurden eine **aktualisierte Projektbeschreibung und eine Kostenschätzung** erstellt. Demnach ist von Gesamtkosten dieses Teilprojektes in Höhe von ca. 1.360.000,- € auszugehen.

Finanzierung

Anders als für das Teilprojekt 1 "Machbarkeitsstudie", das ausschließlich über bayerische Landesmittel finanziert wird, bedarf es für die Durchführung des Projekts XPersonenstand einer gesonderten **Finanzierungsvereinbarung der Länder**. Auf der Basis der in der Vorstudie erarbeiteten Kostenschätzung und der bisherigen Erörterung und Beschlussfassung im AK I hat die **IMK am 31.05./01.06.2007** eine vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen erarbeitete **Verwaltungsvereinbarung** beschlossen, die eine **anteilige Finanzierung** des Projekts **nach dem Königsteiner Schlüssel** vorsieht (ohne Bayern, das das Teilprojekt 1 Machbarkeitsstudie ausschließlich mit eigenen Mitteln finanziert). Der Kostenansatz für Schleswig-Holstein sieht folgendermaßen aus:

2007	10.169 € (Planung) Ist: 9.057,31 €
2008	10.715 €
2009	18.157 € zuzügl. 3.896 € Pflege und Wartung
2010	6.039 € zuzügl. 3.896 € Pflege und Wartung.

Zeitplan

Mit der Durchführung des Projektes wurde unmittelbar nach dem zustimmenden Beschluss des AK I vom 19./20.04.07 begonnen. Die beabsichtigte Vorgehensweise ist modular aufgebaut. Das erste Modul zur Kommunikation der Standesämter untereinander wird voraussichtlich zur praktischen Nutzung in der Standesamtsarbeit zum 1.1.2009 zur Verfügung stehen.

Erste Priorität hat die Erstellung des Informationsmodells für den Datenaustausch. Gemäß der Vorstudie sind hierfür 5 Workshop-Sitzungen eingeplant.

Das Informationsmodell wird nach hier vorliegenden Informationen der Gesamtprojektleitung planmäßig im April 2008 durch den AK I verabschiedet werden können. Die Architektur wird im Anschluss an das Informationsmodell erstellt und wird ebenfalls für die Frühjahrssitzung 2008 des AK I zur Verfügung stehen.

Beteiligte der Projektgruppe ‚XPersonenstand‘

- Bundesministerium des Innern
- Bundesverband der Deutschen Landesbeamtinnen und Landesbeamten
- d-NRW
- ekom 21
- Kommunalen Datenverarbeitung Region Stuttgart
- OSCI-Leitstelle
- Profi AG (ehemals Protext)
- Stadt Dortmund Bürgerdienste und Dortmunder Systemhaus
- Landesämter Hagen, Karlsruhe, Kassel und Wiesbaden
- Verlag für Landesamtswesen

4. Teilprojekt 3

Vorbereitung der untergesetzlichen Vorschriften (Bundesministerium des Innern):

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorsitz des Bundesministeriums des Innern erarbeitet die **Ausführungsverordnungen** zum neuen Personenstandsgesetz.

In den Verordnungen müssen sowohl allgemeine Fragen zum Vollzug des neuen Personenstandsrechts geregelt werden ("allgemeine" Personenstandsverordnung - PStV) als auch technische Vorgaben gemacht werden ("technische" Personenstandsverordnung - TPStV). So sollen die Einzelheiten über die Anforderungen an elektronische Verfahren zur Führung der Register einschließlich der Anforderungen an Anlagen und Programme sowie deren Sicherung und für die Kommunikation mit anderen Behörden und den Bürgern geregelt werden. Es müssen zudem die Standards für den Aufbau und die Darstellung der elektronischen Register am Bildschirm rechtlich festgelegt werden.

5. Arbeitsgruppe landesrechtliche Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes des AK I

Der AK I hat in seiner Sitzung am 18. und 19. Oktober 2007 auf Anregung Bayern eine länderoffene Arbeitsgruppe gebildet, an der sich Vertreter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein zur Erarbeitung von Empfehlungen zu Eckpunkten für die landesrechtliche Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes beteiligen. Die AG hat den Auftrag zur Frühjahrssitzung des AK I zu berichten. Als erster Schritt wurde eine Umfrage in allen Ländern initiiert zum Stand der Umsetzungsplanungen in den für die Länderregelungen relevanten Bereichen. Dabei zeichnet sich ab, dass insbesondere bei der Festsetzung der Gebühren sowie bei der Festlegung der Qualifikationen der Standesbeamtinnen und Standesbeamten Abstimmungsbedarf gesehen wird.

6. Umsetzungsstand in Schleswig-Holstein

Auch bei den erforderlichen Arbeiten in Schleswig-Holstein sind folgende Schwerpunkte zu bilden:

1. Klärung organisatorischer und technischer Fragestellungen zur elektronischen Registerführung.

Hier geht es u.a. darum zu entscheiden, ob eine zentrale Registerführung sinnvoll und möglich ist. Dazu fehlen natürlich die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie aus dem Bundesprojekt. Erste Gespräche mit Dataport über die Nutzung der Clearingstellen-

Infrastruktur und ein mögliches Hosting einer zentralen oder Spiegelanwendung haben stattgefunden. Abstimmungen mit den Kommunalen Landesverbänden haben begonnen.

2. Landesrechtliche Umsetzung des Reformgesetzes und der untergesetzlichen Regelungen.

Auf der Basis der noch nicht vorliegenden Bundesverordnungen müssen die landesrechtlichen Rahmenbedingungen für die Registerführung und die Arbeit im Standesamt nach dem neuen Recht erfolgen. Das Personenstandreformgesetz enthält eine Reihe an Verordnungsermächtigungen an die Länder. Diese gilt es umzusetzen. Insbesondere müssen die Länder die Gebühren für standesamtliche Leistungen festlegen.

3. Technische Ausgestaltung des Datenaustausches im Rahmen der Mitteilungsdienste auf der Basis des Standards XPersonenstand.

In diesem Themenbereich gilt es, die Kommunikationsanforderungen eines elektronischen Personenstandsregisters technisch umzusetzen. Ergebnisse aus dem Bundesprojekt liegen noch nicht vor. Im Bereich der technischen Infrastruktur besteht die Erwartung, dass auf Komponenten für das elektronische Meldewesen bei Dataport zurückgegriffen werden kann.

4. Finanzierung von Entwicklung und Betrieb des elektronischen Verfahrens.

Bereits am 30. Januar 2008 hat ein erstes Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden zum gemeinsamen weiteren Vorgehen bei der Personenstandsrechtsreform stattgefunden. Hier wurden auch Fragen der Finanzierung zentraler elektronischer Komponenten erörtert. Zunächst wurde eine Fortsetzung des Dialogs vereinbart. Auch an dieser Stelle fehlen konkrete Informationen aus dem Bundesprojekt (Ergebnis der Machbarkeitsstudie, Entwürfe der Bundesverordnungen).

AZ: IV 204 212-26.80.1

Lenkungsgruppe E-Government

Sitzung am 18.3.2008

Datum: 14.03.2008

Vorlage LG-eGov.doc

Name: Jörg Ahlers

Telefon: 3055

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0-5 (Deutschland-Online)		
Projekt	Meldewesen		
Federführung	Hamburg	Beteiligte	Die Innenressorts des Bundes und der Länder
AG	Projektgruppe Meldewesen - Initiative Deutschland-Online -		
Thema	Umsetzung des Melderechtsrahmengesetzes als Projekt Deutschland-Online		
Sachstand	<p>Bundesweit ist die länderübergreifende elektronische Kommunikation im Meldewesen auf Basis der Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport realisiert worden. Seit dem 01.01.2007 ist länderübergreifend die elektronische Abwicklung der Rückmeldeverfahren und Fortschreibungen zwischen Meldebehörden verbindlich. Die für die Kommunikation der Meldebehörden vorgeschriebene Clearingstelle hat den Betrieb ab dem 1. Januar 2007 reibungslos aufgenommen. Die Inbetriebnahme des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) ist erfolgt, das u.a. die Funktion eines Adressverzeichnisses hat. Ab dem 1. Juli 2007 ist die zwingende elektronische Datenübermittlung durch die Meldebehörden an das Bundeszentralamt für Steuern gefolgt. Weitere gesetzlich vorgeschrieben elektronische Fachanwendungen wurden ab dem 1. November 2007 realisiert: Datenübermittlung an die Datenstelle der Rentenversicherungsträger (Geburtsmitteilungen) und Deutsche Post AG (Sterbefallmitteilungen).</p> <p>Die Dublettenprüfung im BZSt und die anschließende Übermittlung von vermuteten Dubletten an die Meldebehörden zur Bereinigung der Melderegister wurde am 3. März 2008 abgebrochen, da innerhalb der Datenbank im BZSt zum Teil die Personendatensätze verfälscht worden sind. Das BZSt hat zwischenzeitlich den Fehler behoben und muss die Dublettenprüfung neu beginnen. Anschließend werden die Meldebehörden erneut in die Dublettenprüfung einbezogen. Hieraus resultiert eine noch unbestimmte Verschiebung der endgültigen Vergabe der eindeutigen Steueridentifikationsnummer.</p>		
geplanter Abschluss	keine Angabe	Meilensteine	1. 01.01.2007: 100 % der länderübergreifenden Rückmeldungen erfolgen auf Basis der Standards OSCI-Transport und OSCI-XMeld elektronisch.

			<p>2. 01.07. 2007: 100 % der Datenübermittlungen an das Bundesamt für Finanzen erfolgen auf Basis der Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport elektronisch.</p> <p>3. 01.11.2007: Die zentrale Spiegeldatenbank SH nimmt ihren Betrieb mit der Polizeiauskunft, der einfachen Melderegisterauskunft und der Eigenbestandskontrolle auf.</p> <p>4. 01.11.2007: Die in der Spiegeldatenbank SH gespeicherten Daten stehen für die automatisierte Behördenauskunft und die einfache Melderegisterauskunft über das Internet bereit.</p> <p>5. 01.11. 2007: 100 % der Datenübermittlungen an die Datenstelle der Rentenversicherungsträger und Deutsche Post AG erfolgen auf Basis der Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport elektronisch.</p> <p>6. 01.07.2008: Die einfache Melderegisterauskunft aus der Spiegeldatenbank SH ist einschließlich Gebührenverwaltung behördenübergreifend möglich (Adresskettenverfolgung).</p> <p>7. 01.09.2008: Die landesinternen Anmeldungen können über die Spiegeldatenbank SH mittels vorausgefülltem Meldeschein erfolgen.</p>
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	entfällt		

Sachstand Deutschland online	Das Projekt ist unmittelbarer Bestandteil von Deutschland-Online
Einbeziehung in das eigene Projekt	Die Implementierung der zentralen Spiegeldatenbank SH und die Erweiterung der Funktionalitäten der Clearingstelle fügen sich in das bundesweite Projekt ein.
Sachstand Fachministerkonf.	Die Innenministerkonferenz lässt sich regelmäßig über die Projektfortschritte berichten und stimmt den einzelnen Maßnahmen zu

Sachstand KoopA ADV	keine Angabe
Auswirkung Metro- polregion	Es ist darauf zu achten, dass sich Projekte der Metropolregion in die bundesweite Projektstruktur einfügen (Entwicklung von Modellprojekten nach dem Prinzip "Einer/Einige für Alle" unter Berücksichtigung der bundesweiten Konzeption)
Zusammenarbeit mit der FHH	Auf Bund-/Länderebene
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	IM

Anlagen:

keine Angabe

Erläuterungen / Kommentare:

keine Angaben

AZ: Lenkungsgruppe E-Government Sitzung am 18.3.2008	Datum: 29.02.2008 Dokument1 Name: H. Recknage, VI 518/ Telefon: 8032
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.0-6		
Projekt	Deutschland-Online Dienstleistungsrichtlinie		
Federführung	SH und BW	Beteiligte	
AG			
Thema	IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie; Erstellung einer Blaupause (Bericht an MPK)		
Sachstand	s. Anlage		
geplanter Abschluss	Sept. 2008	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

Sachstandsbericht

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VII 632 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 ☐ Dokument1 Name: Frau M. Scheffler Telefon: 4617
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. -I_1.b		
Projekt	DeutschlandOnline - Gewereregister		
Federführung	BY/BW	Beteiligte	Statistisches Bundesamt (Destatis), HVBG, DVZ, BayLfStaD, StMWIVT, Dt. Städtetag, DZ BW, BayStMI, Kommunen (für SH: Stadt NMS)
AG	Gewereregister		
Thema	Festlegung eines deutschlandweiten Standardaustauschformats für Gewerbeanmeldungen		
Sachstand	<p>Am 09.10.2007 hat die 12. Projektgruppensitzung DO:G (Deutschland- Online: Gewereregister) stattgefunden. Folgende Punkte wurden behandelt:</p> <p>- Änderung der Gewerbeordnung (GewO) Die GewO wurde durch Art. 9 des Zweiten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 07.09.2007 geändert. Neu eingeführt wurde die Möglichkeit eines allgemeinen Zugangs zu den Grunddaten aus der Gewerbeanzeige (Name, betriebliche Anschrift, ausgeübte Tätigkeit). Darüber hinaus wurde das automatisierte Abrufen vereinfacht.</p> <p>- EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) Die bis Ende 2009 umzusetzende EU-DLR wird bei den Kommunen zu umfassenden Änderungen führen. Es soll ein sog. einheitlicher Ansprechpartner (EA) eingerichtet werden, welcher als zentrale Anlaufstelle dient. Die konkrete Ausgestaltung des EA ist indes noch unklar. Da die Projektgruppe (PG) den Eindruck gewonnen hat, dass zahlreiche Kommunen die Auswirkungen der EU-DLR unterschätzen, wurde der Wunsch nach einer entsprechenden Information der Kommunen durch die politische Ebene geäußert.</p>		

- Zentrale Gewerbeplattform

Angesichts der aktuellen Ausgestaltung der bestehenden Gewerbeplattformen auf Länderebene wurde festgestellt, dass für die Einrichtung landesweiter Auskunftsplattformen eine dauerhafte zentrale Speicherung der Gewerbedaten zwingende erforderlich ist. Darüber hinaus wurde angeregt, die einheitlichen Wirtschaftszweigklassifikationen nach WZ 2008 verpflichtend einzuführen.

- Veranstaltung für empfangsberechtigte Stellen

Am 17.04.2008 wird ein Destatis-Workshop zur elektronischen Datenübermittlung stattfinden. Ziel ist es, die empfangsberechtigten Stellen über die Einführung von DatML/RAW (Gewerbe) zu informieren und sie für die elektronische Weiterverarbeitung der Lieferdaten zu gewinnen.

- Zusammenarbeit zwischen BMF und Wirtschaftsministerien der Länder

In der mit Wirkung zum 01.07.2007 in Kraft getretenen Vereinbarung des BMF und den Wirtschaftsministerien der Länder über die Grundsätze der Zusammenarbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung mit den Gewerbebehörden und den nach Landesrecht zuständigen Schwarzarbeitsbekämpfungsbehörden in den Ländern auf dem Gebiet des Handwerks- und Gewerberechts war ursprünglich vorgesehen, dass die Kommunen bei der elektronischen Übermittlung der Gewerbeanzeige an die Zollverwaltung den Verdachtsgrund mitteilen. Dieses Verfahren ist indes ausgesetzt, da das Ergebnis der datenschutzrechtlichen Prüfung noch aussteht.

- Schlüssel beim Gewerbezentralregister (GZR)

Von Seiten der PG wird die Auffassung vertreten, dass die Verwendung der aktuellen Destatis-Schlüssel für Rechtsformen und Tätigkeiten auch im GZR sinnvoll wäre. Entsprechende Anfragen wurden bislang negativ beschieden; es wird daher geprüft, ob eine Initiative auf Ministeriebene ergriffen werden soll.

- Wechsel von EDFACT zu DatML/RAW (Gewerbe)

Die PG schlägt Destatis vor, EDIFACT als Übermittlungsformat zum 31.12.2008 auslaufen zu lassen, um so sicherzustellen, dass DatML/RAW (Gewerbe) als neues bundesweites Gewerbedatenaustauschformat anerkannt wird. Eine Entscheidung des Destatis wird nach dem 17.04.2008 erwartet.

	<p>- Neuer Name für DatML/RAW (Gewerbe)</p> <p>Es wird überlegt, dem Datenaustauschformat einen einprägsameren Namen zu geben, ähnlich xJustiz/xMeld. In Anbetracht dessen, dass xGewerbe bereits vergeben ist, werden Vorschläge gesammelt.</p> <p>- Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen</p> <p>Über die Geschäftsstelle von DeutschlandOnline soll geprüft werden, ob und inwieweit eine Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen sinnvoll ist.</p> <p>- Beteiligung an der Projektgruppenarbeit</p> <p>Zur Stärkung der Mitarbeit in der PG wird eruiert, ob die PG um neue Mitglieder (z.B. Hesteller von Gewerbeverfahren) erweitert werden soll.</p> <p>Ein Termin für die nächste Projektgruppensitzung ist noch nicht benannt.</p>		
geplanter Abschluss		Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	Das Projekt befindet sich weiterhin in der Entwicklung.		

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

- / -

Erläuterungen / Kommentare:

- / -

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1.-I_3		
Projekt	Amtliche Statistik - Online-Erhebung von Statistiken		
Federführung	Bund	Beteiligte	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
AG	entfällt		
Thema	Umsetzung des Masterplans Statistik		
Sachstand	<p>Das Verfahren IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund) wird seit 2005 in den statistischen Ämtern eingesetzt, wobei 6 Ämtern keinen eigenen IDEV-Server betreiben, sondern auf die Hosting-Dienstleistung anderer Ämter zurückgreifen. Ein Amt verwendet derzeit noch ein eigenes Verfahren, dessen Ablösung durch IDEV jedoch bereits vorgehen ist. eSTATISTIK.core (eSTATISTIK Common Online Raw data Entry) wird zentral vom Statistischen Bundesamt betrieben.</p> <p>Der Statistische Verbund hat - wie im Masterplan vorgesehen - bis Ende 2005 für 23 Statistiken und bis zum Jahresende 2007 für insgesamt 50 vornehmlich aus dem Wirtschaftsbereich ausgewählte Statistiken die fachlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Online-Erhebung geschaffen. Hierfür hat der statistische Verbund erhebliche Investitionen vorgenommen. IDEV und eSTATISTIK.core wurden von einem Softwarehaus entwickelt; die erforderlichen Anpassungen an die fachspezifischen Aufbereitungsprogramme und die Erstellung der Online-Formulare und der Schnittstellen haben die statistischen Ämter mit einem erheblichen Zusatzaufwand erledigt. Allerdings konnte nicht für alle Statistiken bereits in 2007 der Produktionsbetrieb aufgenommen werden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen unterlagen die 50 im Rahmen des Mastersplans für die Online-Erhebung ausgewählten Statistiken in den letzten Jahren zahlreichen Gesetzesänderungen. Vier dieser Statistiken wurden vollständig eingestellt (z.B. Verdiensterhebung im Handwerk). Der Statistische Verbund hat hierfür andere Statistiken zur Vervollständigung in die 50er Liste aufgenommen. Zudem musste gesetzestbedingt in bereits umgesetzten und eingeführten Online-Erhebungen eine Vielzahl von Änderungen bezüglich der zu erhebenden Merkmale oder des Berichtskreises berücksichtigt werden. Durch die hierfür erforderliche Anpassungs- und Einführungsarbeiten wurden</p>		

zusätzliche Personalressourcen in den statistischen Ämtern gebunden. Zum anderen sind Reorganisationen und strukturelle Änderungen im statistischen Verbund z.B. die Fusion zweier Statistischen Landesämter, die Einführung der Auftragsvergabe im Wettbewerb sowie der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung dafür verantwortlich, dass einige statistische Ämter ihre Ressourcen nicht im vorgesehenen Ausmaß auf den Ausbau der Online-Erhebungen konzentrieren konnten. Bei einigen produktionsreifen Jahresstatistiken konnte der Wirkbetrieb wegen Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen nicht mehr rechtzeitig in 2007 aufgenommen werden, so dass in diesen Fällen erst im Rahmen der Erhebung 2008 erstmalig eine Online-Erhebung erfolgen wird. Einige Erhebungen mussten in einzelnen Ländern wegen zu geringer Berichtskreisgrößen vorerst für die Online-Erhebung zurückgestellt werden. Im Durchschnitt haben die statistischen Ämter für rund 30 Statistiken im Jahr 2007 eine Online-Erhebung angeboten. Neben den bundesweit einheitlichen Erhebungen bieten einige statistische Ämter weitere Statistiken online an, um u.a. spezielle landesspezifische Übermittlungswege und fachspezifische Besonderheiten zu unterstützen. Über eSTATISTIK.core konnten die Berichtspflichtigen im Jahr 2007 für 19 Statistiken ihre Meldung online abgeben, weitere 38 Statistiken werden derzeit vorbereitet. Auch bei diesem Verfahren machen sich Gesetzesänderungen bemerkbar. So musste die bereits online produktive Bruttojahresverdiensterhebung im produzierenden Gewerbe etc. zwischenzeitlich eingestellt werden. Die Akzeptanz der beiden Online-Erhebungen durch die Berichtspflichtigen ist in Teilen zwar nicht schlecht, sie entspricht aber keinesfalls den Erwartungen der statistischen Ämter und deckt sich zum derzeitigen Zeitpunkt durchaus nicht mit den a priori allgemein geäußerten Annahmen. Die Beteiligungsquoten fallen je nach Statistik und Periodizität der Erhebungen sehr unterschiedlich aus. Während die Unternehmen und Betriebe zu den monatlichen und vierteljährlichen Erhebungen im Bereich des verarbeitenden Gewerbes in einzelnen Bundesländern zu über 60% online melden, liegt der Online-Nutzungsgrad bei vielen Jahreserhebungen noch zum Teil unter 10%. Die vierteljährliche Verdiensterhebung verzeichnet als erfolgreichste über eSTATISTIK.core erhobene Statistik bundesweit im Quartal lediglich bis zu rund 8.000 Online-Meldungen. Dies entspricht einer Quote von knapp 20%. Die staatlichen Stellen, die der statistischen Berichtspflicht unterliegen, nutzen das Online-Angebot in der Regel sehr ausgiebig. Die Beteiligungsquoten liegen hier häufig

	<p>zwischen 50 und 90%. Für die privaten Haushalte werden derzeit nur wenige Erhebungen online angeboten. Die Bereitschaft zur elektronischen Datenlieferung schwankt bei dieser Zielgruppe, die freiwillig an diesen Statistiken teilnimmt, sehr stark.</p> <p>Um die Akzeptanz der Online-Verfahren bei allen Auskunft gebenden Stellen zu erhöhen, beabsichtigen die statistischen Ämter, weitere Werbemaßnahmen für diese Erhebungswege durchzuführen.</p> <p>Bzgl. der Kooperation zwischen den Ämtern des Bundes und der Länder erfolgt derzeit die Leistungsverrechnung für die Softwareentwicklung. Für die zentrale Produktion und die Datenhaltung (ZPD) soll die Leistungsverrechnung ab dem Jahr 2011 erfolgen.</p> <p>Die XML-Standards für die Datengewinnung aus den Kommunen befinden sich in der Entwicklung, können aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht umfassend eingesetzt werden.</p>		
geplanter Abschluss	Keine Angaben	Meilensteine	entfällt
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	Keine Angaben		

Sachstand Deutschland online	Der Bereich Statistik ist Bestandteil von Deutschland-Online
Einbeziehung in das eigene Projekt	entfällt
Sachstand Fachministerkonf.	entfällt
Sachstand KoopA ADV	entfällt
Auswirkung Metropolregion	Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein bringt die Verfahren in Hamburg und Schleswig-Holstein gleichermaßen zur Anwendung.
Zusammenarbeit mit der FHH	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
IT-Dienstleister	Keine Angaben
Kostenplan	entfällt

Anlagen:

Keine Angaben

Erläuterungen / Kommentare:

Keine Angabe

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	26.02.2008 ☐ 2.1.-I_5. <i>Name: Thomas Scherk</i> <i>Telefon: 988- 4663</i>
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. I_5		
Projekt	BAföG		
Federführung	B-W	Beteiligte	13 Länder
AG			
Thema	Einführung eines neuen BAföG-Hauptverfahrens (BAföG 21), Eingabe- (Dialog 21) und Kassenverfahrens (Kasse 21)		
Sachstand	<p>Das vom BAföG-Programmierverbund unter Leitung des Landes Baden-Württemberg entwickelte BAföG-Hauptverfahren wird im Sommer 2008 zur Verfügung stehen. Die Entwicklungsarbeiten zum Eingabe- und Kassenverfahren Dialog 21 und Kasse 21 werden im Sommer 2008 abgeschlossen sein. Das Land Schleswig-Holstein hat im Programmierverbund und bei der Entwicklung von Kasse 21 Entwicklungspakete übernommen.</p> <p>Der Bundestag hat kurzfristig Ende letzten Jahres zum 01.01.2008 das Bundesausbildungsförderungsgesetz in wesentlichen Teilen geändert. Diese Gesetzesänderung hat zu großem Änderungsbedarf am alten Programmsystem geführt. Diese Programmänderungen für das alte Programm wurden fristgerecht zum BAföG-Auszahlungstermin für Januar 2008 fertiggestellt.</p> <p>Diese Gesetzesänderungen werden jetzt auch in das neue Programmsystem BAföG 21, Dialog 21 und Kasse 21 eingearbeitet.</p> <p>Die Verzögerung der Fertigstellung um etwa 6 Monate ergibt sich aus dem Umfang des (nicht vorhersehbaren) Änderungsbedarfs am alten Programmsystem und aus der notwendigen Einarbeitung der Gesetzesänderung in das neue System. Die Programmänderungen am alten Programmsystems wurde von den Softwareentwicklern aus den Projekten BAföG 21, Kasse 21, Dialog 21 durchgeführt. Diese Entwickler standen daher etwa 3 Monate nicht für ihre Projekte zur Verfügung.</p> <p>Ziel ist es, die bestehenden Verfahren im Laufe des Jahres 2008 durch BAföG 21, Dialog 21 und Kasse 21 zu ersetzen. Mit diesem Schritt werden die nicht</p>		

	<p>mehr dem technischen Standard entsprechenden Großrechnerverfahren abgelöst und die Voraussetzungen für eine Intra-/Internet basierte Vorgangsbearbeitung geschaffen.</p> <p>Darüber hinaus werden 2008 die vertraglichen Grundlagen für die Pflege und Weiterentwicklung von BAföG 21, Dialog 21 und Kasse 21 geschaffen. Das Land Baden-Württemberg hat den Auftrag, entsprechende Kooperationsverträge zu erarbeiten.</p>		
geplanter Abschluss	Sommer 2008	Meilensteine	<p>Test und Freigabe einzelner Module und Standards (XBAföG). Einführung der Verfahren in den, mit Aufgaben des Berufsausbildungsförderungsgesetzes betrauten Stellen.</p>
Beschlussvorschlag	keiner		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	Der KoopA ADV ist über das Projekt informiert
Auswirkung Metropolregion	keine
Zusammenarbeit mit der FHH	Die Freie und Hansestadt Hamburg nimmt nur am Hauptverfahren BAföG 21 teil.
IT-Dienstleister	Dataport ist in das Projekt eng eingebunden.
Kostenplan	<p>Die Kooperationsvereinbarung regelt die von den einzelnen Ländern zu tragenden Kosten. Der auf Schleswig-Holstein entfallende Kostenverteilungsschlüssel beträgt etwas über 4 %. Er ist damit geringfügig höher als der Königsteiner Schlüssel, da sich an dem Verfahren nicht alle Ländern beteiligen.</p> <p>Schleswig-Holstein hat im Projekt die Verantwortung für den Arbeitsblock Bescheiderstellung übernommen. Die Programmierung des Moduls erfolgt durch Dataport. Zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft</p>

	<p>und Verkehr und Dataport besteht Einvernehmen darüber, dass die von Dataport zu erbringenden Entwicklungsleistungen aufgrund der gestiegenen BAföG-Fallzahlen bereits durch die gezahlten BAföG-Fallpreispauschalen des Ministeriums abgedeckt werden. Aus diesem Grund sind im Haushalt des MWV keine weiteren Kosten für die Entwicklung von BAföG 21 ausgewiesen.</p> <p>Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst lässt im Auftrag der Kooperation den Programmteil „Dialog21“ erstellen.</p>
--	--

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: IV 245-0255.560.74

Lenkungsgruppe E-Government
Sitzung am 18.3.2008

Datum: 29.01.2008

Vorlage LG-eGov.doc

Name: Helmut Schlüter

Telefon: 3351

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1-I_6		
Projekt	Geodaten		
Federführung	NRW	Beteiligte	KGSt, Bund, BW, BY, BE, BB, HB, HH, MV, NI, RP, SL, SN, SH, alle Länder durch Mitarbeit in der Adv., Bund durch IMAGI, KGSt, D21 für die Geoinformationswirtschaft
AG	entfällt		
Thema	Vorhaben Geodaten im Rahmen von Deutschland-Online		
Sachstand	<p>Die 12. Sitzung von Deutschland-Online / Geodaten (DO) hat am 21.08.2007 im Landesvermessungsamt NRW in Bonn stattgefunden. Schwerpunkte der Aktivitäten in diesem DO-Projekt bilden die Verfahren XPlanung und VBORIS. Sie zählen gemäß dem Aktionsplan DO nicht zu den prioritären Vorhaben. Der AK der Staatssekretäre für eGovernment und der aktuelle Aktionsplan zu Deutschland-Online fordern, dass eine Koordination der Projekte durch die Fachministerkonferenzen erfolgt. Hinsichtlich XPlanung wird ein Bericht an die Fachkommission Städtebau abgegeben werden, um auf dieser Basis die Gespräche über das weitere Vorgehen wieder aufzunehmen.</p> <p>Das Projekt VPORIS wird von den Ländern als zukunftsorientiert und gut realisierbar eingestuft. In Schleswig-Holstein sind Gespräche mit den zuständigen kommunalen Stellen aufgenommen worden.</p> <p>Als weitere Projekte werden im Rahmen von DO die Präsentation des DLM 50.1 (Erzeugung einer Präsentationsgraphik für ATKIS-Daten) und der Gazeteer-Dienst für Hauskoordinaten betrieben. Beide Projekte sind auf einem guten Weg.</p>		
geplanter Abschluss	entfällt	Meilensteine	Die nächste Sitzung von DO/Geodaten findet am 28.5.2008 statt
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	entfällt		

Sachstand Deutschland online	siehe Sachstand
Einbeziehung in das eigene Projekt	<p>Die Entwicklung der Projekte in DO/Vorhaben Geodaten haben alle mittelbar Einfluss auf das Geodatenmanagement und die Geodateninfrastruktur in Schleswig-Holstein. Unmittelbare Verknüpfungen bestehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. beim "Vernetzten Metainformationssystem", das die Leitstelle Geodaten im Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein als Schleswig-Holsteinisches Metainformationssystem (SH-MIS) einsetzen wird als eine Lösung, die auf "GeoMIS.Bund" aufsetzt. Die Einführung des SH-MIS wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2008 erfolgen. 2. zum Digitalen Atlas Schleswig-Holstein, der eine "Integrierte Präsentation von verteilt vorliegenden Geofachdaten über Internet" vorsieht und eine schleswig-holsteinische Portallösung im Sinne der "GeoPortal.Bund" darstellt. 3. bei den Standardisierungsaufgaben im Bereich der Bauleitplanung (siehe hierzu: Auswirkungen Metropolregion).
Sachstand Fachministerkonf.	Die Fachkommission Städtebau wird über die Ergebnisse informiert.
Sachstand KoopA ADV	entfällt
Auswirkung Metropolregion	Die Metropolregion Hamburg hat aus dem Bereich der Bauleitplanung in DO das Projekt der Standardisierung der Planzeichenverordnung (XPLANUNG) eingebracht. Der Kreis Segeberg hat hierbei zusammen mit der FHH die Federführung übernommen.
Zusammenarbeit mit der FHH	siehe hierzu: Auswirkungen Metropolregion
IT-Dienstleister	entfällt
Kostenplan	Ressort

Anlagen:

entfällt

Erläuterungen / Kommentare:

entfällt

AZ: VII 42, LS 42 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	29.02.2008 Dokument1 Name: Klaus Schneider (VII 42) Ose Hamann (LS 42) Telefon: 988-4545 / 383-2148
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. -I_8. sowie 4.5		
Projekt	"VEMAGS"		
Federführung	VII 42, LS 42	Beteiligte	alle Bundesländer
AG	GKVS (Federführend ist HE); Arbeitsgruppe VEMAGS		
Thema	Bundesweites Projekt zur Einführung eines internet-gestützten Antrags- und Genehmigungsverfahrens für den Großraum- und Schwerverkehr		
Sachstand	<p>Bundesweit:</p> <p>Oktober 2007: Zustimmung der AG VEMAGS zur Abnahme der VEMAGS-Software (Bedingung: Beseitigung bestimmter Mängel).</p> <p>Ab November 2007: bundesweit schrittweise Aufnahme des Einführungsbetriebes. Mit Ausnahme von HB, BE, SN und BY wird inzwischen in allen Bundesländern mit VEMAGS gearbeitet, wobei der Einführungs- und Anwendungsstand differiert.</p> <p>Schleswig-Holstein:</p> <p>Oktober 2007: Informationsveranstaltung des LBV-SH für schleswig-holsteinische Transportunternehmer und Behörden.</p> <p>Seit November 2007: Nutzung des Systems durch LBV-SH als Anhörungsbehörde.</p> <p>Dezember 2007: Schulung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden (EGB) der Kreise und kreisfreien Städte, organisiert durch LBV-SH. Schrittweise Aufnahme des Betriebes durch die EGB. Inzwischen nutzen 13 der 15 EGB VEMAGS.</p> <p>Januar 2008: beim LBV-SH erfolgten bereits ca. 20 % der erteilten Zustimmungen über VEMAGS, Tendenz steigend.</p>		
geplanter Abschluss	Aufnahme des endgültigen Betriebes; Zeitpunkt steht noch nicht fest	Meilensteine	Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über den endgültigen Betrieb durch eine Unterarbeitsgruppe der AG VEMAGS

Beschluss- vorschlag	Kenntnisnahme
Begründung	

Sachstand Deutschland online	Projekt ist in der Liste der Top 25 (siehe TOP 2.1. -I_8) enthalten.
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	Erörterung in VMK am 12./13.10.2005
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	keine spezifischen Auswirkungen auf die Metropolregion
Zusammenarbeit mit der FHH	Im Rahmen der AG VEMAGS. Bei praktischen Anwendungsfragen z. T. bilaterale Abstimmung.
IT-Dienstleister	Steria-Mummert
Kostenplan	Anteilige Finanzierung durch Länder. Refinanzierung durch Auslagenersatz zu prüfen.

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

Eine erfolgreiche Einführung von VEMAGS wird langfristig zu einer Entlastung im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (landesweite Anhörungsbehörde im Bereich Großraum- und Schwerverkehr) und bei den Kreisen und kreisfreien Städten als Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden wie auch als anzuhörende Behörden führen, ferner zu einer Beschleunigung des sehr komplexen Verfahrens und zu größtmöglicher Transparenz auch für die Antragsteller aus der solche Transporte durchführenden Wirtschaft.

AZ: IV 601-212.29.417
Lenkungsgruppe E-Government
Sitzung am 18.3.2008

Datum: 21.02.2008 08:48
 Vorlage LG-eGov.doc
 Name: Michael Bestmann
 Telefon: 3298

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1.-I_9.		
Projekt	Ausländerwesen Online - X-Ausländer		
Federführung	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	Beteiligte	Bund (vertreten durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) und alle Bundesländer.
AG	eGovernment		
Thema	Schaffung eines Standards für den Datenaustausch im Ausländerwesen.		
Sachstand	<p>Am 31.05.2007 hat der Innenminister nach Abstimmung eines Finanzierungskonzepte auf der Basis des Königsteiner Schlüssels 2006 eine "Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des DOL-Projekts X-Ausländer zur Entwicklung eines Standards zum Austausch für alle Daten im Bereich des Ausländerwesens" unterzeichnet. Die Verwaltungsvereinbarung entspricht den vorher bekannten Vereinbarungen.</p> <p>Unmittelbar danach ist das Projekt gestartet und befindet sich in der Entwicklungsphase.</p>		
geplanter Abschluss	01.03.2010	Meilensteine	Das Projekt befindet sich in der Entwicklungsphase.
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	entfällt		

Sachstand Deutschland online	Eine Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Projekts ist am 31.05.2007 unterzeichnet worden.
Einbeziehung in das eigene Projekt	---
Sachstand Fachministerkonf.	Beteiligung der IMK hat am 31.05/01.06.2007 stattgefunden. Eine Verwaltungsvereinbarung ist in diesem Rahmen unterzeichnet worden.
Sachstand KoopA ADV	<p>Befürwortung der Entwicklung eines gemeinsamen Standards.</p> <p>Handlungsbedarf durch konkrete Beschlussvorschläge oder die Unterstützung der Staatssekretärsrunde wird gesehen. Letzteres soll nach Vorlage eines Finanzierungskonzeptes erfolgen.</p> <p>Daraus resultierend ist am 31.05.2007 eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet worden.</p>

Auswirkung Metropolregion	---
Zusammenarbeit mit der FHH	---
IT-Dienstleister	---
Kostenplan	Liegt noch nicht vor

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: 0205.523.4 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 ☐ 2.1. -II_4 Name: Silke Ruck Telefon: 1743
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. -II_1-4		
Projekt	Verbund Internetportale / Zuständigkeitsfinder		
Federführung	StK 42	Beteiligte	VI 52
AG	nicht eingerichtet		
Thema	Mitarbeit in einer B-L-Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Standards zum Austausch von Portaldateien und zur Strukturierung der Angebote zu erarbeiten		
Sachstand	<p>Die StK hat sich bisher die Protokolle schicken lassen und bei Bedarf Stellungnahmen abgegeben, aber aus Zeitgründen nie an den Sitzungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe teil.</p> <p>Das Thema Zuständigkeitsfinder wird unter TOP 3.8 weiter verfolgt.</p> <p>Der Aufbau eines Zuständigkeitsfinders wird in der StK nicht mehr verfolgt, seit das FM die Umsetzung der technischen Voraussetzungen für einen Zuständigkeitsfinder im Rahmen seiner internen Priorisierung zunächst zurückgestellt hat. Dies wird nunmehr im Rahmen der Arbeiten zur Umsetzung der EU-DLR zu verfolgen sein.</p>		
geplanter Abschluss		Meilensteine	
Beschlussvorschlag			
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	

IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.2.2008 ☐ Name: H.-G. Silber Telefon: 2922
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand.

TOP	2.1.-III_3		
Projekt	Signaturbündnis		
Federführung	Bund	Beteiligte	
AG			
Thema	Es handelt sich um ein Bündnis von Betreibern von Signaturanwendungen		
Sachstand	<p>Die Vision des Bündnisses ist es, dass der Bürger mit jeder beliebigen Chipkarte und jedem Kartenleser eine Vielzahl -idealerweise alle - der verfügbaren Applikationen aus eCommerce und eGovernment nutzen kann. In einer gemeinsamen Erklärung einigten sich die Bündnispartner insbesondere über:</p> <ul style="list-style-type: none"> - technische Standards für die eingesetzten Anwendungen und Produkte, - den Einsatz multifunktionaler Chipkarten, - einheitliche Sicherheitsvorgaben und - die Verwendung fortgeschrittener und qualifizierter elektronischer Signaturen. 		
Geplanter Abschluss	Laufendes Informationsforum	Meilensteine	nicht bekannt
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	-		

Sachstand Deutschland online	siehe oben
Einbeziehung in das eigene Projekt	Berücksichtigung im Projekt PKI-SH
Sachstand Fachministerkonf.	nicht bekannt
Sachstand KoopA ADV	Der KOOPA ADV erhält laufend Informationen über die Initiativen des Signaturbündnisses
Auswirkung Metropolregion	s. FHH
Zusammenarbeit mit der FHH	Bisher bestand in Hamburg kein Interesse an dem Einsatz einer länderübergreifenden Signaturanwendung. Wird jedoch im Rahmen der eGovernmentinfrastruktur 2.0 eine neue Bedeutung erlangen.
IT-Dienstleister	Derzeit niemand; ob Dataport dem Signaturbündnis als Betreiber von

	Signaturanwendungen beitreten wird, hängt auch vom Fortgang des Projektes eGovernmentinfrastruktur 2.0 ab.
Kostenplan	Dem Land entstehen derzeit keine Kosten, da es nicht direkt am Signaturbündnis beteiligt ist. Das kann sich aber ändern, wenn eGovernmentinfrastruktur 2.0 startet.

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

keine

AZ: VI 533-0256.152 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.3.2008	27.02.2008 ☐ 2.1.-V_2 Name: Kay Rose Telefon: 3948
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. V_2.		
Projekt	St-Runde E-Government		
Federführung	VI 5	Beteiligte	
AG	St-Runde E-Government		
Thema	Koordinierung Deutschland Online		
Sachstand	<p>Im Juni 2003 haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder eine gemeinsame Strategie für ebenenübergreifendes E-Government, Deutschland-Online, vereinbart.</p> <p>Der Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern wurde unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände mit der politischen Koordinierung beauftragt. Nach einer Evaluierung im Herbst 2005 wurde eine Neuausrichtung von Deutschland-Online angestrebt. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs von Bund und Ländern haben daher im Juni 2006 den "Aktionsplan Deutschland-Online" verabschiedet und eine Fokussierung auf besonders wichtige Vorhaben vorgenommen. Der Aktionsplan ist im Juni 2007 erstmalig fortgeschrieben und um die IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie erweitert worden.</p> <p>Mit Deutschland-Online sollen die Anstrengungen im E-Government in Deutschland gebündelt und die Stärken des Föderalismus genutzt werden. Dabei gehen einzelne Partner (Federführer) mit Modelllösungen voran, die den anderen zu Gute kommen (Prinzip „Einer oder Einige für alle“).</p> <p>Ziel ist es, über alle Verwaltungsebenen hinweg einheitliche und durchgängige Online-Dienstleistungen zu ermöglichen und bis 2010 stufenweise eine integrierte E-Government-Landschaft in Deutschland zu schaffen.</p> <p>Der Aktionsplan Deutschland-Online umfasst neben den Vorhaben zur Basisinfrastruktur und zur Standardisierung vier Fachprojekte, die unmittelbar auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind: Kraftfahrzeugzulassung, Personenstands- und Meldewesen und die IT-Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie.</p> <p>Die Geschäftsstelle für Deutschland-Online wurde im BMI eingerichtet, um die</p>		

Vorhaben mit einem zentralen Programm-Management steuern und unterstützen zu können. Gleichzeitig werden durch sie zentrale Beratungsleistungen für die Vorhaben des Aktionsplans bereitgestellt und koordiniert. Zusätzlich übernimmt die Geschäftsstelle Aufgaben wie Controlling, Wissensmanagement und Kommunikation.

Die sechs Deutschland-Online Vorhaben des Aktionsplans im Überblick:

1. Infrastruktur

Auf- und Ausbau einer abgestimmten Netzinfrastruktur der Deutschen Verwaltung

2. Standardisierung

Unterstützung und Koordination bei der Entwicklung und Bereitstellung von fachlichen Standards für den elektronischen Datenaustausch (XÖV-Standards)

3. Meldewesen

Aufbau eines Bundesmelderegisters in Ergänzung der kommunalen Register

4. Kfz-Wesen

Umsetzung einer organisatorischen, rechtlichen und technischen Lösung, um die Fahrzeugregistrierung für Bürger und Wirtschaft möglichst durchgängig ohne Medienbruch online durchführen zu können

5. Personenstandswesen

Einführung elektronischer Personenstandsregister zur Beurkundung des Personenstandes

6. Dienstleistungsrichtlinie

Entwicklung einer Blaupause für die IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Deutschland-Online umfasst weitere Vorhaben:

1. Amtliche Statistik

Erleichterung der Datenerhebung der Statistik in Deutschland durch eine onlinestützten Arbeitsteilung

2. BAföG

Projekt zur Beantragung finanzieller Unterstützung der Ausbildung via Internet durch Studenten

3. Deutsches Signatur- und Kartenforum

Diskussion übergreifender Fragen zur Nutzung der elektronischen Signatur als Äquivalent zur konventionellen Unterschrift Signaturen

4. Geodaten

Harmonisierung der heterogenen Geoinformationslandschaft in Deutschland

5. Gewerberegister

Aufbau eines zentralen, medienbruchfreien und standardisierten Verfahrens für die Gewerbemeldungen an die zuständigen Verwaltungsstellen

6. Justizregister

Schaffung eines zentralen deutschen Unternehmensregisters sowie elektronische Beantragung und Erteilung von Führungszeugnissen aus dem Bundeszentralregister

7. VEMAGS

Aufbau eines internetbasierten Antrags- und Genehmigungsverfahren für genehmigungspflichtige Großraum- und Schwertransporte

8. Verbund Internetportale Zuständigkeitsfinder

Vernetzung eines zentralen Vermittlungsdienstes für bereits etablierte Zuständigkeitsfinder und Behördenwegweiser von Ländern und Kommunen zu einer Verbundlösung

9. XAusländer

Entwicklung eines Standard von elektronischen Daten im Ausländerzentralregister und bei den Ausländerbehörden

Wesentliche Meilensteine und Ergebnisse wurden für 2007 in nahezu allen Projekten erreicht und die notwendigen Schritte zur Projektumsetzung in 2008 festgelegt. Eine Stuserhebung im Herbst 2007 hat gezeigt, dass sich die weiteren Deutschland-Online Vorhaben gut fortentwickeln und teilweise abgeschlossen oder in den Produktivbetrieb überführt werden konnten. So wurde u.a. eine Bestandaufnahme der existierenden Netzinfrastrukturen im Rahmen des Deutschland-Online Infrastruktur Vorhabens durchgeführt, auf deren Basis nun die notwendigen Anforderungen an eine verwaltungsweite Netzinfrastruktur zwischen den verschiedenen Ebenen definiert wird. Von der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die bis Ende 2009 umgesetzt sein muss, sind die Länder und die Kommunen gleichermaßen betroffen. Das Vorhaben hat daher einen engen Zeitplan zur Umsetzung.

Dabei wird das Vorhaben auf verschiedene Teilergebnisse anderer Deutschland-Online Vorhaben zugreifen.

Für 2008 sind folgende Schritte geplant:

1. Deutschland-Online will dazu beitragen, Deutschland als eine führende Nation im Bereich E-Government in Europa zu positionieren. Hierfür soll ein wei-

	<p>teres Vorhaben zur Stärkung der deutschen Positionierung im internationalen Benchmarking-Vergleich im E-Government aufgesetzt werden. In der 25. Staatssekretärsrunde DOL vom 16.11.07 wurde der Vorschlag zur Einrichtung des neuen Vorhabens befürwortet.</p> <p>2. Deutschland-Online wird zusammen mit den Fachministerkonferenzen neue Vorhaben identifizieren. Erstes Ergebnis ist der Antrag auf Aufnahme des Vorhabens „Einheitliche Verfahren für den elektronischen Rechtsverkehr“ aus der Justizministerkonferenz.</p> <p>3. Eine wichtige Aufgabe bleibt die Vermittlung der Ergebnisse der Vorhaben. Deutschland-Online soll noch stärker als Dachmarke für E-Government in Deutschland aufgestellt werden. Als ersten Schritt hierfür wird Deutschland-Online einen gemeinsamen Rahmen auf der CeBIT 2008 bieten, mit dem die übergreifenden Erfolge und Anstrengungen Deutschlands im Bereich E-Government gebündelt dargestellt werden können.</p>		
geplanter Abschluss	ohne	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	-
Sachstand Fachministerkonf.	-
Sachstand KoopA ADV	-
Auswirkung Metropolregion	-
Zusammenarbeit mit der FHH	-
IT-Dienstleister	-
Kostenplan	-

Anlagen:

-

Erläuterungen / Kommentare:

-

AZ: VI 533 0256.152 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.3.2008	27.02.2008 ☐ 2.1.-V_3 Name: Kay Rose Telefon: 3948
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. V_3.		
Projekt	Geschäftsstelle der Staatssekretärsrunde		
Federführung	VI 517	Beteiligte	
AG	St-Runde E-Government		
Thema	Koordinierung Deutschland Online		
Sachstand	Die Geschäftsstelle für Deutschland-Online wurde im BMI eingerichtet, um die Vorhaben mit einem zentralen Programm-Management steuern und unterstützen zu können. Gleichzeitig werden durch sie zentrale Beratungsleistungen für die Vorhaben des Aktionsplans bereitgestellt und koordiniert. Zusätzlich übernimmt die Geschäftsstelle Aufgaben wie Controlling, Wissensmanagement und Kommunikation.		
geplanter Abschluss	ohne	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	-
Sachstand Fachministerkonf.	-
Sachstand KoopA ADV	-
Auswirkung Metropolregion	-
Zusammenarbeit mit der FHH	-
IT-Dienstleister	-
Kostenplan	-

Anlagen:

-

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: Lenkungsgruppe E-Government Sitzung am 18.3.2008	Datum: 29.01.2008 2.1-Neu1 Name: Dr. Trares-Wrobel Telefon: 988-3821
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

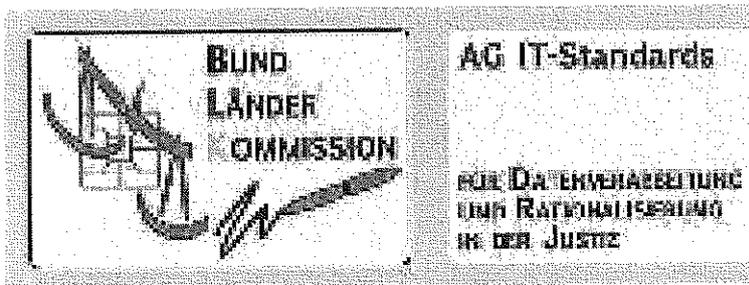
TOP	2.1 Neu 1		
Projekt	"Secure Access for Federated E-Justice / E-Government" (SAFE)		
Federführung	BW, NRW	Beteiligte	alle Justizverwaltungen
AG	AG IT Standards der Bund Länder Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz		
Thema	Die Idee des föderierten Identity-Management beschreibt die Speicherung und Nutzung von Identitäten über Anwendungsgrenzen hinweg. Ein Nutzer, der unterschiedliche E-Government-Verfahren nutzen möchte, soll sich auf eine einheitliche Identität stützen können. Es ist dann nur eine einmalige - auch für verschiedene Dienste - Registrierung notwendig.		
Sachstand	Feinkonzept wurde erstellt (Abnahme im Mai 2008)		
geplanter Abschluss	2009	Meilensteine	Mai 2008
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	siehe Anlage
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	---
Auswirkung Metropolregion	---
Zusammenarbeit mit der FHH	über die Beteiligung in der AG IT-Standards
IT-Dienstleister	Dataport, bos
Kostenplan	Maßnahme ERV im IT-Gesamtplan (Beteiligung aller 16 Länder)

Anlagen:

SAFE-DOL-Überblick

Erläuterungen / Kommentare:



Überblick zum Projekt “Secure Access for Federated E-Justice / E-Government“ (SAFE)

29.10.2007

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1 Auftragslage Grundzüge	3
1.1 Funktionale Grundzüge	4
1.1.1 Attribute	4
1.1.2 Ausprägung von Identitäten	4
1.1.3 Vertrauensdomänen	5
1.2 Funktionale Anforderungen und Anwendungsfälle	5
1.2.1 System – und Schnittstellenspezifikation Föderiertes Identity-Management	5
1.2.2 Funktionale Anforderungen SAFE	5
2 Architektur-Grundsätze	6
2.1 Standard-Familien	6
2.2 Komponenten und Schnittstellen	7
2.2.1 Attribute-Service (AS)	7
2.2.2 Provisioning-Service	7
2.2.3 Identity-Provider (STS)	8
2.3 Konzeptmerkmale	8
3 Projektvorgehen	9

Referenz: RVKD Grobkonzept v 1.0

Hinweis:

Der bisherige Arbeitstitel des Projektes SAFE lautete Registrierungsverzeichnis/
Kommunikationsdienste (RVKD)

Auftragslage und Grundzüge

Die Justizministerkonferenz hat auf ihrer Sitzung am 30.11.2006 in Brüssel den Vorschlag für ein Deutschland-Online Projekt gebilligt und es mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 an die Ministerpräsidentenkonferenz mit folgenden Zielen angemeldet:

Die Vereinheitlichung der Kommunikationsinfrastruktur innerhalb des Justizbereichs soll fortgeführt werden. Noch bestehende technische Kommunikationshindernisse zwischen einzelnen Justizverwaltungen sollen beseitigt und historisch gewachsene verfahrensspezifische Sonderlösungen in eine einheitliche Kommunikationsinfrastruktur überführt werden.

Die sich in der Praxis herausbildende einheitliche Kommunikationsinfrastruktur für den Justizbereich soll auch für die Verwaltungsbehörden in Bund, Ländern und Kommunen geöffnet und deren spezifische Anforderungen bei der Weiterentwicklung berücksichtigt werden.

In technischer Hinsicht steht die Weiterentwicklung des zentralen Registrierungs- und Verzeichnisdienstes im Zentrum des Projekts. Dieser soll im Rahmen des Projekts zu einer selbständigen Komponente weiterentwickelt werden, die nicht nur dem z. B. für die oben genannten elektronischen Registeranmeldungen verwendeten Programm EGVP (Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach), sondern auch anderen Anwendungen für den elektronischen Rechtsverkehr zur Verfügung steht.

Die Runde der eGovernment Staatssekretäre hat auf ihrer 24. Sitzung am 27. September 2007 unter TOP 3 beschlossen:

Der Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government begrüßt den Projektvorschlag der JMK und spricht sich für die Einsetzung eines entsprechenden Vorhabens unter dem Dach von Deutschland-Online aus. Um eine inhaltliche Abgrenzung zum DOI-Vorhaben „Infrastruktur“ sicherzustellen, wird empfohlen das Projekt unter der Bezeichnung „Einheitliche Verfahren für den elektronischen Rechtsverkehr“ aufzusetzen. Eine enge Abstimmung des Vorhabens mit den anderen Deutschland-Online Vorhaben, insbesondere dem Vorhaben Deutschland-Online Infrastruktur, soll gewährleistet werden.

Die in Ländern und Bund geschaffene Kommunikationsinfrastruktur zur Umsetzung des elektronischen Handelsregisters (EHUG) schließt aktuell bereits ca. 26.000 Kommunikationsteilnehmer ein - mit stark wachsender Tendenz. Somit kann die Justiz bereits heute auf Erfahrungen aus der Praxis bei der Verwaltung einer beträchtlichen Zahl von Kommunikationsteilnehmern in verwaltungs- und geschäftskritischen elektronischen Prozessen verweisen. Mittel- bis kurzfristig sind auch jenseits der Justiz analoge Anforderungen an Systeme zur sicheren Handhabung großer Teilnehmerzahlen bei übergreifenden E-Government-Prozessen vorhanden.

Die Fortentwicklung der Kommunikationsinfrastruktur in der Justiz (Secure Access for Federated E-Government“, SAFE bisheriger Arbeitstitel „RVKD“) verfolgt das Ziel, offene, interoperable Schnittstellen für den Umgang von Kommunikationsteilnehmern zu

definieren, die in allen Bereichen der Verwaltung wie auch der Wirtschaft akzeptiert und genutzt werden können.

Das SAFE-Konzept differenziert daher ausdrücklich zwischen fachbereichsunabhängigen, generischen Anforderungen an ein Webservice-basiertes Identity-Management und den eher spezifischen Anforderungen aus dem Justiz-Umfeld. Ein generischer Teil kann als DOL-weit gültige Vorgabe zur Gewährleistung einer Interoperabilität zwischen unterschiedlichen Vertrauensdomänen begriffen werden – er definiert das Mindestmaß der Schnittstellen zur Erreichung einer Föderationsfähigkeit

1.1 Funktionale Grundzüge

Elementaranforderung an SAFE ist die sichere und vertrauenswürdige Verknüpfung von Eigenschaften an Identitäten (natürliche oder juristische Personen). Techniken zur autorisierten Erstellung und Änderung der Eigenschaftsverknüpfungen sowie die geeignete Bereitstellung dieser Informationen stellen im Wesentlichen das System SAFE dar.

1.1.1 Attribute

Eigenschaften, die an Identitäten geknüpft werden, werden als Attribute bezeichnet. Inhalte von Attributen variieren je nach fachlichem Kontext. Attribute können z.B. sein:

- Name der Identität
- Postalische Anschrift
- Organisationszugehörigkeit
- Berufsbezeichnung
- Spezielle Rollen oder Rechte
- Elektronische Empfangsadressen (E-Mail oder OSCI-Postfach)
- Verschlüsselungs- und/oder Signaturzertifikate

Das Modell muss hinsichtlich Attributerweiterungen offen sein. Zudem sind datenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen, d.h. nicht grundsätzlich alle Attribute zu einer Identität werden an Dritte weitergegeben, sondern nur die, die im fachlichen Kontext zulässig und erforderlich sind. Es gilt der Grundsatz: So wenig wie möglich, so viel wie nötig.

Für die Bedeutung und Syntax von Attributen sind – gerade bei domänenübergreifender Föderation – präzise, eindeutige Abstimmungen erforderlich. Ein einfacher Name für Attribute zur Kennzeichnung ist nicht ausreichend, da Attribute aus verschiedenen fachlichen Kontexten gleich genannt werden können (z.B. Attribut „Rolle“). Daher sind Namensräume ergänzend zum Attributnamen definierbar, die eine problemlose Zuordnung von Attributen zu fachlichen Kontexten erlauben.

1.1.2 Ausprägung von Identitäten

Im Verzeichnis von SAFE registrierte Identitäten können in zwei Weisen mit dem System in Beziehung stehen, je nachdem, welchen Part innerhalb einer elektronischen Kommunikation sie einnehmen:

- **Empfänger (Receiver) einer Kommunikationsnachricht**
Empfänger einer elektronischen Nachricht kann sowohl der Postfach-Empfänger (E-Mail oder OSCl-Post) oder die Implementierung eines Services (z.B. E-Government-Fachverfahren) sein.
In dieser Rolle erscheinen Identitäten lediglich als Einträge in einem vertrauenswürdigen Verzeichnis. Das SAFE agiert hier im Sinne eines Adressbuchs.
- **Initiator (Requestor) einer Kommunikationsnachricht**
In der anderen Ausprägung initiiert eine Identität eine Kommunikation, d.h. sie versendet entweder eine Postfachnachricht (z.B. E-Mail) oder sie nimmt einen fachlichen E-Government-Service in Anspruch. Handelt es sich um autorisierungspflichtige Services, muss die initiiierende Identität ggf. seine Identität, Rolle, Recht oder sonstige Eigenschaft verlässlich nachweisen. In dieser Ausprägung fungiert das SAFE als ein vertrauenswürdigen System, das die behauptete Identität und deren Eigenschaften eines Kommunikationsinitiators zusichern kann.

1.1.3 Vertrauensdomänen

Ein wichtiges Entwurfsprinzip von SAFE ist die Möglichkeit der Strukturierung von Identitäten in Vertrauensdomänen sowie die Kooperations- bzw. Föderationsfähigkeit dieser Domänen. Die Föderation von Identitäten über Domänengrenzen hinweg ist die Alternative zu einem vollständig zentralistischen Ansatz. Aus organisatorischen, datenschutzrechtlichen wie technischen Gründen ist ein ausschließlich zentralistischer ohnehin nicht umsetzbar.

Zudem bietet der Ansatz der Föderation über wohl definierte Schnittstellen und Verhalten die Chance, die Nutzer von faktisch bereits existierenden Domänen (z.B. Landesportale, lokale LDAP-Verzeichnisse, Windows-Domänen) über die Grenzen ihrer Domäne hinweg sicher interagieren zu lassen, sofern Vertrauensbeziehungen zwischen Domänen nach dem Muster von SAFE definiert werden.

1.2 Funktionale Anforderungen und Anwendungsfälle

Das SAFE-Konzept gliedert sich in einen generischen, fachdomänenübergreifenden und einen spezielleren Teil, der das Justiz-spezifische Umfeld berücksichtigt. Entsprechend sind die Anwendungsfälle zur Beschreibung der funktionalen Anforderungen gegliedert. Folgende Anwendungsfälle sind beschrieben:

1.2.1 System – und Schnittstellenspezifikation Föderiertes Identity-Management

- Anwendungsfall: Identität authentisieren
- Anwendungsfall: Identität einer föderierten Domäne authentisieren
- Anwendungsfall: Attribute einer Identität abfragen
- Anwendungsfall: Identitäten suchen
- Anwendungsfall: Identität autorisieren
- Szenario: Service nutzen
- Szenario: Service nutzen mittels Föderation einer Identität

1.2.2 Funktionale Anforderungen SAFE

- Benutzer registrieren, modifizieren, löschen (provisioning)
 - Anwendungsfall: Anonymen Benutzer zur Registrierung authentisieren
 - Anwendungsfall: Benutzer registrieren
 - Anwendungsfall: Benutzer gesichert registrieren

- Anwendungsfall: Benutzer deregistrieren
- Anwendungsfall: Benutzerattribute modifizieren
- Administration
 - Anwendungsfall: Benutzer modifizieren durch Administrator
 - Anwendungsfall: Benutzer löschen
 - Anwendungsfall: Benutzer sperren
 - Anwendungsfall: Benutzer freischalten
- Benutzer abfragen
 - Anwendungsfall: Attribute einer Identität (eines Benutzers) abfragen
 - Anwendungsfall: Benutzerliste abrufen
- Replikation
 - Anwendungsfall: Benutzerdaten replizieren
- Szenario: Benutzer gesichert registrieren und freischalten

2 Architektur-Grundsätze

Ein Entwurfsgrundsatz ist die ausschließliche Verwendung offener, internationaler Standards für alle externen Schnittstellen zum System SAFE. In diesem Sinne stellt das SAFE-Feinkonzept eine „Profilierung“ existierender, internationaler Standards dar. Profilierung bedeutet gemeinhin (ISO/IEC), dass existierende Standards - zu einem sinnvollen Bündel zusammengefasst – beschränkt, erweitert und konfiguriert werden (*constraining, extending, tailoring*).

SAFE stützt sich auf Standards der OASIS und des W3C, kombiniert diese in sinnvoller Weise und beschränkt sie stellenweise, um die Interoperabilität zu erhöhen. Ziel ist, dass Softwaresysteme von Dritten (Fachverfahren aber auch Standardsoftware) leicht mit SAFE-konformen Schnittstellen interoperieren können. Die Fortentwicklung des OSCI-Standards in der Version 2 wird ebenfalls ausdrücklich berücksichtigt.

2.1 Standard-Familien

Im Umfeld von Webservice-basiertem Identity-Management existieren mehrere Spezifikationen. Zu den wichtigsten zählen SAML und WS-Federation (mit WS-Trust), die beide einen weitgehend äquivalenten Funktionsumfang besitzen. Diese beiden Spezifikationsfamilien sind bei der OASIS angesiedelt und stehen dennoch teilweise in Konkurrenz.

Das SAFE-Konzept stützt sich im Wesentlichen auf WS-Federation/WS-Trust und verwendet von SAML lediglich deren XML-Datenstruktur (SAML-Assertion). Die Entscheidung zugunsten dieser Familie ist aus folgenden Gründen getroffen worden:

- WS-Federation u. WS-Trust ist von namhaften Herstellern und Institutionen (beispielhaft genannt seien hier IBM, Intel, Microsoft, die NASA, Novell, Oracle, Sun etc.) gemeinsam spezifiziert worden. Eine breite Markt- und Industrieakzeptanz – sowohl im Java- als auch im .NET-Umfeld – ist zu erwarten.
- Dagegen wird der volle SAML-Umfang (SAML-Protocol) im Microsoft-Umfeld mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Unterstützung finden. WS-Federation wird teilweise bereits heute, in naher Zukunft im vollen Umfang durch Windows-Betriebssysteme unterstützt.
- WS-Federation baut auf den Stack von Webservice-Standards von OASIS und W3C und fügt sich harmonisch ein.

- Durch die Marktmacht von IBM und Microsoft ist eine Tendenz zu deren (OASIS-)Standards schon heute zu beobachten. Mehrere Open-Source-Frameworks (Java und .NET) bieten bereits Unterstützung an. Bei Microsofts aktueller .NET-Version 3.0 ist die Unterstützung bereits integriert.

Folgende Standards und Spezifikationen werden von SAFE genutzt bzw. referenziert:

- SOAP 1.2
- WSDL 1.1
- WS-Addressing August 2004
- WS-Security 1.1
- WS-Trust 1.2
- WS-SecurityPolicy 1.1
- WS-SecureConversation February 2005
- SAML V.1.1 (Assertion)
- SPML 2.0

2.2 Komponenten und Schnittstellen

Das Gesamtsystem SAFE gliedert sich in drei Subsysteme, die externe Schnittstellen anbieten. Als internes Subsystem existiert darüber hinaus die Datenbank mit den Identitäts-/Nutzerdaten (*Identity-Store*), die von den übrigen Subsystemen angesprochen wird.

2.2.1 Attribute-Service (AS)

Über den Attribute-Service werden die Informationen zu Identitäten und ihren Attributen bereitgestellt. Anfragen können gezielt auf einzelne Identitäten oder unscharf auf eine Gruppe von Identitäten erfolgen (Adressbuch).

Der Attribute-Service von SAFE konkretisiert den von WS-Federation konzeptuell beschriebenen Service. Hierzu werden die nur-lesenden Operationen der *Service Provisioning Markup Language* (OASIS SPML 2.0) als Schnittstellen verwendet (SPML-Provider mit *lookup*, *search*).

Erwähnenswert ist, dass als Datenstruktur für die Identitätsinformationen von SAFE ebenfalls SAML-Assertions zum Einsatz kommen – analog den Security-Tokens des Identity-Providers (s.u.). Somit bietet SAFE ein einheitliches Attribut- und Namensraummodell für die Konzepte *Security-Token* und *Provisioning-Object*.

Vorgesehen ist ein Virtueller Attribute-Service, der transparent mehrere physische AS logisch zusammenfassen kann. Die Schnittstellen zum Virtuellen AS sind identisch zum physischen und einfach als weiterer *Target* eines SPML-Providers ausgelegt.

2.2.2 Provisioning-Service

Für die Registrierung, Löschung sowie die Pflege der Identitätsattribute stellt SAFE entweder für den Nutzer selbst (*self-provisioning*), Domänen-Administratoren oder Domänen mit definierter Vertrauensbeziehung die Operationen von SPML 2.0 (*add*, *delete*, *modify*) zur Verfügung.

SAFE sieht ein SOAP/WS-Security-Binding für SPML vor, um Authentifizierung und Autorisierung zu gewährleisten.

2.2.3 Identity-Provider (STS)

Der Identity-Provider wird in SAFE als WS-Trust-konformer *Security-Token-Service* (STS) realisiert. Er stellt signierte SAML-Assertions als Security-Tokens aus, mit denen registrierte Nutzer bei Service-Anbietern ihre Identität und ihre zugesicherten Eigenschaften nachweisen können. Auch die Zugriffe auf den Attribute-Service und Provisioning-Service erfolgen kontrolliert durch den STS.

2.3 Konzeptmerkmale

Das Konzept zu SAFE weist eine Reihe von Eigenschaften auf, die die Eignung als domänenübergreifendes E-Government-Konzept unterstreichen:

- **Plattformunabhängigkeit**
Konforme Implementierungen können auf beliebigen Plattformen und auf Basis unterschiedlicher Applikationsinfrastrukturen erstellt werden – z.B. Java oder .NET.
- **Schnittstellen-Zentrierung**
Dadurch, dass SAFE primär durch offene, internationale Schnittstellen-Spezifikationen definiert wird, können auch existierende Nutzerdomänen (Landesportale etc.) durch Implementierung dieser Schnittstellen nachträglich föderationsfähig gemacht werden.
- **Skalierbarkeit**
Durch das Konzept der Strukturierung in Vertrauensdomänen und der flexiblen, auch mehrstufigen Etablierung von differenzierten Vertrauensbeziehungen, sind auch *large-scale*-Szenarien realisierbar.
- **Offenheit bzgl. Authentisierungstechniken**
Durch WS-Trust ist die verwendete Technik zur Authentifizierung der Nutzer grundsätzlich frei. So sind Smartcard und Kerberos (Unix oder Windows) genauso möglich wie Username/Password. Die Stärke der Authentisierung wird aber vom STS an Dritte mitgeteilt, so dass Autorisierungen dies berücksichtigen können.
- **Einheitliches Attribut-Namensraummodell**
Es ist ein SAML-konformes Namensraumkonzept für Attribute vorgesehen, und zwar sowohl für die Security-Token als auch für die Identitätsinformationen (Provisioning-Objekte).
- **Provisioning-Fähigkeit**
Sowohl Identity-Management-Produkte als auch andere konforme Vertrauensdomänen können Nutzerdaten über SPML aktualisieren, wenn eine Föderation von Identitäten nicht sinnvoll oder gewünscht ist.
- **OSCI 2.0 Konformität**
SAFE ist Kompatibel zum künftigen Transportstandard OSCI 2.0. SAFE kann als Ergänzung von OSCI 2.0 um Identity-Management-Aspekte betrachtet werden.

3 Projektvorgehen

SAFE sieht ein modulares Vorgehen vor. Das SAFE-Feinkonzept (als Verfeinerung des Gobkonzeptes) spezifiziert die Profilierung der Standards (Schritt 1 in Abbildung 1).

Auf dieser Basis soll die Beauftragung einer Implementierung einer SAFE-konformen Infrastruktur für die Justiz erfolgen (Schritt 2).

Mit dieser Infrastruktur wird die konkrete Lösung – die Migration des aktuellen EGVP-Registrierungsservers – im 3. Schritt realisiert.

Ergänzend zum Feinkonzept ist ein Proof-of-Concept in Arbeit und derzeit zu rd. 80% abgeschlossen, das einerseits die Eignung und Leistungsfähigkeit des Konzeptes nachweisen und andererseits die Qualität der konkreten Profilierung fördern soll.

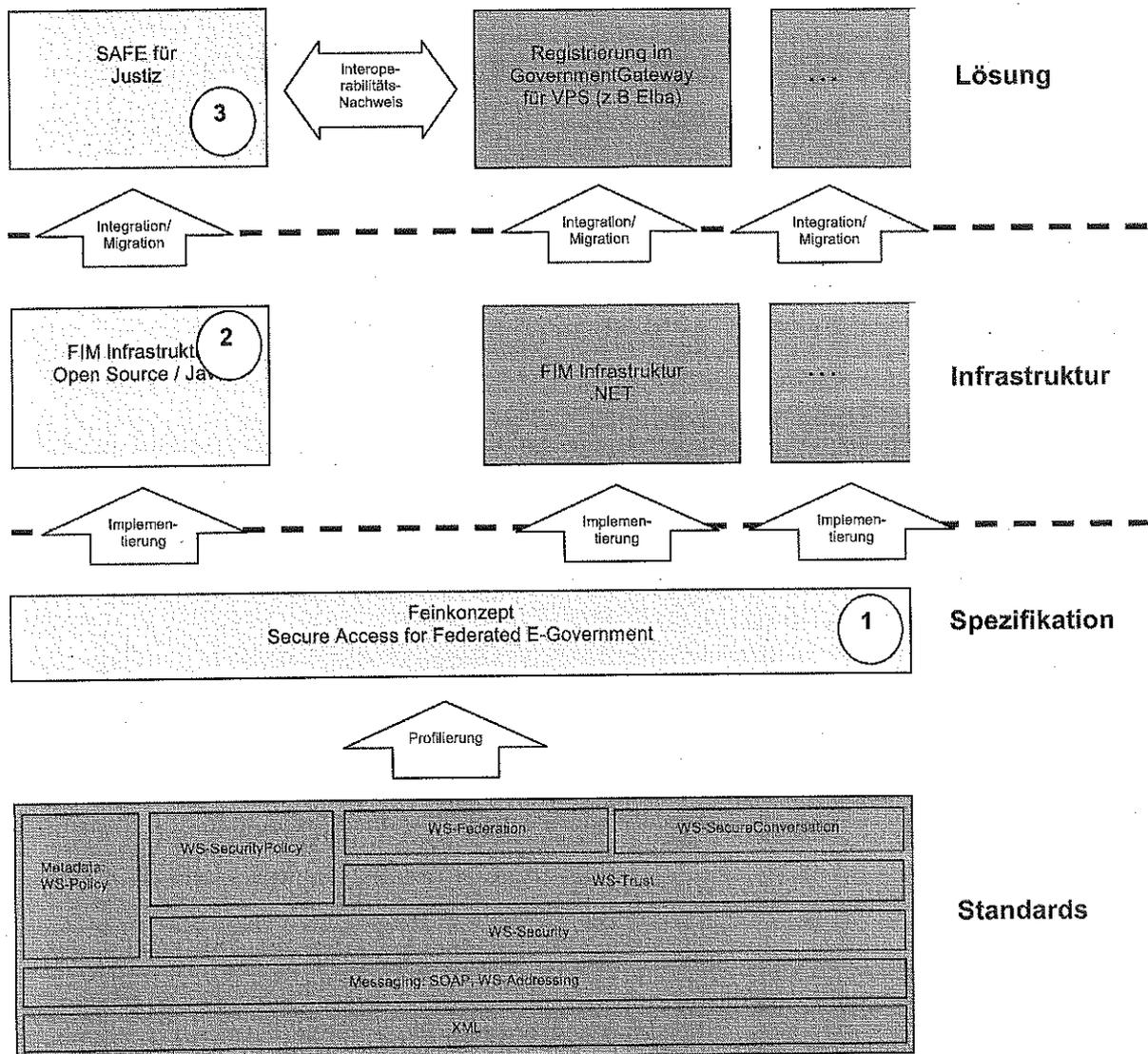


Abbildung 1: Modulare Vorgehensweise bei der SAFE-Entwicklung

AZ: Lenkungsgruppe E-Government Sitzung am 18.3.2008	Datum: 22.02.2008 ☐ 2.1-Neu2 Name: ROSE Telefon: 3948
---	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1 "NEU 2"		
Projekt			
Federführung	Bund, NRW, HE	Beteiligte	
AG			
Thema	DOL-Vorhaben: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen E-Government-Vergleich		
Sachstand	<p>Deutschland Online will dazu beitragen, Deutschland als eine führende Nation im Bereich E-Government in Europa zu positionieren. Hierfür soll ein weiteres Vorhaben zur Stärkung der deutschen Positionierung im internationalen Benchmarking-Vergleich im E-Government aufgesetzt werden.</p> <p>Ziel des Vorhabens soll sein, das Abschneiden Deutschlands in europäischen und internationalen E-Government-Rankings durch aktive Begleitung der Studien und Vermittlung des deutschen E-Government zu verbessern. Als messbares Ziel ist eine Positionierung Deutschlands unter den Top 3 bis zum Jahr 2010 definiert.</p> <p>In der 25. Staatssekretärsrunde DOL vom 16.11.07 wurde der Vorschlag zur Einrichtung des neuen Vorhabens befürwortet.</p>		
geplanter Abschluss		Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	s.o.
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	

Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: keine Angabe
 Lenkungsgruppe E-Government
 Sitzung am 18.3.2008

Datum: 30.01.2008
 Vorlage LG-eGov.doc
 Name: Manuela Söller-Winkler
 Telefon: 2720

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.3.1		
Projekt	Lebenslage Umzug/Meldewesen		
Federführung	keine Angabe	Beteiligte	Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
AG	keine Angabe		
Thema	Meldewesen in der Metropolregion		
Sachstand	<p>Im Rahmen einer 3-Länder-Kooperation (HH, NI, SH) gilt es, die Lebenslage Umzug in der Weise zu realisieren, dass die Bürger eine beliebige (örtlich unzuständige) Melde- oder Kfz-Behörde aufsuchen und dort jedenfalls im Regelfall die vollständige Abwicklung der melde- und personalausweisrechtlichen Vorgänge sowie der KfZ-Ummeldung am selben Tag anstoßen können, ohne dass sie die/eine weitere Behörde erneut aufsuchen müssen. Im Teilprojekt Meldewesen wurde als rechtliche Lösung das Botenmodell entwickelt. Eine medienbruchfreie Realisierung des Konzepts erfordert allerdings die vorherige Implementierung der Fachanwendung "vorausgefüllter Meldeschein". Ein wesentliches Problem liegt in dem im Meldewesen eingesetzten Standard OSCI-XMeld. Das zugrundeliegende Datenmodell sieht bislang nur eine Kommunikation von beteiligten zuständigen Meldebehörden untereinander vor. Damit kann das ABC-Modell jedoch nicht elektronisch unterstützt werden. Eine proprietäre Lösung außerhalb des Standards OSCI-XMeld ist wegen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Meldewesen ausgeschlossen.</p> <p>Der Lenkungsrat der Metropolregion hat in 2006 beschlossen, als Vorstufe die sog. "Scannerlösung" zu realisieren. Das Team Meldewesen ist trotz Vorbehalten wegen des Medienbruchs, der eingeschränkten Umsetzung des Lebenslagenprinzips und der fehlenden Zukunftsfähigkeit damit befasst, die ursprünglich schon für 2006 angestrebte Anwendungsreife der "Scannerlösung" zu erreichen.</p>		
geplanter Abschluss	keine Angabe	Meilensteine	Realisierung des "Scannermodells" in 2008
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	keine Angabe		

Sachstand Deutschland online	kein Bestandteil
Einbeziehung in das eigene Projekt	Das Projekt wird unabhängig von der Implementierung einer zentralen Spiegeldatenbank und einer Erweiterung der Funktionalitäten der Clearingstelle in SH realisiert; das Innenministerium Schleswig-Holstein fordert aber stets die landesweite Umsetzbarkeit aller melderechtlichen Entwicklungen in der Metropolregion ein.
Sachstand Fachministerkonf.	keine Angabe
Sachstand KoopA ADV	keine Angabe
Auswirkung Metropolregion	Entfällt; es handelt sich um ein Projekt in der Metropolregion
Zusammenarbeit mit der FHH	Finanzbehörde HH
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	keine Angabe

Anlagen:

keine Angabe

Erläuterungen / Kommentare:

keine Angabe

AZ: VII 425 - 621.431.10-3-1 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	29.02.2008 ☐ Dokument 1 Name: Walter Voß Telefon: 4739
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.3.2		
Projekt	Metropolregion, Kfz-Wesen		
Federführung	HH	Beteiligte	HH, Umlandkreise in SH und NI
AG	Team Kfz		
Thema	Rechtliche Voraussetzungen und Technische Konzeption der Lebenslage Umzug für den Bereich der Kfz-Zulassung		
Sachstand	<p>Die rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen sind von der AG geklärt. Der Hamburger Datenschutzbeauftragte hat dazu allerdings auf die fehlenden Rechtsgrundlagen für die vorgesehene dv-technische Vernetzung der beteiligten Kommunen hingewiesen. Wie dieses erhebliche datenschutzrechtliche Problem gelöst werden kann, ist hier nicht bekannt.</p> <p>Die dv-technischen Programmanpassungen sind nach hiesiger Kenntnis ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Von daher ist der ursprünglich für Ende November/Anfang Dezember 2006 geplante Beginn der Pilotphase immer noch nicht realisiert. Über den aktuellen Sachstand wurden von Hamburg seit der letzten Lenkungsgruppensitzung keine neuen Informationen bekannt gegeben.</p>		
geplanter Abschluss	Pilotphase Juni 2007 aktuell : ?	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	nicht betroffen
Einbeziehung in das eigene Projekt	nicht betroffen
Sachstand Fachministerkonf.	nicht betroffen
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung	

Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	sind eingebunden
Kostenplan	nicht bekannt

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	28.02.2008 Name: Herr Silber Telefon: 988-2922
--	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.1		
Projekt	Unterstützung und Umsetzung von Standardisierungsvorhaben für IT-Systeme		
Federführung	KomFIT / VI 54	Beteiligte	VI 544, VI 545, Dataport
AG			
Thema	Beispiel: Kommunales IT-System KITS		
Sachstand	<p>Gemeinsam mit der KomFIT wurde eine IT-Infrastruktur für den Bedarf im Kommunalen Bereich konzipiert, die aus dem Projekt IKOTECH III des Landessystemkonzeptes abgeleitet worden ist.</p> <p>KITS ist bis heute in 47 Kommunen im Einsatz.</p> <p>Am 4. Sept. 2007 wurde KITS durch das ULD ein erfolgreiches Datenschutzaudit bescheinigt.</p> <p>KITS wird im Rahmen von +1 weiterentwickelt.</p>		
geplanter Abschluss	laufende Maßnahmen	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	Dataport ist beteiligt
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 3.4 Name: Siegfried Fock Telefon: 2919
---	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.4		
Projekt	Landessystemkonzept SH - Systemtechnik & Standardisierung (IKOTECH III)		
Federführung	VI544	Beteiligte	Ressorts/KV/Dataport
AG	AG-Infrastruktur der ITK		
Thema	Landesverzeichnisdienst Schleswig-Holstein		
Sachstand	<p>1. Der Verzeichnisdienst ist im Produktiv-Betrieb.</p> <p>2. Es wird aktuell an einer Fortschreibung mit dem Titel "+1" Infrastruktur gearbeitet.</p> <p>Der Kommunale Bereich ist beteiligt.</p>		
geplanter Abschluss	<p>1. Landesverwaltung: ist abgeschlossen.</p> <p>2. Kommunalverwaltung: ist abgeschlossen Anfang 2009</p>	Meilensteine für +1:	<p>Konzept 02/2008</p> <p>Pilotierung 08/2008</p>
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	Eine Vertrauensstellung mit der FHH ist realisiert. Weitere Felder für gemeinsame Zusammenarbeit werden identifiziert (z.B. UHD)
IT-Dienstleister	Dataport.
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

Den Kern von IKOTECH III bildet der Landesverzeichnisdienst, das Active Directory (Verzeichnisdienst von Microsoft nach dem X.500-Standard), zur Verwaltung von Objekten (Benutzerinformationen, Rechnerinformationen etc.).

Dieser Verzeichnisdienst dient als Auskunftssystem, in dem Informationen strukturiert abgelegt werden und auf das man über diverse Suchmechanismen zugreifen kann. Aufgrund dieser Funktionalität bildet ein Verzeichnisdienst das Rückgrat für gemeinsam genutzte Informationen und Anwendungen.

Funktionen, z.B.

- » die Unterstützung von administrativen Aufgaben im Netzwerk,
- » die wahlweise zentrale oder dezentrale Administration und Steuerung von Rechnern und Benutzerkonten,
- » die Unterstützung von Softwareverteilung,
- » das Führen betriebssystem-spezifischer Informationen

Die kommunale Verwaltung nutzt z.Zt. mit 47 Verwaltungen diesen Dienst im Umfeld von KITS.

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	28.02.2008 ☐ Name: H.-G. Silber Telefon: 2922
---	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.5		
Projekt	PKI-SH		
Federführung	VI 54	Beteiligte	VI 545, VI 546
AG			
Thema	Aufbau einer landesweit einheitlichen Public-Key-Infrastruktur mit fortgeschrittener digitaler Signatur und Ver- und Entschlüsselungsfunktionen für Datenströme		
Sachstand	<p>Ein Einsatzkonzept, ein Sicherheitskonzept und ein Konzept zum Aufbau von Registrierungsstellen sind erarbeitet worden. Aufgrund einer vom BSI angekündigten Überarbeitung der PKI-1-Verwaltung wird an diesem Projekt zur Zeit nicht aktiv weitergearbeitet. Es ist nach wie vor nicht geklärt, wie die neuen Vorgaben des BSI aussehen und ob die ursprünglich konzipierte PKI-SH den Anforderungen genügen kann. Nach Klärung der neuen Vorgaben des BSI wird dieses Projekt wieder aufgenommen, überarbeitet und in die Produktivphase überführt.</p> <p>Im Rahmen des Projektes eGovernmentinfrastruktur 2.0 wird PKI wieder aufleben.</p>		
geplanter Abschluss	ca. 12.09	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	Im Projekt Deutschland Online wird das Ziel technische Standards für die eingesetzten Anwendungen und Produkte, den Einsatz multifunktionaler Chipkarten, einheitlicher Sicherheitsvorgaben und die Verwendung fortgeschrittener und qualifizierter elektronischer Signaturen einzuführen, verfolgt.
Einbeziehung in das eigene Projekt	Die PKI-SH nutzt die Verbesserungen, die durch das Deutschland Online Projekt (Signaturbündnis) erreicht werden.
Sachstand Fachministerkonf.	

Sachstand KoopA ADV	Der KOOPA ADV hat beschlossen, soweit rechtlich zulässig, Lösungen unterhalb der qualifizierten Signatur einzusetzen. Ist eine qualifizierte elektronische Signatur dennoch erforderlich, werden grundsätzlich alle Anbieter akkreditierter/ qualifizierter Signaturen unterstützt. Für fortgeschrittene Signaturen wird die PKI-1-Verwaltung genutzt. Es besteht die Empfehlung, dass Behörden soweit möglich elektronisch kommunizieren und soweit notwendig Verschlüsselungstechnik einsetzen sollen.
Auswirkung Metropolregion	Erfahrungen aus der Bereitstellung und Pilotierung der PKI-SH können an die Metropolregion weitergegeben werden
Zusammenarbeit mit der FHH	Schleswig-Holstein ist in der Entwicklung und Bereitstellung einer PKI weiter als die FHH und bietet der FHH die Möglichkeit von den Erfahrungen in Schleswig-Holstein zu profitieren.
IT-Dienstleister	Dataport als Betreiber der PKI-SH
Kostenplan	Betriebskosten momentan: keine Entwicklungskosten in 2007 bisher keine

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VI 532-0256.154.1-4 + VI 532-0256.154.1-7	31.01.2008
Lenkungsgruppe eGovernment	☐ 3.6
Sitzung am 18.03.2008	Name: Zogmann
	Telefon: 2931

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.6		
Projekt	Virtuelle Poststelle und Prozessmanagement		
Federführung	VI 53	Beteiligte	
AG			
Thema	Aufbau einer zentralen technischen Plattform (Datendrehscheibe) für die Steuerung von landes- und bundesweiten Datenströmen aus Anwendungen		
Sachstand	<p>Dataport wurde mit der Entwicklung und dem Betrieb einer Datendrehscheibe (Virtuelle Poststelle und Prozessmanagement) beauftragt, die die Funktionalitäten</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Authentifizierung, • des rechtlich verbindlichen elektronischen Dokumentenaustauschs, • der Überprüfung der Gültigkeit, der v. Kunden verwendeten Signatur, • der Ent- und Verschlüsselung der Kommunikationsdaten und • der Sicherheitsprüfungen zur Verfügung stellt. <p>Der Grad der Realisierung wird durch die Fachverfahren bestimmt. Um kostensparend zu entwickeln, wird erst bei Bedarf die Implementierung funktional erweitert und nicht sofort die volle Funktionalität zur Verfügung gestellt.</p> <p>Ein wichtiger Schritt in Richtung Realisierung ist mit dem Beitritt Schleswig-Holsteins (14.6.2004) zum Governikus-Pflegevertrag (und dessen Erweiterung in 2007) umgesetzt worden. Das Projekt Clearingstelle war das erste Projekt, dass sich der Funktionalitäten einer Virtuellen Poststelle und einem Prozessmanagements bemächtigt hat. Die Realisierung der Clearingstelle hat maßgeblich zur Weiterentwicklung der Funktionalität einer Datendrehscheibe beigetragen.</p>		
geplanter Abschluss	31. 12. 08	Meilensteine	01.7.2004 Einsatz der Governikus-Software 01.1.2007 Start des Produktivbetriebs der Clearingstelle

Beschluss-vorschlag	Kenntnisnahme
Begründung	

Sachstand Deutschland online	Im Projekt Deutschland Online werden Standards für E-Government-Architekturen erarbeitet, die dazu dienen, dass E-Government-Entwicklungen einzelner Länder bundesweit nach dem Motto "Einige-für-Alle" genutzt werden können. Im Projekt der Implementierung einer Datendrehscheibe erhalten insbesondere die Standards OSCI-Bibliothek und -Transport eine Bedeutung.
Einbeziehung in das eigene Projekt	Die Standards werden umgesetzt, soweit sie sich in die Zusammenarbeit zum Aufbau der E-Government-Plattform mit der FHH integrieren lassen. Durch den Beitritt zum Governikus-Pflegevertrag wird eine Deutschland Online konforme Software in Schleswig-Holstein eingesetzt. Der OSCI-Transport-Standard und die OSCI-Bibliothek werden als integrale Bestandteile des Einsatzes der Datendrehscheibe genutzt.
Sachstand Fachministerkonf.	nicht bekannt
Sachstand KoopA ADV	Der KOOPA ADV hat eine Empfehlung zur Nutzung der Governikus-Software ausgesprochen und ein Modell mit einem Kostenplan zum Beitritt der Länder zum Governikus-Pflegevertrag mit der Fa. BOS ausgehandelt.
Auswirkung Metropolregion	Die Metropolregion kann sich die Governikus-Software über den Vertrag der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu Nutzen machen.
Zusammenarbeit mit der FHH	Dataport entwickelt für die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg eine Datendrehscheibe unter Verwendung der Funktionalitäten eines Prozessmanagements und einer Virtuellen Poststelle.
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	Es ist ein kostenpflichtiger Vertrag für die Pflege der Governikus-Software und der Nutzung von Folgeversionen für das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen abgeschlossen worden. Die Gesamtkosten betragen für 2004 218 T €, 2005/ 2006 94 T €, 2007 156 T €. Ab 2008 161 T€.

Anlagen:

keine

Erläuterungen / Kommentare:

keine

AZ: 0205.523.53 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	04.02.2008 ☐ 3.7 Name: Brigitte Nickelsen Telefon: 4098
--	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.7		
Projekt	Aufbau eines gemeinsamen Formularservices		
Federführung	VI 52	Beteiligte	
AG	"Formularservice"		
Thema	Einrichtung eines zentralen Formularservices für die Formulare des Landes, der Kreise/kreisfreien Städte, Ämter und Kommunen		
Sachstand	<p>Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Landes, der Kreise/kreisfreien Städte, Ämter und Kommunen sowie der Freien Hansestadt Hamburg hat sich mit der Einrichtung eines zentralen Formularservices befasst. In zwei Unterarbeitsgruppen wurden die Kriterien für die Einrichtung eines zentralen Formularservices aus technischer sowie aus organisatorischer Sicht definiert. Die Ergebnisse dieser Unterarbeitsgruppen wurden im Bericht "Formularservice in Schleswig-Holstein" zusammengefasst. Auf Grundlage dieser Arbeiten sollten ein organisatorisches sowie ein technisches Feinkonzept entwickelt werden. Das technische Feinkonzept sollte in eine Ausschreibung für die Beschaffung eines Formularservers einmünden. Das organisatorische Feinkonzept wurde mittlerweile erstellt und in einer Pilotphase erprobt. Das technische Feinkonzept konnte aufgrund der Verknüpfungen des Formularservices zu den anderen noch im Aufbau befindlichen Komponenten der E-Government-Plattform bisher nicht erstellt werden. Allerdings wurde bereits deutlich, dass der ursprüngliche Ansatz (Beschaffung eines Formularservers und Integration in die E-Government-Plattform für die Bereitstellung der Formulare des Landes und der Kommunen an zentraler Stelle) derzeit nicht realisiert werden kann. Mittlerweile ist auch absehbar, dass die meisten technischen Anforderungen an einen Formularservice von anderen Komponenten der E-Government-Plattform erbracht werden können.</p> <p><u>Die Aktivitäten im Projekt Formularservice sind derzeit eingestellt, da dieses Thema im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit geprüft wird.</u></p>		
geplanter Abschluss	noch offen	Meilensteine	

Beschluss- vorschlag	Kenntnisnahme
Begründung	

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	Die FHH verfolgt gemeinsam mit Bremen einen eigenständigen Weg.
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	Die Kosten für die konzeptionelle Entwicklung trägt lt. E-Government-Vereinbarung das Land. Über die Modalitäten für den Bezug fertiger Lösungen besteht noch keine Klarheit (Gegenstand der beabsichtigten Untersuchung).

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VI 521 - Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 08.03.2008	27.02.2008 3.8 Name: Christiane Coenen Telefon: 0431/988 2932
---	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.8		
Projekt	Dienstleistungswegweiser / Zuständigkeitsfinder SH - ZuFiSH		
Federführung	VI 52	Beteiligte	StK 42, Kommunen
AG	Derzeit keine feste AG		
Thema	Aufbau eines gemeinsamen elektronischen Zuständigkeitsfinders und Dienstleistungswegweisers für Land und Kommunen		
Sachstand	<p>SH als Flächenland hat vor allem die Aufgabe zu lösen, die im Internet verteilten Datenbestände von Land, Kreisen, Städten, Ämtern, Gemeinden zu einem Gesamtsystem zusammenzuführen.</p> <p>Bezüglich der Landesinformationen war der Aufbau eines Zuständigkeitsfinders mit Basis-Funktionen geplant. Vor einer weiteren Umsetzung soll jedoch zunächst der weitere Fortschritt der Arbeiten im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie abgewartet werden.</p> <p>Ein zwischenzeitliches Projekt „Zuständigkeitsfinder von Kommunen für Kommunen“ hat nach hiesigen Erkenntnissen bisher keinen Erfolg gebracht.</p> <p>Mit dem Ziel, einen tragfähigen Ansatz für die Gesamtlösung zu finden, beteiligt sich SH derzeit am EU-geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekt Access-eGov (2006 - 2008). Ziel des Projektes ist, mittels semantischer Technologien im Internet verteilte Informationen dynamisch zu einer gebündelten Auskunft zusammenzuführen, ohne jedoch physikalisch dazu einen zentralen und gemeinsamen Datenbestand aufbauen zu müssen. Anhand des Szenarios „Heiraten“ wurde ein erster Feldversuch mit einem im Projekt entwickelten Prototypen durchgeführt. An diesen Arbeiten waren und sind über zehn Landesämter aus SH beteiligt.</p> <p>Die Ergebnisse des Feldversuchs werden derzeit evaluiert. Die Vorbereitung des in der zweiten Jahreshälfte 2008 geplanten zweiten Feldversuches hat begonnen.</p> <p>Im Rahmen des Feldversuchs wurden Arbeiten am übergreifenden zentralen Zuständigkeitsfinder (ZZ) auf Bundesebene im Rahmen von Deutschland</p>		

	<p>Online (DOL) genutzt, insbesondere das übergreifend einheitliche Verzeichnis von Leistungen der öffentlichen Verwaltung (LeiKa). Wissenstransfer zwischen den Arbeiten zur Umsetzung der EU-DLR und Access-eGov findet statt.</p>	
geplanter Abschluss	Access-eGov 12/2008	Meilensteine
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme	
Begründung		

Sachstand Deutschland online	<p>Arbeiten am LeiKa laufen recht gut. Pilotierung des ZZ unter Nutzung des LeiKa (Beteiligung Bayern, Hamburg, Sachsen-Anhalt und der Stadt Nürnberg) ist jetzt abgeschlossen, der Projektbericht ist beschlossen. Aktuell wird an organisatorischen Konzepten gearbeitet. Eine Vorstufe der Möglichkeiten des ZZ durch eine so genannte Verwaltungssuchmaschine ist in der Diskussion.</p>
Einbeziehung in das eigene Projekt	<p>Verzahnung mit Access-eGov ist erfolgreich gestartet. Der LeiKa wird im Rahmen des für Access-eGov geplanten Feldversuchs verwendet werden.</p>
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	<p>Kommunen der Metropolregion können sich beteiligen.</p>
Zusammenarbeit mit der FHH	<p>Gemeinsames Vorgehen auf Arbeitsebene abgestimmt.</p>
IT-Dienstleister	<p>Dataport, im Rahmen von Access-eGov weitere 10 Projektpartner</p>
Zeit- und Kostenplan	<p>Derzeit keine Kosten; Ausgaben von SH im Projekt Access-eGov werden von der EU voll erstattet.</p>

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VI 532 - 0256.154.1-5 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	31.01.2008 3.9 Name: Zogmann Telefon: 2931
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.9		
Projekt	Zahlungsplattform		
Federführung	VI 53	Beteiligte	
AG			
Thema	Aufbau einer Zahlungsplattform für Verwaltungsdienstleistungen		
Sachstand	<p>Dataport wurde mit der Entwicklung einer Zahlungsplattform für Schleswig-Holstein im Rahmen der Implementierung des Schleswig-Holstein-Gateways beauftragt. Im Rahmen einer Ausschreibung hat Dataport die Firma TCS als Payment-Provider gewonnen und die Payment-Lösung in das Schleswig-Holstein Gateway integriert.</p> <p>Zur Nutzung der Lösung sind die kassenrechtlichen Verfahren und Vorgehensweisen in Abstimmung mit den Fachverfahren (z. B. Geoserver, Melderegisterauskunft) an die Payment-Provider-Leistungen angepasst. Vom Provider werden grundsätzlich Kreditkarten (Master Card und VISA) und/oder elektronisches Lastschriftverfahren angeboten.</p> <p>Die erste Abrechnung erfolgt zum 01.04.2008.</p>		
geplanter Abschluss	Laufender Betrieb	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	Die Zahlungsplattform ist als Inkassokomponente für eine funktionsfähige E-Government-Plattform unverzichtbar. Gebührenpflichtige Dienstleistungen und Produkte der Verwaltungen können durch die Verfügbarkeit einer elektronischen Bezahlungsfunktion zügiger abgewickelt werden.		

Sachstand Deutschland online	Der Bund baut eine eigene Zahlungsverkehrsplattform auf.
Einbeziehung in das eigene Projekt	Die Verwendung der Bundeslösung erscheint zum jetzigen Zeitpunkt für Schleswig-Holstein noch nicht geeignet. Ein späterer Einsatz der Bundeslösung erscheint nicht ausgeschlossen und wird in die langfristige Planung aufgenommen.
Sachstand Fachministerkonf.	nicht bekannt

Sachstand KoopA ADV	kein Thema im KOOPA ADV
Auswirkung Metropolregion	Die Metropolregion wird die Zahlungsplattform der Länder über die Verwendung des Government Gateways nutzen können.
Zusammenarbeit mit der FHH	Die Zahlungsplattform ist im Rahmen der Aktivitäten zum Government Gateway ein Kooperationsprojekt der FHH und des Landes Schleswig-Holstein.
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	eine abschließende Aussage ist noch nicht möglich

Anlagen:

keine

Erläuterungen / Kommentare:

keine

AZ: VI 532 - 0256.154.1-10	29.02.2008
Lenkungsgruppe eGovernment	☐ 3.10
Sitzung am 18.3.2008	Name: Andreas Zogmann
	Telefon: 2931

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.10		
Projekt	Schleswig-Holstein Gateway		
Federführung	VI 53	Beteiligte	
AG			
Thema	Aufbau einer E-Government-Infrastruktur 2.0		
Sachstand	<p>Im Rahmen der Kooperation zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein wird das Government-Gateway neu konzipiert. Es wird eine neue E-Government-Infrastruktur 2.0 mit den funktionalen Anforderungen des Government-Gateways, den Anforderungen aus bekannten Unzulänglichkeiten, den Anforderungen aus der EU-DLR und den Anforderungen aus der einheitlichen Behördenrufnummer 115 aufgesetzt.</p> <p>Das Government-Gateway der Länder Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wird in einem letzten Change im Mai 2008 noch einmal an die Bedürfnisse angepasst, dann aber nicht weiterentwickelt.</p>		
geplanter Abschluss	29. 12. 2009	Meilensteine	12.2008: Vergabe über ein Verhandlungsverfahren
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	kein Thema bei Deutschland Online
Einbeziehung in das eigene Projekt	entfällt
Sachstand Fachministerkonf.	nicht bekannt
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	Durch die Erstellung der Anforderungen durch die beiden Bundesländer wird den Bürgern und der Wirtschaft der Region eine einheitliche Infrastruktur für die Nutzung von E-Government bereitgestellt.
Zusammenarbeit mit der FHH	Die neue E-Government-Infrastruktur 2.0 wird mit Hamburg gemeinsam

	aufgebaut. Durch den gemeinsamen Dienstleister Dataport wird das Synergiepotenzial erhalten bleiben. Dataport wird auch der Betreiber der neu zu schaffenden Lösung sein.
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	Zurzeit nicht abschätzbar, es werden gerade die Anforderungen für die Ausschreibungsunterlagen erarbeitet.

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VI 521 - Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 08.03.2008	27.02.2008 3.11 Name: Christiane Coenen Telefon: 2932
---	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	3.11		
Projekt	Verstärkte Vernetzung der Portale mit dem Landesportal "Schleswig-Holstein.de"		
Federführung	VI 521	Beteiligte	StK 42, alle Ressorts, Dataport
AG	Keine feste AG		
Thema	In Schleswig-Holstein gibt es eine Vielzahl von Internetauftritten aus dem öffentlichen oder öffentlich geförderten Sektor. Diese wurden als wichtiger Beitrag zum Standortmarketing und zugunsten höherer Wirtschaftlichkeit unter der Adresse www.schleswig-holstein.de gebündelt.		
Sachstand	<p>Das Landesportal www.schleswig-holstein.de ist wie geplant seit dem 29.06.2007 im Internet. Es bündelt das Internetangebot aller Ministerien sowie weiterer Landesbehörden sowie der Landespolizei.</p> <p>Das Landesportal basiert auf dem Government Site Builder (GSB), einem Baukastensystem des Bundes für Contentmanagement. Es zeichnet sich durch hervorragende Barrierefreiheit aus.</p> <p>Das Landesportal bietet derzeit fünf Themenportale (Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheit), ein weiteres zu Landwirtschaft und Umwelt wird aktuell aufgebaut. Im Justizportal finden sich 32 Behörden und Gerichtsauftritte.</p> <p>Die Migration und Integration weiterer Internet- und Intranetauftritte wird sukzessive folgen.</p>		
geplanter Abschluss	permanente Aufgabe	Meilensteine	Siehe Sachstand
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	Umsetzung der Kabinettsbeschlusslage vom 1. November 2005. St-Beschluss vom 25.02.2008 zum Redaktionsstatut und zum Landwirtschafts- und Umweltportal		

Sachstand Deutschland online	
-------------------------------------	--

Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VI 533-0256.152 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.3.2008	27.2.2008 ☒ 4.3 Name: Fred Rakow Telefon: 2920
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	4.3		
Projekt	Kfz-Wesen		
Federführung	VI 533	Beteiligte	VII 423, Kreise, Gemeinden, KFZ- Händler, Schilderhersteller
AG	AG Kfz der Metropolregion, Deutschland Online-AG		
Thema	Optimierung der Kfz-Zulassung		
Sachstand	<p>Der geplante Anschluss des KBA an das Landesnetz zur Erhöhung der Datenrate ist bis auf weiteres zurückgestellt. Sowohl Schleswig-Holstein als auch das KBA haben ihre TESTA-Anschlüsse erweitert, so dass der Landesnetzanschluss nicht notwendig ist.</p> <p>Zur Umstellung von der papierbasierten auf die elektronische Versicherungsbestätigung (eVB) siehe die anl. Presseauszüge. Die meisten Kreisverwaltungen in SH werden bis zum 1.6.2008 umgestellt haben. Es wird aber darauf hingewiesen, dass bei den bereits angeschlossenen Behörden erheblicher Mehraufwand entstanden ist, weil die elektronischen Daten der Versicherer qualitativ überwiegend unzureichend sind.</p>		
geplanter Abschluss		Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	Prioritäres Projekt unter FF Hamburgs
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	

Auswirkung Metro-polregion	s.o.
Zusammenarbeit mit der FHH	s.o.
IT-Dienstleister	
Kostenplan	

Anlagen:

Presseauszüge

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: VII 42, LS 42 Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	29.02.2008 ☐ 4.5 Name: Klaus Schneider (VII 42) Ose Hamann (LS 42) Telefon: 988-4545 / 383-2148
---	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	2.1. -I_8. sowie 4.5		
Projekt	"VEMAGS"		
Federführung	VII 42, LS 42	Beteiligte	alle Bundesländer
AG	GKVS (Federführend ist HE); Arbeitsgruppe VEMAGS		
Thema	Bundesweites Projekt zur Einführung eines internet-gestützten Antrags- und Genehmigungsverfahrens für den Großraum- und Schwerverkehr		
Sachstand	<p>Bundesweit:</p> <p>Oktober 2007: Zustimmung der AG VEMAGS zur Abnahme der VEMAGS-Software (Bedingung: Beseitigung bestimmter Mängel).</p> <p>Ab November 2007: bundesweit schrittweise Aufnahme des Einführungsbetriebes. Mit Ausnahme von HB, BE, SN und BY wird inzwischen in allen Bundesländern mit VEMAGS gearbeitet, wobei der Einführungs- und Anwendungsstand differiert.</p> <p>Schleswig-Holstein:</p> <p>Oktober 2007: Informationsveranstaltung des LBV-SH für schleswig-holsteinische Transportunternehmer und Behörden.</p> <p>Seit November 2007: Nutzung des Systems durch LBV-SH als Anhörungsbehörde.</p> <p>Dezember 2007: Schulung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden (EGB) der Kreise und kreisfreien Städte, organisiert durch LBV-SH. Schrittweise Aufnahme des Betriebes durch die EGB. Inzwischen nutzen 13 der 15 EGB VEMAGS.</p> <p>Januar 2008: beim LBV-SH erfolgten bereits ca. 20 % der erteilten Zustimmungen über VEMAGS, Tendenz steigend.</p>		
geplanter Abschluss	Aufnahme des endgültigen Betriebes; Zeitpunkt steht noch nicht fest	Meilensteine	Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über den endgültigen Betrieb durch eine Unterarbeitsgruppe der AG VEMAGS

Beschluss- vorschlag	Kenntnisnahme
Begründung	

Sachstand Deutschland online	Projekt ist in der Liste der Top 25 (siehe TOP 2.1. -I_8) enthalten.
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	Erörterung in VMK am 12./13.10.2005
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	keine spezifischen Auswirkungen auf die Metropolregion
Zusammenarbeit mit der FHH	Im Rahmen der AG VEMAGS. Bei praktischen Anwendungsfragen z. T. bilaterale Abstimmung.
IT-Dienstleister	Steria-Mummert
Kostenplan	Anteilige Finanzierung durch Länder. Refinanzierung durch Auslagenersatz zu prüfen.

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

Eine erfolgreiche Einführung von VEMAGS wird langfristig zu einer Entlastung im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (landesweite Anhörungsbehörde im Bereich Großraum- und Schwerverkehr) und bei den Kreisen und kreisfreien Städten als Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden wie auch als anzuhörende Behörden führen, ferner zu einer Beschleunigung des sehr komplexen Verfahrens und zu größtmöglicher Transparenz auch für die Antragsteller aus der solche Transporte durchführenden Wirtschaft.

Elektronische Kfz-Zulassung wird Realität

ddp - Montag, 25. Februar, 07:06 Uhr

Henstedt-Ulzburg (ddp.djn). Für die Fahrzeugzulassung beginnt am 1. März das elektronische Zeitalter. Dieses Datum markiert die Umstellung von der papierbasierten auf die elektronische Versicherungsbestätigung (eVB). Allerdings werden Fahrzeughalter zunächst noch nicht viel davon zu spüren bekommen. «Eine Zeit lang wird es die als Doppelkarte bekannte Versicherungsbestätigung noch geben. Aber sie enthält jetzt eine siebenstellige Zahlen- und Buchstabenkombination. Später gibt es nur noch diesen Code», schildert Lilo Blunck vom Bund der Versicherten in Henstedt-Ulzburg den Weg in die papierreduzierte Zulassungs-Zukunft.

Voraussichtlich Ende des Jahres gibt es kein Zurück mehr: «Danach können wir unsere Fahrzeuge komplett elektronisch anmelden und die dazu erforderlichen Daten sogar per E-Mail oder SMS erhalten», sagt Blunck. Daraus ergäben sich für die Fahrzeughalter einige Vorzüge. Der wesentliche Vorteil der elektronischen Bearbeitung liegt in der Schnelligkeit, ein zweiter in der geringeren Missbrauchsgefahr. Für die Zulassung erhält der Fahrzeugbesitzer per Anruf, SMS oder E-Mail seine eVB-Nummer vom Versicherer. Sie allein genügt der Zulassungsstelle, um aus einer zentralen Datenbank sämtliche Angaben zu erhalten, die für die Zulassung erforderlich sind. In Minutenschnelle ist der Vorgang abgeschlossen.

Autofahrer sollten allerdings bedenken, dass ihnen die eVB lediglich Haftpflichtschutz gewährt. «Wir empfehlen, sich zeitgleich auch den Kaskoschutz zu sichern», sagt Blunck.

Spiegel Online 15.1.2008

ELEKTRONISCHE KFZ-ZULASSUNG

Schöner Schlange stehen

Am Anfang steht der Stau: Lange Warteschlangen an den Zulassungsstellen trüben häufig die Vorfreude auf die erste Fahrt. Ab kommendem März ersetzen elektronische Versicherungsbestätigungen die papierne Doppelkarte - Autofahrer werden dennoch weiterhin Geduld benötigen

Wie eine Kfz-Anmeldung ab März 2008 ablaufen soll, beschreibt Peter Koch von der Zulassungsstelle Stuttgart: "Der Fahrzeughalter händigt der Zulassungsbehörde keine papierförmige Versicherungsbestätigung mehr aus, sondern nennt dem Sachbearbeiter die Nummer." Damit könne die Behörde online überprüfen, ob eine gültige Haftpflichtversicherung besteht.

Dieses Verfahren soll die Gefahr von falsch ausgestellten, ungültigen oder gefälschten Versicherungsbestätigungen verringern, erläutert Koch. "Außerdem entfällt der Erfassungsaufwand bei der Behörde." Die Zulassung soll auf diese Weise schneller und reibungsloser ablaufen.

Ein kurzes Telefonat kann in Zukunft ausreichen, wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin erläutert. Autofahrer können die neue Nummer mit einem Anruf bei Ihrem Versicherungsberater erfragen. Der könne den Code auch per SMS oder E-Mail an den Versicherten übermitteln.

Die Warteschlangen werden nach Worten von Peter Koch dennoch nicht ganz verschwinden: "Da das Prozedere der Fahrzeugzulassung ansonsten unverändert bleibt, können Wartezeiten auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden." Auch die Autoclubs glauben nicht an leere Flure in den Zulassungsstellen.

Weniger Papierkram, gleicher Ablauf

So geht Klaus Kuhn, der Versicherungsexperte des ADAC in München, nicht davon aus, dass die Neuerung von Anfang an spürbare Erleichterungen für Autofahrer bringen wird: "Denn auch mit der neuen elektronischen Versicherungsbestätigung muss ich weiterhin zur Zulassungsstelle gehen - der Vorteil liegt zunächst vor allem darin, dass der Papierkram wegfällt."

Entscheidende Verbesserungen erwartet Kuhn erst von einem nächsten Schritt. Im Jahr 2010 soll die neue Versicherungsbestätigungsnummer die Zulassung auf vollständig elektronischem Wege - also per Internet oder Handy - ermöglichen. "Noch ist das aber Zukunftsmusik."

Auszahlen kann sich das elektronische Verfahren aber auch jetzt schon - zum Beispiel bei einem Versicherungswechsel. Denn der neue Versicherer kann der Zulassungsstelle die Nummer übermitteln und so dem Kunden den Gang zur Behörde abnehmen. Der Neuerung ist dieser Komfort allerdings nicht zuzuschreiben: "Es ist auch heute schon so, dass viele Versicherungen diesen Aufwand für ihre Kunden übernehmen."

Skeptisch ist auch der Auto Club Europa (ACE) in Stuttgart: Die papierlose Zulassung könne bei "elektronisch zurückgebliebenen Behörden" vorerst scheitern, befürchtet der Autoclub. Autofahrer, die sicher gehen wollen, sollten daher weiter vorsorglich eine Versicherungsbestätigung in Papierform anfordern. In der Übergangsphase wird die neue Nummer von den Versicherungsunternehmen auf die herkömmliche Papierkarte aufgedruckt, erläutert GDV-Sprecher Stephan Schweda.

"Damit sind beide Wege möglich. Das ist wichtig, weil in der Übergangsphase noch nicht alle Zulassungsstellen an das neue Verfahren angeschlossen sein werden." Bis das der Fall ist, ist die Doppelkarte auf Papier also weiter notwendig - oder sie erfüllt den Zweck eines Merkzettels.

Stefan Waschatz, gms

AZ: 0255.560.75
Lenkungsgruppe E-Government
Sitzung am 18.3.2008

Datum: 29.01.2008
 ☐ Vorlage LG-eGov.doc
 Name: Helmut Schlüter
 Telefon: 3351

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	4.6		
Projekt	Digitaler Atlas Schleswig-Holstein		
Federführung	Arbeitskreis Geodaten	Beteiligte	SH, FHH
AG	AG Digitaler Atlas, Technischer Ausschuss Digitaler Atlas		
Thema	Präsentation von Geofachdaten im Internet auf einem einheitlichen Kartenhintergrund als Service: "was gibt es wo" in Schleswig-Holstein		
Sachstand	<p>Der Digitale Atlas ist eine gemeinsame Infrastrukturmaßnahme von Land und Kommunen, Bestandteil von Schleswig-Holstein-Online und ein Kooperationsprojekt mit der FHH. Aufbauend auf einer "Arbeitsgruppe Digitaler Atlas" (Land SH und Kommunen) wird das Vorhaben durch einen "Technischen Ausschuss" (SH und FHH) bearbeitet, der das Bindeglied zum Lenkungsausschuss (Entscheidungsebene SH und FHH) darstellt, die strategischen, inhaltlichen und organisatorischen Erfordernisse des Vorhabens definiert und die Entwicklung mit dem Technischen Ausschuss „Geoserver“ abstimmt.</p> <p>Der aus ATKIS-Daten erzeugte einheitliche Kartenhintergrund steht in Form von Shape-Dateien einschließlich Projektdateien und als WebMapService zur Verfügung.</p> <p>Der Digitale Atlas wird auf der Grundlage eines Fachkonzeptes als Fachschale des Geoservers implementiert werden. Die Realisierung wird im Rahmen der Entwicklung des Projektes "Geoserver" vorgenommen. Die Administration auf der fachlichen Seite (Realisierung von OGC-fähigen- Datensätzen, Zugriffe im Landesnetz) wird derzeit in einem separaten Administrationskonzept entwickelt.</p> <p>Bereits vor der Realisierung des Vorhabens auf Basis des Geoservers sind ab September 2007 in einem Prototypen des Digitalen Atlas neben den Daten des BDVLandSH (Pilotdatenbestand) weitere Geofachdaten der Länder und des kommunalen Sektors eingebunden und ins Internet gestellt worden.</p> <p>Eine Umsetzung auf die technische Plattform des Geoservers ist im Laufe des Jahres 2008 vorgesehen.</p>		
geplanter Abschluss	Mitte 2008	Meilensteine	Realisierung ist abhängig von dem Fortschritt beim Projekt "Geoserver", da der Digitale Atlas auf der technischen Plattform des Geoservers

			aufgesetzt wird und für die 2. Realisierungsphase des Geoservers (in 2008) vorgesehen ist.
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung	entfällt		

Sachstand Deutschland online	entfällt
Einbeziehung in das eigene Projekt	entfällt
Sachstand Fachministerkonf.	entfällt
Sachstand KoopA ADV	entfällt
Auswirkung Metropolregion	Projekt arbeitet mit der Entwicklung der GDI-MRH zusammen
Zusammenarbeit mit der FHH	Das Projekt wird in Kooperation mit der FHH betrieben
IT-Dienstleister	Dataport
Kostenplan	gemäß Feinkonzept

Anlagen:

entfällt

Erläuterungen / Kommentare:

entfällt

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.03.2008	27.02.2008 ☐ Name: Herr Silber Telefon: 988-2922
--	---

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen am unteren linken Fensterrand

TOP	4.7		
Projekt	Schulleitungen und Lehrer ans Landesnetz		
Federführung	III 5 / VI 54	Beteiligte	III 502, VI 547, IQSH, Dataport
AG	IT-Bildung		
Thema	Landesnetz Bildung Schleswig-Holstein		
Sachstand	<p>Bis Febr. 2008 waren 390 Schulen angeschlossen. Weitere sind vom FM planmäßig beauftragt.</p> <p>Alle Gymnasien und Gesamtschulen konnten (wg. Zentralabitur) rechtzeitig zum Ende 2007 hergestellt werden.</p> <p>Bisher sehr erfolgreiches Projekt. Weiterführung evtl. gefährdet wegen ungesicherter zukünftiger Personalunterstützung durch IQSH.</p>		
geplanter Abschluss	Start 4.Q. 2004 Ende ca. 4.Q. 2009	Meilensteine	laufend
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Sachstand Deutschland online	
Einbeziehung in das eigene Projekt	
Sachstand Fachministerkonf.	
Sachstand KoopA ADV	
Auswirkung Metropolregion	
Zusammenarbeit mit der FHH	
IT-Dienstleister	Dataport ist beteiligt
Kostenplan	

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare

AZ: IT 5 - O 2200 A Lenkungsgruppe E-Government Sitzung am 18.3.2008	Datum: 04.03.2008 ☒ Dokument1 Name: Wolfgang Artz Telefon: 0431 2391 1500
--	--

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	4.9		
Projekt	KONSENS (Verfahren ELSTER)		
Federführung	FM SH -AIT	Beteiligte	Länder-FM, BMF
AG	VE ELSTERA (Bund/Länder-AG der Finanzverwaltung im Rahmen des Projekts KONSENS)		
Thema	sichere elektronische Übermittlung von Steuerdaten (Jahressteuererklärungen, Steueranmeldungen, Lohnsteuerbescheinigungsdaten, Besteuerungsgrundlagen usw.), ElsterOnlinePortal		
Sachstand	siehe Anlage		
geplanter Abschluss	unbestimmt, laufende Fortentwicklung	Meilensteine	Verfahrensplanung im Rahmen der Projektplanung KONSENS
Beschlussvorschlag	Verfahrensplanung im Rahmen der Projektplanung KONSENS		
Begründung	Die Vorlage dient der Unterrichtung der Lenkungsgruppe		

Sachstand Deutschland online	-
Einbeziehung in das eigene Projekt	Link in " www.schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/ELSTER/Elster.html "
Sachstand Fachministerkonf.	Das Verfahren war ursprünglich als eigenständiges Projekt durch FMK-Beschlüsse beauftragt. Es wird jetzt im Projekt KONSENS weiterentwickelt.
Sachstand KoopA ADV	-
Auswirkung Metropolregion	Einsatz in den Steuerverwaltungen aller Länder
Zusammenarbeit mit der FHH	RL Autom (St), VE ELSTER
IT-Dienstleister	Auftragnehmende Länder sind Bayern und Nordrhein-Westfalen, Programmierstandorte befinden sich auch in Thüringen und SH
Kostenplan	Die Kosten (~ 15 Mio €) sind in den Haushaltsansätzen KONSENS des FM SH - AIT enthalten, auf SH entfallen ~ 3% des Gesamtetats. Hinzu kommt der eigene Aufwand in SH für Hardware und Service (~ 150 T €) sowie Personal (~ 1,6 Personen).

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

Anlage „Sachstand Elster“ (29.02.2008)

Es sind im Einsatz

- die Annahme von elektronisch übermittelten Jahressteuererklärungen zur Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuer (zusätzlich ist noch eine komprimierte Steuererklärung auf Papier abzugeben),
- die vollelektronische Annahme von Lohnsteueranmeldungen und Umsatzsteuervoranmeldungen,
- die elektronische Übermittlung von Bescheiddaten (zusätzlich zum Steuerbescheid auf Papier),
- die elektronische Speicherung der von den Arbeitgebern übermittelten Lohnsteuerbescheinigungsdaten (im sog. eSpeicher) sowie deren Berücksichtigung bei den dazugehörigen Einkommensteuerveranlagungen,
- die elektronische Speicherung zu von der Bundesagentur für Arbeit übermittelten Daten zu Insolvenzgeld (im sog. eSpeicher) sowie deren Berücksichtigung bei den dazugehörigen Einkommensteuerveranlagungen,
- diverse Auswertungen des eSpeichers, z.B. für die Lohnsteuererlegung und zur Überwachung der Verpflichtung der Arbeitgeber, Lohnsteueranmeldungen auf elektronischem Weg zu übermitteln,
- das Authentifizierungsverfahren zur Abgabe von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen der Arbeitgeber und von Anmeldungen über das ElsterOnlinePortal sowie zur Vorbereitung der Abgabe einer vollelektronischen Steuererklärung (ab 2008),
- diverse elektronische Datenübermittlungsverfahren (z.B. zum Kammerverfahren, mit der Zentralstelle für Altersvorsorgezulage, mit dem Statistischen Bundesamt, mit Kfz-Zulassungsstellen) mit dem Produkt ElsterFT (ElsterFileTransfer).

Mit dem nächsten Elster-Release (Einsatz Anfang April 2008) werden vollelektronisch übermittelte ESt-, USt- und GewSt-Erklärungen auch in SH angenommen und verarbeitet. Die Abgabe einer komprimierten Steuererklärung ist für diese Fälle nicht mehr erforderlich. Voraussetzung für eine vollelektronische Abgabe der Steuererklärungen ist die vorherige Authentifizierung des Stpfl. / Beraters über das ElsterOnlinePortal.

Das Elster-Verfahren Steuerkonto-Online wird derzeit noch nicht in SH eingesetzt, allerdings ist durch den Übergang auf die EOSS-Verfahren ein Teil der Grundvoraussetzungen bereits geschaffen. Das Verfahren erfordert einen 24/7-Betrieb des Rechenzentrums. Wann dieser möglich und mit welchen Kosten er verbunden ist, muss noch geklärt werden. Ein Einsatztermin vor 2009 wird aber nicht als realistisch angesehen.

Weitere ELSTER-Verfahrensteile werden nach ihrer Fertigstellung auf Bundesebene in den nächsten Jahren eingeführt, z. B.

- ElsterLohn II (vollelektronische Lohnsteuerkarte)
- elektronische Übermittlung von Bilanzdaten i.V.m. Steuererklärungen
- elektronische Übermittlung von Daten zu Altersrenten.

AZ: Lenkungsgruppe eGovernment Sitzung am 18.3.2008	29.02.2008  Name: Andreas Zogmann Telefon: 2931
--	---

TOP	4.11		
Projekt	Sachstand E-Gewerbe		
Federführung	VI 50	Beteiligte	VI 50, VI 51, VI 53
AG	-		
Thema	Aktueller Stand		
Sachstand	<p>Im Rahmen des Projekts E-Gewerbe wird ein elektronisches Verfahren zur Erfassung, Bearbeitung und Weiterleitung von Gewerbean-, Gewerbeum- und Gewerbeabmeldungen (Gewerbeanzeige) sowie zur elektronischen Recherche im Datenbestand für berechnigte Behörden eingeführt. Das Projekt wird getragen von den Kreisen Stormarn und Segeberg sowie den Städten Ahrensburg und Norderstedt und der Gemeinde Henstedt-Ulzburg. Es ist Teil des Programms „e-Region Schleswig-Holstein PLUS“ des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und wird von der EU aus den innovativen Maßnahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.</p> <p>Das Projekt wird am 06.03.2008 mit den oben genannten Beteiligten in den Wirkbetrieb gehen.</p> <p>Nach den entsprechenden vorbereitenden Arbeiten werden weitere Kreise, Gemeinden und Städte aus Schleswig-Holstein an dem Wirkbetrieb teilnehmen.</p>		
geplanter Abschluss	31.12.2008	Meilensteine	
Beschlussvorschlag	Kenntnisnahme		
Begründung			

Anlagen:

Erläuterungen / Kommentare:

AZ: keine Angabe
Lenkungsgruppe E-Government
Sitzung am 18.3.2008

Datum: 18.02.2008 14:29
 ☐ Vorlage LG-eGov.doc
 Name: Frank Liebrecht
 Telefon: 1734

Hinweis: Erläuterungen zu den Feldern stehen beim ausfüllen am unteren linken Fensterrand

TOP	4.12 - NEU		
Projekt	Beteiligung-Online LEP		
Federführung	IV 52	Beteiligte	IV 12, IV 16, VI 52, VI 53?, Dataport
AG	ja		
Thema	Internetgestütztes Teilnahmeverfahren zum Landesentwicklungsplan		
Sachstand	<p>Die Koalitionsvereinbarung enthält die Aufstellung des Landesraumordnungsplan 1998 (künftig Landesentwicklungsplan - LEP) innerhalb dieser Legislaturperiode.</p> <p>Der LEP gibt Auskunft über die Ziele der Raumordnung und legt fest, wohin sich das Land und seine Regionen bis 2025 entwickeln sollen. Der Plan besteht aus einem Textteil, einer Karte und dem Umweltbericht.</p> <p>Nach derzeitiger Rechtslage ist im Rahmen der in 2007/2008 erfolgten Aufstellung des LEP ein Anhörungs- und Teilnahmeverfahren durch Übersendung der Planunterlagen gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LaplaG) durchzuführen. Dabei werden neben sämtlichen Kommunen des Landes (1.125) auch zahlreiche andere Träger der öffentlichen Verwaltung (Fachbehörden, Kammern, Verbände etc. - rd. 400 Stellen) beteiligt.</p> <p>Darüber hinaus ist gem. § 12 des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG) vom 13. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 245), zuletzt geändert d. Gesetz vom 17. Aug. 2007 (LVOBl Schl.-H., S. 426), erstmals eine umfangreiche Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bezüglich des Plans und des darüber hinaus zu erstellenden Umweltberichtes durchzuführen. Dadurch wird auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Privaten Gelegenheit gegeben, sich zu dem Entwurf des Planes und dem Umweltbericht zu äußern.</p> <p>Das Projektziel des E-Government Pilotprojektes "Beteiligung-Online LEP" ist eine Webanwendung, die der Durchführung von formellen Teilnahmeverfahren (Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung) mittels des Internets dient.</p> <p>Mit Hilfe des Pilotprojektes sollen die Funktionalität, Effektivität und Akzeptanz eines umfangreichen, internetgestützten Teilnahmeverfahren und seine rechtskonforme Ausgestaltung von raumbedeutsamen Planverfahren erprobt werden. Das Projekt entspricht dabei den Zielsetzungen der E-Government-</p>		

Strategie des Landes und der E-Government-Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holsteins vom Dez. 2003. Vorhabenträger ist das Innenministerium des Landes S.-H.

Nach Abschluss des eigentlichen Pilotprojektes "Beteiligung-Online LEP" sollen innerhalb dieses Projektes im Rahmen einer externen Konzepterarbeitung die Wege und die Wirtschaftlichkeit für einen laufenden Betrieb dieses Verfahrens für andere raumbedeutsame Teilnahmeverfahren (z.B. Regionalplanung, Landschaftsplanung, Bauleitplanung) aufgezeigt werden. Gleiche Ansätze bzw. Projekte laufen z.B. derzeit im Bereich der Landesplanungen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Fortschreibung der dortigen Landesentwicklungsprogramme und Raumordnungsverfahren.

Das im Feb. 07 fertig gestellte Anforderungsprofil war Grundlage für das im April/Mai 07 von DATAPORT durchgeführte Vergabeverfahren. Mit Schreiben vom 04.06.07 beauftragte DATAPORT die Ingenieurgesellschaft ENTERA (Hannover) mit der Durchführung des internetgestützten Teilnahmeverfahrens zum LEP S.-H.

Zu Testzwecken wurde von ENTERA ein erster Prototyp des Teilnahmeverfahrens Ende Aug. 07 eingerichtet und getestet. Der Entwurf des LEP wurde am 27. Nov 07 von der Landesregierung beschlossen. Nach zahlreichen Verbesserungsvorschlägen erfolgte Mitte Dez. 07 die Fertigstellung eines zweiten Prototypen. Aufgrund der Rückkopplung mit dem ULD-SH und einzuhaltender Datenschutzanforderungen wurde die Erweiterung des bestehenden Vertrages mit ENTERA erforderlich und DATAPORT mit der Umsetzung beauftragt.

Am 31. Jan. 08 war der offizielle Beginn des Anhörungs- und Teilnahmeverfahrens für den Entwurf des LEP –S.-H. und damit der Start für das internetgestützte Teilnahmeverfahren. Die Teilnahmefrist für die Verbände und die Öffentlichkeit endet am 31. Juli 08, für die Kommunen am 31. Okt. 08.

Nach Ablauf der Teilnahmefrist werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und die Anregungen und Hinweise untereinander abgewogen. Danach wird der LEP-Entwurf überarbeitet und innerhalb der Landesregierung erneut abgestimmt. Die endgültige Feststellung des LEP durch den Innenminister sowie die anschließende Veröffentlichung im Amtsblatt S.-H. sind für Ende 2009 vorgesehen.

Bei Abgabe einer Stellungnahme über die Online-Teilnahmefunktion erfolgt

	<p>nach Abschluss des Verfahrens per e-Mail eine Benachrichtigung über die Beendigung des Verfahrens und die Fundstelle der Abwägungsergebnisse (Synopsis).</p> <p>Das Projekt „Beteiligung Online“ wurde bisher u. a. in den Gremien: IT-Fachausschuss, AK Geodaten, AK Siedlungsentwicklung der MRH, im IT-Lenkungsausschuss des IM, in der Geschäftsführerbesprechung der Kommunalen Landesverbände sowie in einer Kurzpräsentation gegenüber IV M vorgestellt.</p>		
geplanter Abschluss	Ende 2009	Meilensteine	<p>Projektvorlaufphase</p> <p>Anforderungskatalog / Pflichtenheft</p> <p>Präsentation des Projektes in div. Gremien</p> <p>Abstimmung / Kooperation norddt. Länder</p> <p>Ausschreibung / Produktauswahl</p> <p>Projektdurchführungsphase</p> <p>Projekteinrichtung und Probebetrieb</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit f. d. Online-Verfahren</p> <p>Durchführung des Beteiligungsverfahrens einschl. Auswertung der Stellungnahmen und Erarbeitung von Voten</p> <p>Projektnachbereitungsphase</p> <p>Auswertung sowie Anforderungskatalog und Vergabe einer externen Konzepterstellung</p> <p>„Laufender Betrieb“ für weitere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren.</p> <p>Externe Konzepterstellung „Laufender Betrieb“</p>
Beschlussvorschlag	Neuaufnahme als Fachverfahren bei Schleswig-Holstein online		
Begründung	siehe Sachstand		

Sachstand Deutschland online	keine Angabe
Einbeziehung in das eigene Projekt	keine Angabe
Sachstand Fachministerkonf.	keine Angabe
Sachstand KoopA ADV	keine Angabe

Auswirkung Metropolregion	ja, Beteiligung der AG Siedlungsentwicklung
Zusammenarbeit mit der FHH	siehe MRH
IT-Dienstleister	Ingenieurgesellschaft ENTERA (Hannover)
Kostenplan	Projektkosten für 2007 und 2008 Projekteinrichtungskosten: rd. 14.000,- € Projektdurchführungskosten: rd. 11.000,- € Sonstige Kosten (z.B. Reisekosten) rd. 500,- € Konzepterstellung „Laufender Betrieb“ rd. 10.000,- € Gesamtkosten: rd. 35.500,- €

Anlagen:

Projekteinsatzungsverfügung

Kostenaufstellung

Erläuterungen / Kommentare:

keine Angabe

Innenministerium – Abt. IV 5		Referat IV 52
IV 52 – Frank Liebreuz	☎ 1734	Kiel, 30.06.2006

Projekteinsatzungsverfügung für das Projekt

Internetgestütztes Teilnahmeverfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP) - "Teilnahme-Online LEP"

1. Ausgangslage

Die Koalitionsvereinbarung enthält die Neuaufstellung des Landesraumordnungsplanes 1998 (künftig Landesentwicklungsplan - LEP) innerhalb dieser Legislaturperiode. Nach derzeitiger Rechtslage ist im Rahmen der für 2007/2008 geplanten Neuaufstellung des LEP ein Anhörungs- und Teilnahmeverfahren durch Übersendung der Planunterlagen (Entwurfstext und Entwurfskarte) gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LaplaG) durchzuführen. Dabei werden neben sämtlichen Kommunen des Landes (1.125) auch zahlreiche andere Träger der öffentlichen Verwaltung (Fachbehörden, Kammern, Verbände etc. - rd. 400 Stellen) beteiligt. Darüber hinaus ist aufgrund des Gesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG) erstmals eine umfangreiche Teilnahme der betroffenen Öffentlichkeit bezüglich des Plans und des darüber hinaus zu erstellenden Umweltberichtes durchzuführen. Dadurch ist erstmals auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Privaten Gelegenheit zu geben, sich zu dem Entwurf des Planes und dem Umweltbericht zu äußern.

2. Projektziel

Mit Hilfe des eGovernment Pilotprojektes "Teilnahme-online LEP" soll die Funktionalität, Effektivität und Akzeptanz eines internetgestützten Teilnahmeverfahrens und seine rechtskonforme Ausgestaltung als Lösung für das Teilnahmeverfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes S-H gem. Landesplanungsgesetz erprobt werden.¹ Mit der IT-Maßnahme werden folgende drei Zielsetzungen verfolgt:

A. Effiziente verwaltungsmäßige Erledigung des Teilnahmeverfahrens innerhalb der Abteilung Landesplanung (Präsentation und Bereitstellung der Planungsunterlagen, Kommunikation zwischen den Beteiligten, Auswertung, Sicherstellung der jeweils vor- und nachlaufenden Abstimmung innerhalb der Landesregierung sowie Bereitstellung der Abwägungsergebnisse nach Feststellung des Planes);

¹ Derzeit ist noch eine Parallelität von konventionellem und Online-Verfahren erforderlich.

B. Pilotprojekt mit Vorbildfunktion für weitere Landes- und Kommunalplanungen (z.B. im Bereich der Raumordnung für Regionalplanfortschreibungen durch die geplanten Kommunalen Verwaltungsregionen (KVR) und Raumordnungsverfahren, im Bereich der Kommunen für Bauleitplanverfahren oder für umfangreiche Straßenverkehrsplanungen (A20));

C. zukunftsweisende Entwicklung von Verwaltungsabläufen im Hinblick auf transparentere und bürgernähere Planungsverfahren. Dabei geht es nicht nur um eine optimierte Informationspolitik, sondern vielmehr um die Realisierung einer "interaktiven" Partizipation der Bürger und Bürgerinnen bzw. Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen an komplexen Planungsprozessen bei gleichzeitiger Reduzierung der Kommunikations- und Transferkosten.

Nach Abschluss des eigentlichen Pilotprojektes "Beteiligung-Online LEP" sollen innerhalb dieses Projektes im Rahmen einer externen Konzepterarbeitung die Wege und die Wirtschaftlichkeit für einen laufenden Betrieb dieses Verfahrens für andere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren unter Berücksichtigung des Government-Gateways S-H aufgezeigt werden.

Gleiche Ansätze bzw. Projekte laufen derzeit im Bereich der Landesplanungen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Fortschreibung der dortigen Landesentwicklungsprogramme.

3. Projektorganisation

a. Projektlenkungsgruppe

FM: Rolf Jensen (VI 52), Gerd Schramm (VI 53)

IM: Horst Breusing (IV 16), Christoph Stock (IV 12), Frank Liebrez (IV 52)

Vorsitz: Kurt Püstow (IV 5), Geschäftsführung: Frank Liebrez (IV 52)

b. Projektgruppe

Vorsitz: Frank Liebrez (IV 52), Fachverfahren Lapla, 60 PT

Vertretung: Arnulf Fischer (IV 522), Fachverfahren Lapla, 15 PT

Mitglieder: Arne Seidel (IV 165), eGovernment IM, 5 PT

Birgit Filipinski (IV 1612), Fachverfahren IM, 5 PT

Doris Plath (IV 122), IT-Finanzmanagement IM, 4 PT

.....Fred Rakow (VI 533), eGovernment Land, 4 PT

Thomas Ramm (dataport), Ausschreibung

Ggf. Beteiligung weiterer Fachbereiche.

4. Arbeitsschritte und Zeitplanung

Arbeitsschritte	Verantwortlich	Zeitraum
Projektvorlaufphase		
Projekteinsetzung	LG	08/06
Anforderungskatalog / Pflichtenheft	PG	08-09/06
Präsentation des Projektes in div. Gremien	PL	09/06
Abstimmung / Kooperation norddt. Länder	PL / PG	09/06
Technisches Anforderungsprofil und Ausschreibung	dataport	10-11/06
Produktauswahl	LG / PG	12/06
Projektdurchführungsphase		
Projekteinrichtung und Probebetrieb	Support, PL	01-03/07
Öffentlichkeitsarbeit f. d. Online-Verfahren	PL	03/07
Durchführung des Beteiligungsverfahrens, Ressortabstimmung und Kabinettsbefassung, einschl. Auswertung der Stellungnahmen und Erarbeitung von Voten	PL / Abt. IV 5	04/07-10/08
Projektnachbereitungsphase		
Auswertung sowie Anforderungskatalog und Vergabe einer externen Konzepterstellung „Laufender Betrieb“ für weitere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren.	LG, PG	07-08/08
Externe Konzepterstellung „Laufender Betrieb“	Support	09-12/08
Entscheidung über das weitere Vorgehen	LG	12/08

LG = Lenkungsgruppe PL = Projektleitung PG = Projektgruppe

Der Beginn der Projektdurchführungsphase ist abhängig vom Fortschritt der Entwurfserarbeitung des Landesentwicklungsplanes (LEP). Angegeben ist hier die aktuelle Zeitplanung zum LEP.

5. Externe Unterstützung

Projektvorlaufphase:

Erarbeitung des technischen Anforderungsprofils und Ausschreibung (dataport).

Projektdurchführungsphase:

Datenaufbereitungen, Systemanpassungen, Application Service Providing (Dienstleister noch offen).

Projektnachbereitungsphase:

Konzepterarbeitung „Laufender Betrieb“ für weitere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren unter Berücksichtigung des Government-Gateways S-H (Dienstleister noch offen).

6. Technik

Projektdurchführungsphase:

A. Bereitstellung einer internetbasierten Teilnehmungsplattform, die über gängige Browser aufruf- und bedienbar sein soll:

- Einsatz eines datenbankgestützten Text- und Auswertungsmoduls zur Eingabe der Einwendungen in einem durch Passwortschutz gesicherten Bereiches durch die Einwender und zur Auswertung der Einwendungen durch den Vorhabenträger.

- Einsatz eines MapServer-gestützten Zeichenmoduls mit GIS-Funktionalitäten zur Visualisierung der kartographischen Informationen und Einwendungen.

- Verknüpfung von Text- und Kartenmodul zu einem Teilnehmungsmodul.

B. Bereitstellung eines Internet-Servers und grundlegender Anwendungen (Web-Server, MapServer).

7. Kosten

Projektkosten für 2007 und 2008 (siehe auch Anlage 1):

Projekteinrichtungskosten:	rd. 14.000,- €
Projektdurchführungskosten:	rd. 11.000,- €
Sonstige Kosten (z.B. Reisekosten)	rd. 500,- €
<u>Konzepterstellung „Laufender Betrieb“</u>	<u>rd. 10.000,- €</u>
Gesamtkosten:	rd. 35.500,- €

Mittelverfügbarkeit:

Für die Haushaltsjahre 07 und 08 sind im Haushalt (1103 00 727 06 Dienstreisen und 1103 00 533 56 Werkverträge) **Mittel in Höhe von 37.000,- €** beantragt worden.

2. *IV St über IV 1, IV 12, IV 16 VI, IV 5 m.d.B. um Zustimmung*
3. *IV GB A, IV SBV und IV PersRat z.K.*
4. *VI 52, VI 53 m.d.B. um Zustimmung und Teilnahme*
5. *IV 13 m.d.B. jeweils eine Kopie der Projekteinsatzungsverfügung zur Personalakte von IV165, IV 1612, IV 52, IV 522*
5. *Kopie (per Mail) an IV166, IV 245, IV 50, IV 521, IV 524*

Beteiligung-Online LEP - Kostenaufstellung (haushaltswirksame Kosten)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	2
2. Kosten „Alt“-Verfahren	2
2.1 Lizenz-/Druck- und Versandkosten	2
2.2 Zusätzliche Personalkosten.....	3
3. Kosten „Beteiligung-Online“-Verfahren	3
3.1 Projekteinrichtungskosten	3
3.2 Application-Providing-Service-Gebühren.....	3
3.3 Einwahlgebühren.....	3
3.4 Reisekosten.....	4
3.5 Lizenz- und Druckkosten	4
4. Gegenüberstellung der Kosten	5
4.1 „Alt“-Verfahren versus „Beteiligung-Online“-Verfahren	5
4.2 Fazit	5
5. Kosten Konzepterstellung "Laufender Betrieb"	5

1 Vorbemerkung

Bei der Kostenbetrachtung für das sog. „Alt“-Verfahren“ (Durchführung des Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens auf bisher konventionellem Wege - Linie) sowie das internetgestützte „Online-Beteiligungsverfahren“ (einschl. parallelem Analog-Verfahren) für die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP) werden nur die Sachkosten - und eingeschränkt auch Personalkosten - berücksichtigt, die direkt durch das Beteiligungsverfahren sowie die Auswertung ausgelöst werden (Projektkosten). Nicht in die Betrachtung eingestellt werden laufende Sachkosten (z.B. Büromaterial, Büromiete etc.) sowie laufende Personalkosten in der Abteilung IV 5 für die Durchführung des Beteiligungsverfahrens sowie die Auswertung der Stellungnahmen. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden die Personalkosten für die Implementierung der IT-Maßnahme „Beteiligung-Online LEP“.

2 Kosten „Alt“-Verfahren

2.1 Lizenz- und Druckkosten

Lizenzkosten für den Kartendruck:

(Auflage: 10.000 für das Beteiligungsverfahren,
6.000 für die Veröffentlichung im Amtsbl. Schl.-H.
sowie als Broschüre (Öffentlichkeitsarbeit))

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr (AGeoBw): 15.200,- €

Lizenzkosten für die Internetpräsentation der Karte:

AGeoBw: 900,- €

Druckkosten für die Karte:

(Auflage s.o.)

Auskunft Landesvermessungsamt (LVermA): 8.300,- €

Druckkosten für Texte:

▪ LEP - Auskunft Druckerei Pirwitz, Kiel: 8.500,- €

(Auflage: 10.000 für das Beteiligungsverfahren,
2.000 für die Veröffentlichung als Broschüre (Öffentlichkeitsarbeit))

▪ Umweltbericht - Auskunft Druckerei Pirwitz, Kiel: 4.500,- €

(Auflage: 10.000 für das Beteiligungsverfahren)

Gesamtbetrag: 37.400,- €

(inkl. Mehrwertsteuer)

2.2 Zusätzliche Personalkosten

Für die Eingabe der Stellungnahmen nach dem Beteiligungsverfahren wird eine ca. dreimonatige zusätzliche personelle Unterstützung auf Basis eines Werkvertrages (z.B. durch eine Studentin / einen Studenten) benötigt. Die Kosten werden mit einem Betrage in Höhe von 1.500,- €/Monat veranschlagt. Der Kostenansatz beruht auf Erfahrungswerten der Landesplanung für ähnliche Leistungen.

Gesamtbetrag: 4.500,- €
(inkl. Mehrwertsteuer)

3 Kosten „Beteiligung-Online“-Verfahren

3.1 Projekteinrichtungskosten

Darunter fallen u.a.:

- Datenaufbereitungen,
- Softwareanpassungen und Probetrieb,
- Einweisung in das System.

Diese Kosten für diese Dienstleistungen betragen nach Auskunft der Fa. entera, Hannover rd. 14.400,- €.

Gesamtbetrag: 14.400,- €
(inkl. Mehrwertsteuer)

3.2 Application-Service-Providing-Gebühren

Aufgrund der technischen Anforderungen fallen rd. 560,- € an monatlichen ASP-Gebühren inkl. Hosting an (gem. Preisliste Fa. entera).

Für die Durchführung des Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens (einschl. Ressortabstimmungen und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der strategischen Umweltprüfung) sowie die Auswertung der Stellungnahmen, Abstimmungen und Schreiben der Voten (Erstellung der Synopse) ist ein Zeitraum von 19 Monaten zu veranschlagen. Dadurch ergibt sich folgender

Gesamtbetrag: 10.600,- €
(inkl. Mehrwertsteuer)

3.3 Einwahlgebühren

relevant ???

3.4 Reisekosten

Zur Abstimmung einer möglichen Kooperation mit den norddeutschen Ländern - insbesondere mit Hamburg - sowie zur Abstimmung mit dem Dienstleister sind mehrere Dienstreisen u.a. nach Hamburg, Hannover und Schwerin erforderlich. Die Kosten für eine eintägige Dienstreise nach Schwerin und zwei eintägige Dienstreisen nach Hamburg und Hannover sowie zwei weitere eintägige Dienstreisen nach Hannover (fiktiv) belaufen sich auf rd. 400,- €.

Gesamtbetrag: 400,- €
(inkl. Mehrwertsteuer)

3.5 Lizenz- und Druckkosten

Lizenzkosten für den Kartendruck:

(Auflage: 5.000 für das Beteiligungsverfahren,
6.000 für die Veröffentlichung im Amtsbl. Schl.-H.
sowie als Broschüre (Öffentlichkeitsarbeit))

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr (AGeoBw): 12.500,- €

Lizenzkosten für die Internetpräsentation der Karte:

AGeoBw: 900,- €

Druckkosten für die Karte:

(Auflage s.o.)

Auskunft Landesvermessungsamt (LVerMA): 6.100,- €

Druckkosten für Texte:

▪ LEP - Auskunft Druckerei Pirwitz, Kiel: 6.000,- €

(Auflage: 5.000 für das Beteiligungsverfahren,
2.000 für die Veröffentlichung im Amtsbl. Schl.-H.
sowie als Broschüre (Öffentlichkeitsarbeit))

▪ Umweltbericht - Auskunft Druckerei Pirwitz: 2.600,- €

(Auflage: 5.000 für das Beteiligungsverfahren)

Gesamtbetrag: 28.100,- €
(inkl. Mehrwertsteuer)

4 Gegenüberstellung der Kosten

4.1 „Alt“-Verfahren versus „Beteiligung-Online“-Verfahren

Die Gesamtprojektkosten für das „Alt“-Verfahren (Positionen Ziff. 2.1 bis 2.2) betragen: rd. 42000,- €.

Die Gesamtkosten für das „Online“-Beteiligungsverfahren (Positionen Ziff. 3.1 bis 3.5 betragen: rd. 53.500.

Dadurch ergibt sich für das Online-Verfahren ein Mehrbetrag in Höhe von rd. 11.500,- €.

4.2 Fazit

Aufgrund der erforderlichen Parallelität („analog“ und „online“) beim Online-Beteiligungsverfahren entstehen hierfür zunächst Mehrkosten gegenüber dem herkömmlichen analogen Verfahren. Bei den Lizenz- und Druckkosten führt das neue Verfahren jedoch zu Einsparungen in Höhe von mehr als 9.000,- €. Wenn sukzessive / mittelfristig die Lizenz- und Druckkosten im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gegen Null gehen, es also nur noch ein medienbruchfreies Online-Verfahren gibt, würde sich die Kostenrelation bei diesem Projekt zugunsten des Online-Verfahrens deutlich umkehren.

Wie bereits in der Vorbemerkung angedeutet konnte darüber hinaus der qualitative Nutzen des Online-Verfahrens für die Beteiligten kostenmäßig nicht berechnet und damit berücksichtigt werden.

5 Kosten für die Konzepterstellung „Laufender Betrieb“

Als Kosten für eine externe Konzepterstellung für den laufenden Betrieb (einschl. Wirtschaftlichkeitsnachweis) nach Abschluss des eigentlichen Pilotprojektes werden auf der Basis von Erfahrungswerten aus dem Ref. IV 12 rd. 10T € veranschlagt.